



Sven Oliver Müller

Wissenschaft plant Kriegsverbrechen: Der Umgang der Humboldt-Universität zu Berlin mit dem nationalsozialistischen Generalplan Ost

Neues aus der Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin

Band 4

Sven Oliver Müller ist Historiker und arbeitet über die Gewalt im Ersten und Zweiten Weltkrieg, über die Geschichte des Nationalismus, der Wissensvermittlung und der Musikrezeption in Europa und den USA.

Neues aus der Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin

Band 1

Marie-Luise Bott

Die Haltung der Berliner Universität im Nationalsozialismus

Max Vasmer's Rückschau 1948

Band 2

Reimer Hansen

Von der Friedrich-Wilhelms-Universität zur Humboldt-Universität zu Berlin

Die Umbenennung der Berliner Universität 1945 bis 1949 und die Gründung der Freien Universität Berlin 1948; Veranstaltung am 9. Februar 2009

Band 3

Elke-Barbara Peschke

Rektoren und Präsidenten der Universität Unter den Linden

Dokumentation der Ausstellung der Universitätsbibliothek im Jacob-und-Wilhelm-Grimm-Zentrum vom 07.12.2009 bis 30.03.2010

Sven Oliver Müller

Wissenschaft plant Kriegsverbrechen:
Der Umgang der Humboldt-Universität
zu Berlin mit dem nationalsozialistischen
Generalplan Ost

IMPRESSUM

Herausgeberin

Humboldt-Universität zu Berlin
Abteilung Kommunikation, Marketing
und Veranstaltungsmanagement
Unter den Linden 6 | 10099 Berlin
Telefon +49 30 2093-12700
E-Mail pr@hu-berlin.de
www.hu-berlin.de

Verfasser

Sven Oliver Müller

Redaktion

Mariana Bulaty, Birgit Mangelsdorf (V.i.S.d.P.)

Gestaltung & Satz

Patrick Weseloh, weseloh.media

Lektorat

Julia Funcke

Stand

Mai 2022

ISBN 978-3-9813957-6-1

INHALT

Danksagung	5
1. Verantwortung	7
2. Einführende Bemerkungen	8
3. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus im Zweiten Weltkrieg	11
4. Forschung im Nationalsozialismus am Beispiel der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin	18
5. Konrad Meyers Organisationsfähigkeit und sein politischer Einfluss	22
6. Der Generalplan Ost und seine Varianten	30
7. Geplante, verwirklichte und offene Entwicklungen im Zweiten Weltkrieg	38
8. Beobachterin und Täterin: Hilde Bonhage in Posen	42
9. Aufbau einer staatlichen Ordnung und die Neueröffnung der Universität in Berlin	46
10. Entlassungen, Anklagen und Weiterbeschäftigung von nationalsozialistischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern	52
11. Der Generalplan Ost: Verweigerung und „Normalität“ im akademischen Betrieb	57
12. Konrad Meyer als Angeklagter beim Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg	59
13. Antifaschismus als politische Legitimation in der DDR	62
14. Die Entstehung einer eigenen deutschen Geschichte	67
15. Neue Maßstäbe an der Humboldt-Universität im Umgang mit dem Generalplan Ost	71
16. Bleibende Probleme und neue Perspektiven	76
Zusätzliche Quellen	82
Quellenangaben	142



Hauptgebäude der Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6 (Q1)

Anmerkung

Der Name dieser Berliner Institution wandelte sich wie die Geschichte in Deutschland. Auf Initiative des Bildungsreformers Wilhelm von Humboldt rief der preußische König Friedrich Wilhelm III. 1809 die Berliner Universität ins Leben. Zwischen 1828 und 1945 führte sie zur Ehre des Monarchen den Namen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg nannte man sie erneut Berliner Universität (1946–1949). Erst 1949 erhielt das Haus die heutige Bezeichnung Humboldt-Universität zu Berlin. Ich nutze hier zugunsten der Lesbarkeit meist den Namen Humboldt-Universität zu Berlin.

Danksagung

Angestoßen und gefördert vom Präsidium der Humboldt-Universität entstand dieses Buch über den Generalplan Ost, d. h. über die Einbettung der Universität in den Völkermord im Zweiten Weltkrieg und über den Umgang mit diesem Kriegsverbrechen nach 1945. Michael Wildt war maßgeblich involviert, und ich danke ihm dafür, dass ich die Möglichkeit hatte, Struktur und Schwerpunkte zu bestimmen. Unser konstruktiver Austausch über zentrale Entwicklungen der Gewaltgeschichte genauso wie über viele Einzelheiten zum Generalplan Ost war hilfreich und bereitete mir große Freude.

Von Seiten der Universität hat Birgit Mangelsdorf vieles vorbereitet, und ich konnte eng mit ihr zusammenarbeiten. Sie stand mir von der Planungsphase bis hin zum Druck des Buches jederzeit in umsichtiger und staunenswert geduldiger Art und Weise zur Seite. Auch Hans-Christoph Keller half in der abschließenden Phase.

Die Ratschläge des Bildungswissenschaftlers Heinz-Elmar Tenorth kann ich nicht hoch genug bewerten. In unseren Gesprächen betonte er, dass der Anteil der Universität am Generalplan Ost in langfristige Entwicklungen des akademischen Betriebs eingebettet dargestellt werden sollte. Schließlich gab er mir viele für ihn wichtige Veröffentlichungen mit auf den Weg.

Manche Quellen erleichterten es mir, Themen der laufenden Forschung zur nationalsozialistischen Siedlungspolitik und zum späteren Umgang mit diesen Verbrechen schärfer in den Blick zu nehmen. Dankbar bin ich dafür dem Universitätsarchiv. Durch Claudia Hilde bekam ich eine breite Übersicht über die relevanten Personalakten vor und nach 1945. Auste Wolff wies mich auf wichtige Dokumente aus der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät hin.

Von Annette Winke erfuhr ich manches über ungelöste Probleme der Wissensgeschichte in Deutschland nach 1945. Mit Sönke Neitzel und Christin Pschichholz diskutierte ich über langfristige Entwicklungen in der Gewaltgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Claudia Böttcher gab mir Einblicke in die Medienlandschaft der DDR. Sie machte mir etwa deutlich, auf welche Art und Weise ehemalige Nationalsozialisten sogar in Krimiserien im Fernsehen enttarnt werden konnten. Barbara Bonhage offenbarte die Gewaltbereitschaft einer vermeintlich friedlichen Volksgenossin aus der eigenen Familie, die rücksichtslos für die deutschen Siedlungspläne in Osteuropa stritt.

Eine geplante größere Podiumsdiskussion an der Humboldt-Universität musste im letzten Jahr coronabedingt leider ausfallen. Ausgesprochen hilfreich war dagegen ein Treffen per Zoom. Konstruktive Hinweise zu Möglichkeiten und

Grenzen einer Universitätsgeschichte gab dabei Ulrike Jureit. Jörg Echternkamp setzte den Generalplan Ost in Beziehung zum Verlauf des Feldzugs der Deutschen Wehrmacht, und Jörg Morré unterstrich die unzureichende Bekanntheit dieses Kriegsverbrechens in der Gegenwart. Isabel Heinemann betonte die für sie zentralen Aspekte der nationalsozialistischen Siedlungspolitik, zumal das ungeheure Handlungspotenzial von Konrad Meyer.

Frau Heinemann hatte zudem einen wesentlichen Anteil an der Ausstellung „Wissenschaft, Planung, Vertreibung“ im Jahre 2006. Die Ausstellung fokussierte die Mitwirkung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) an der Entstehung des Generalplans Ost im Zweiten Weltkrieg. Damit gehört die DFG zu den wenigen Institutionen, welche die eigene Beteiligung an diesem Völkermord untersuchen. Ich danke dafür, dass ich eine Reihe von Abbildungen aus dem Ausstellungskatalog in diese Dokumentation aufnehmen kann.

Dieses Buch erscheint in der Reihe „Neues aus der Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin“. Die Universität war so freundlich, den Satz und die entstandenen Druckkosten zu finanzieren. Der Text gewann durch Frau Julia Funckes präzises Lektorat. Dankbar bin ich besonders für die Übersetzung ins Polnische, Russische und Englische. Mariana Bulaty und Patrick Weseloh unterstützten die Erscheinung und ihre Gestaltung mit großer Kompetenz. Yong-Mi Rauch hat die Digitalisierung mehrerer Texte ermöglicht.

Zwar haben die Pandemie-Einschränkungen zu Verzögerungen bei der Auswertung von Quellen und Literatur geführt, doch fehlte es nie an Zuspruch, Hinweisen und Warnungen von vielen Kolleg:innen innerhalb und außerhalb der Universität. Das Manuskript hat von Anke Lüdelings Korrekturen erheblich profitiert und ich von ihren klugen Vorschlägen. Für diese Zusammenarbeit auf vielen Ebenen danke ich allen herzlich. Ich hoffe, dieses Buch macht deutlich, dass die Geschichte des Generalplans Ost auch in der Gegenwart nicht abgeschlossen ist.

Sven Oliver Müller

In diesem Text verwende ich oft bewusst nur das maskuline Genus für Personenbezeichnungen, weil die genannten Akteure zu einem großen Teil Männer waren. Da, wo es nicht hauptsächlich um Männer geht, schreibe ich dies auch.

1. Verantwortung

Am 27. September 2006 hielt Prof. Dr. Christoph Marksches, Präsident der Berliner Humboldt-Universität, am Wissenschaftszentrum in Bonn den Eröffnungsvortrag zu Beginn der Ausstellung „Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten“. Die Ausstellung zeigte den Anteil der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Finanzierung des in großen Teilen in Berlin entstandenen „Generalplans Ost“, viele Verbindungen zwischen der Wissenschaft und dem nationalsozialistischen Vernichtungskrieg. Marksches unterstrich, wie schwer es ihm auch als Historiker gefallen sei, überhaupt Informationen zu diesem Thema zu finden. *„Während sich der Altkirchenhistoriker zur Vorbereitung dieses Vortrags in die Literatur zum sogenannten ‚Generalplan Ost‘ eingelesen hat, wurde ihm immer deutlicher, dass die mindestens ihn brennend interessierende Frage, warum eigentlich Wissenschaftler der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität an solchen Planungen mitwirkten, in der Literatur kaum gestellt und, falls sie doch implizit auftaucht, eher nachlässig beantwortet wird. [...] Wieso beteiligten sich Wissenschaftler an derartig verbrecherischen Planungen und warum glitten diese Forscher mit ihren Forschungen in die eindeutige Amoralität ab?“*¹

Im Jahr 2008 übernahm die Humboldt-Universität zu Berlin diese Ausstellung und zeigte sie vom 17. Januar bis 23. Februar 2008 im Foyer des Hauptgebäudes. Am Tag nach der Eröffnung stellte die Zeitung „taz“ Professor Marksches in einem Interview eindeutige Fragen:



Prof. Dr. Christoph Marksches, Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin 2006–2010 (Q2)

taz: „65 Jahre nachdem Forscher der Humboldt-Universität in ihrem ‚Generalplan Ost‘ die Ermordung und Vertreibung von 25 Millionen Menschen empfohlen haben, hat sich die Universität eine Ausstellung dazu ins Haus geholt. Warum erst jetzt?“

Christoph Marksches: „Es gab ja schon vorher Aktivitäten, zum Beispiel eine studentische Ausstellung an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät. Ich muss sagen, ich selbst habe bei meinem Amtsantritt Anfang 2006 die Universität in diesem Punkt als große Baustelle vorgefunden.“

¹ Auszüge aus dieser Rede finden sich im Quellenteil, [Z1](#).

taz: „Wer hat da geschludert?“

Christoph Markschie: „Ich fürchte, da kann man gar keinen einzelnen Bösewicht identifizieren. Das ist so die übliche Mischung aus Unkenntnis, Schlamperei und so weiter. Und natürlich hatte die Generation meiner Eltern Schwierigkeiten mit dieser Aufarbeitung, das muss man ganz klar so sehen. Das ist keine Entschuldigung für die Humboldt-Universität, aber ich denke, das ist bei vielen deutschen Universitäten so.“²

2. Einführende Bemerkungen

Der „Generalplan Ost“ ist vielen Menschen unbekannt. Das verwundert umso mehr, als sein Anspruch umfassend war und seine Auswirkungen kaum zu überblicken. Denn dieser Plan einer riesigen Umsiedlung der Bevölkerung in Osteuropa war ein wesentliches Element des Vernichtungskrieges des Deutschen Reichs im Zweiten Weltkrieg. Bereits der Begriff „Plan“ lässt ahnen, dass die gewaltsame Verwandlung Europas sorgfältig vorbereitet wurde, und zwar durch die enge Zusammenarbeit einflussreicher Akteure. Dazu zählten die Reichs-

leitung, hohe Offiziere der Wehrmacht, die SS – und nicht zuletzt viele renommierte Wissenschaftler an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin.

Die Gnadenlosigkeit und den Größenwahn hinter dem Generalplan Ost zeigt schon ein erster Blick auf das Konzept. Verschiedene Konzepte für eine nationalsozialistische Neuordnung Europas gab es bereits vor Kriegsausbruch. Doch die Gebietsgewinne des Deutschen Reichs nach dem Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 motivierten die Rasse- und Siedlungsexperten der SS dazu, die Bevölkerungsstruktur



Nationalsozialistisches Propagandaplakat, Berlin, um 1941 (Q3)

² Taz, 18. 1. 2008.

und die Ausbeutung Osteuropas selbst in die Hand zu nehmen. Den Auftrag dazu erteilte Reichsführer SS Heinrich Himmler jemandem, mit dem er schon länger zusammengearbeitet hatte: Prof. Dr. Konrad Meyer, einem SS-Kameraden. Meyer war nicht nur Direktor des Instituts für Agrarwesen an der Friedrich-Wilhelms-Universität, sondern arbeitete auch als Leiter des Planungsamtes innerhalb einer neu geschaffenen Institution. Diese erhielt ihren Namen durch Himmler selbst, der für sich die unbescheidene Amtsbezeichnung des „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKF) wählte. Innerhalb dieses Verbandes entwarfen unter Meyers Federführung zahlreiche Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen bis zum Frühling 1942 den Generalplan Ost. Ziel war die Schaffung einer Agrargesellschaft in Polen, in weiten Teilen der Sowjetunion und im Baltikum, welche die Bedürfnisse deutscher Siedlerfamilien erfüllen sollte. Die Dienststelle des RKF kalkulierte nicht nur die Kosten und Gewinne oder berechnete den Bau neuer Verkehrswege. Ihre Aufgabe war es, in 25 bis 30 Jahren dem deutschen Volk einen neuen „Lebensraum“ zu erschließen, indem man die Gebiete der slawischen Bevölkerung kolonisierte. Weite Teile der „rassisch unerwünschten“ Einwohner sollten als Zwangsarbeiter herangezogen, nicht weniger als 30 bis 40 Millionen deportiert oder getötet werden. Wissenschaftliche



Dieses Propagandaplakat von 1939–1941 (über die „größtzügigste Umsiedlungsaktion“) zeigt, dass Konzepte einer nationalsozialistischen Neuordnung Europas bereits länger bestanden (Q4)

Visionen, rassistische Bevölkerungspolitik, wirtschaftliche Ausbeutung und Massenmord griffen ineinander.

Der Generalplan Ost war ein Plan, dem es an fast nichts mangelte: weder an der von ausgewiesenen Forschern detailliert berechneten Neuordnung Europas noch an den Interessen der Wirtschaft, geschweige denn an den Zielen nationalsozialistischer Spitzenpolitiker, allen voran denen Heinrich Himmlers und der SS. Umgekehrt beschleunigte der Generalplan Ost den Vernichtungskrieg des Deutschen Reichs. Die deutschen Experten bedrohten durch ihr großwahn sinniges Konzept das Leben, den Besitz, die Freiheit und die Würde von Millionen polnischen und sowjetischen Männern, Frauen und Kindern.

Hier setzt die vorliegende Dokumentation an. Sie verdeutlicht den Anteil der Berliner Universität an der Entstehung des Generalplans Ost auf der einen und dessen Bewertung durch Universität und Öffentlichkeit bis in die Gegenwart auf der anderen Seite. Ziel ist es auch, durch die gezeigten Bilder und Texte einen ersten Eindruck zu vermitteln von den politischen Grundlagen, den Bedingungen des Zweiten Weltkriegs, den Netzwerken der Forscher und dem Leid der Opfer. Der Schwerpunkt liegt auf der Kooperation der hoch motivierten Wissenschaftler mit den gnadenlosen Tätern des Vernichtungskrieges. Wichtig ist der Blick auf die Arbeit der Forscher an der Berliner Universität und auf die mitwirkenden Kollegen an anderen Universitäten und Instituten. Skizziert werden auch einige Prozesse gegen die Akteurinnen und Akteure nach 1945. Daraufhin beleuchtet diese Dokumentation den zögerlichen, ja meist verweigerten Umgang der Berliner Universität in der DDR mit jenen Kriegsverbrechern oder Kollaborateuren, die hier weiterhin arbeiteten. Außerdem wird die Aufmerksamkeit auf die Stellungnahmen der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1990 gelenkt. Abschließend stellt sich die Frage, ob und wie die fatale Wirkung des Generalplans Ost in Forschung und Gesellschaft in den vergangenen Jahren sensibler bewertet und genauer untersucht worden ist.³

3 Eine vorzügliche Dokumentation der Quellen bietet Madajczyk, Czeslaw (Hg.), *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*. Dokumente, München 1994. Leitfragen und viele Aspekte finden sich im Band von Rössler, Mechthild, Schleiermacher, Sabine (Hg.), *Der „Generalplan Ost“*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993. Die Schlüsselstellung von Konrad Meyer zeigt Heinemann, Isabel, *Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa*. Konrad Meyer, der „Generalplan Ost“ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: dies., Wagner, Patrick (Hg.), *Wissenschaft – Planung – Vertreibung*. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, 45–72. Zentrale Aspekte der Forschung finden sich im Band von Gottwaldt, Alfred, Kampe, Norbert, Klein, Peter (Hg.), *NS-Gewaltherr-*

3. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus im Zweiten Weltkrieg

Der Nationalismus der Nationalsozialisten war eine Grundlage ihres Weltbildes und eine Voraussetzung des Krieges, das Reden über Nation und Krieg an Front und Heimat allgegenwärtig. Wohin man auch blickt, nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens in Deutschland wurden von nationalistischen Deutungs- und Argumentationsmustern erfasst. Im Zweiten Weltkrieg war die Rede von der „Volksgemeinschaft an der Heimatfront“, dem „Großdeutschen Freiheitskampf“ oder von einem „antibolschewistischen Kreuzzug“. Die wichtigste Bedingung für die Wohlfahrt der „Volksgenossen“ bildete die rigide Ausstoßung, ja Vernichtung von vermeintlichen Außenseitern und Feinden, die der deutschen Nation per definitionem nicht angehören konnten.

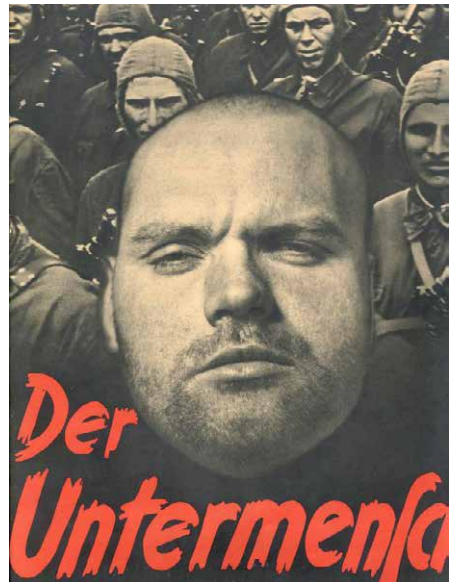
Viele Anhänger des Nationalsozialismus hielten „die Juden“ für den vielleicht gefährlichsten Feind der Deutschen. Dieses antisemitische Weltbild half dabei, die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und die damit verbundenen Bedrohungsängste in einem bekannten, jedermann zur Verfügung stehenden Koordinatensystem zu verorten. Damit erlaubte der Antisemitismus die Handhabung einer fundamentalen Ungleichheit, denn die Trennung zwischen Juden und Nichtjuden konnte durch niemanden aufgehoben werden. Wenig originell waren die Unterscheidungen in der NS-Propaganda. Das eigene „Gute“ stand im endlosen Kampf gegen das böse, teuflische, „zersetzende“, „perverse“, fremdartige und kulturlose Wirken „des“ Juden. Im unspezifischen Gegenbild ließen sich alle bekannten und gefürchteten Fehlentwicklungen der modernen Welt und der eigenen Gesellschaft versammeln. Allerdings belegten die Antisemiten nicht allein Jüdinnen und Juden mit ihrem Hass. Wie die Hetze etwa in den Wochenschauen im Kino oder im nationalsozialistischen Kampfblatt „Der Stürmer“

schaft. Beiträge zur historischen Forschung und juristischen Aufarbeitung, Berlin 2005. Vgl. zur Rolle der DFG Heinemann, Isabel, u. a. (Hg.), Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten. Katalog zur Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn, Berlin 2006. Ein breites Spektrum gibt das sechsbändige Reihenwerk zur Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Berlin 2010–2012. Wichtig ist in diesem Kontext vor allem der 2. Band: Tenorth, Heinz-Elmar, Grüttner, Michael (Hg.), Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen 1918–1945, Berlin 2012. Die einzelnen Disziplinen der Universität beleuchten die Beiträge in Jahr, Christoph, Schaarschmidt, Rebecca (Hg.), Die Berliner Universität in der NS-Zeit, Bd. 1: Strukturen und Personen, bzw. vom Bruch, Rüdiger, Schaarschmidt, Rebecca (Hg.), Die Berliner Universität in der NS-Zeit, Bd. 2: Fachbereiche und Fakultäten, Wiesbaden 2005.

zeigt, konnten auch „Judenknechte“, d. h. jedermann, dessen Geschäftsgebaren, soziales Verhalten oder politische Haltung den Machthabern missfiel, zum „Juden“ gemacht werden. Wie die israelische Historikerin Shulamit Volkov mit guten Gründen hervorgehoben hat, war diese Sprache Teil einer Kultur, „in der verbale Aggression nicht ein Ersatz für Handeln war, sondern seine Vorbereitung. Im Gegensatz zu der Sprache des Wilhelminischen Deutschland war dies ein Medium, das in allem Ernst beabsichtigte, zu glorreichen Taten zu führen. [...] Das alte geschriebene Zeug wurde dadurch zu einem ganz neuen Material – explosiv, gefährlich, direkt in die Katastrophe führend.“⁴

Durchführung und Erfolg der antisemitischen Verfolgungsmaßnahmen im Nationalsozialismus hingen wesentlich von der Reaktion der deutschen Öffentlichkeit ab. Solange die Entrechtung der deutschen Jüdinnen und Juden nicht in gewaltsame Pogrome ausartete – die gewaltsamen Exzesse im November 1938 lehnte die Mehrheit der Deutschen ab –, stieß ihre gesellschaftliche Isolierung innerhalb der breiten Bevölkerung in Deutschland auf erstaunlich wenig Widerstand. Viele glaubten jener Propaganda, von der sie nicht mehr überzeugt zu werden brauchten. Der staatliche Antisemitismus war dann erfolgreich, wenn er an bestehende Weltbilder innerhalb der Bevölkerung anknüpfen konnte. Dennoch ist die Wirkung des ethnischen Prinzips an Front und Heimat kaum zu überschätzen. Unter dem Homogenitätsdruck des Krieges versuchte man etwas Unmessbares zu bestimmen: feste Kriterien für die Zugehörigkeit zum Deutschtum. Die Vorstellung einer ethnischen Ungleichheit der Menschheit beförderte den ver-

4 Volkov, Shulamit, Das geschriebene und das gesprochene Wort. Über Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus, in: dies., Antisemitismus als kultureller Code, München 2002², 54–75, hier 74. Vgl. dies., Germans, Jews and Antisemitism. Trials in Emancipation, Cambridge 2006.



Titelblatt der von Heinrich Himmler herausgegebenen Broschüre „Der Untermensch“, Berlin 1942 (Q5)



Tafel in der Ausstellung „Wunder des Lebens“, Berlin 1935 (Q6)

meintlich notwendigen Kampf der „deutschen Volksgemeinschaft“ gegen die „rassisch minderwertigen“ Juden.⁵

Eine wichtige Negativfolie im Zweiten Weltkrieg, eng auf den Antisemitismus bezogen, bildete daher der Rassismus. „Rasse“ war ein Schlüsselbegriff, der häufig als Bezeichnung für Ausländer, für ethnische und kulturelle Gruppen

5 Vgl. zur Struktur und zur Reichweite des Antisemitismus in Deutschland etwa Friedländer, Saul, *Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung, München 1998; Holz, Klaus, *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*, Hamburg 2001; Bankier, David (Hg.), *Probing the Depths of German Antisemitism. German Society and the Persecution of the Jews, 1933–1941*, New York 2000; Müller, Sven Oliver, *Nationalism in German War Society 1939–1945*, in: Echternkamp, Jörg (Hg.), *Germany and the Second World War. Volume IX/II. German Wartime Society 1939–1945: Exploitation, Interpretations, Exclusion*, Oxford 2014, 11–93, hier 48–59, 82–90; Humburg, Martin, *Feldpostbriefe aus dem Zweiten Weltkrieg – zur möglichen Bedeutung im aktuellen Meinungsstreit unter besonderer Berücksichtigung des Themas „Antisemitismus“*, in: *MGM* 58 (1999), 321–343.

verwandt wurde. Die Grundannahme nationalsozialistischer Rassisten war die „Natürlichkeit“ und Unveränderbarkeit von als Rassen definierten Gruppen. Diese seien prinzipiell so ungleichwertig, dass diese vorgebliche biologische Tatsache durch nichts aufgehoben werden könne. „Rasse“ war keine klar bestimmbare Kategorie, vielmehr bestanden die unterschiedlichsten vermeintlich wissenschaftlich untermauerten Vorstellungen von einer „nordischen“ oder „arischen“ Gemeinschaft des „Blutes“ nebeneinander. Lediglich die begriffliche Verwirrung war diesen Konzepten gemeinsam. Am Ende eines scheinbar naturwissenschaftlichen Beweisgangs standen nur jene Prämissen, deren Gültigkeit die Rassisten schon zuvor behauptet hatten.

In Deutschland wurden die in Europa bestehenden Grenzen in Frage gestellt. Der sogenannte „Lebensraum“ war ein primär politisches, aber auch ein wirtschaftliches Konzept, dessen Anhänger die Besiedlung jenseits der Grenzen des Deutschen Reiches und die Kontrolle Osteuropas für notwendig erachteten. Die Annexionen in Osteuropa im Ersten Weltkrieg suggerierten, dass dieses Ziel erreicht werden konnte. In dem Maße, in dem weite Gebiete aus der Konkursmasse des Russischen Reiches in deutsche Hände fielen und eine gezielte Besiedlungs- und Vertreibungspolitik von der Regierung propagiert wurde, verbreitete sich bereits im Deutschen Kaiserreich die Forderung, dieses Land ohne Rücksicht auf die einheimische Bevölkerung zu annektieren. Im nationalsozialistischen Deutschland glaubten daher nach den militärischen Erfolgen nicht nur die gesellschaftlichen Eliten, sondern auch viele Bürgerinnen und Bürger, Arbeiterin-



Sowjetunion: „Unternehmen Barbarossa“, Juni 1941, Motorräder mit Beiwagen (Q7)

nen und Arbeiter oder einfache Soldaten fest daran, dass es ihre vorbestimmte Mission sei, die deutsche Hegemonie über die ethnisch und kulturell „minderwertigen“ Bauern Osteuropas zu festigen.

Ausgehend von der Überzeugung, dass Industrialisierung und Landflucht die „Rasse“ und die Kampfkraft des Deutschtums zersetzten, propagierte der Staat das sozialromantische Ideal eines deutschen Bauernvolkes, das Osteuropa besiedeln und zivilisieren werde. Der Angriffskrieg bewährte sich als Mittel dafür, ein agrarisch strukturiertes Gebiet zu beherrschen. Deshalb, so die Botschaft, würden die starken deutschen Siedlerinnen und Siedler fortan Leben, Arbeit und Handel der von ihnen kontrollierten slawischen Bevölkerung bestimmen. Die imperialistische Dimension dieses „Lebensraums“ liegt auf der Hand. Die Kolonisierung Osteuropas bedeutete für die Nationalsozialisten, die Slawen zu unterdrücken, sie wirtschaftlich auszubeuten und sie nach deutschen Werten zu „erziehen“. Erst Deutschlands Zugriff auf ihre Ressourcen gebe den Einwohnern Polens oder Russlands Hoffnung darauf, ihr trostloses und verwaorlostes Leben zu verbessern. Dieses Konzept schuf die Rahmenbedingungen für den Generalplan Ost.⁶

Der Nationalsozialismus verkörperte die nationalistische Dialektik von Inklusion und Exklusion in schärfster Konsequenz. Er richtete sich gegen Sozialdemokraten und Kommunisten, Liberale und Intellektuelle, Homosexuelle und „Erbkranke“ und insbesondere gegen die slawischen Nachbarvölker der Deutschen und die Juden. Vor dem Hintergrund schmerzhafter persönlicher und kollektiver Orientierungsverluste in der Vergangenheit versprach der Nationalsozialismus vor allem eines leisten zu können: „Ordnung“ zu schaffen. Die Verhaftung „undeutscher“ Kommunisten, „nichtarischer“ Juden oder homosexueller SA-Führer konnte aus dieser Perspektive als Wiederherstellung der „ordentlichen“ mora-

6 Vgl. zum „Lebensraum“ und zur Besatzungspolitik in Osteuropa Liulevicius, Vejas Gabriel, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity and German Occupation in World War I*, Cambridge 2000; Jahn, Peter, u. a. (Hg.), *Der deutsche Krieg um „Lebensraum im Osten“ 1939–1945*, Berlin 2017; Lower, Wendy, *Nazi Empire Building and the Holocaust in the Ukraine*, Chapel Hill/NC 2005; Mazower, Mark, *Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 2009; Kletzin, Birgit, *Europa aus Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der Neuen Ordnung*, Münster 2002²; Overy, Richard, u. a. (Hg.), *Die „Neuordnung“ Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten*. Berlin 1997; Corni, Gustavo, Gies, Horst, *Blut und Boden. Rassenideologie und Agrarpolitik im Staat Hitlers*, Idstein 1994. Vgl. die Langzeitperspektive in Müller, Sven Oliver, *Pschichholz, Christin (Hg.), Gewaltgemeinschaften? Studien zur Gewaltgeschichte im und nach dem Ersten Weltkrieg*, Frankfurt/M. 2021.

lischen Verhältnisse erscheinen, der neue Weltkrieg als Rückkehr zur rechtmäßigen politischen Hegemonialstellung Deutschlands gedeutet werden. Der basale Begriff der Ordnung bildete eine zentrale und auch in seiner symbolischen Bedeutung kaum zu überschätzende Größe. In diesem Wertekanon bestanden verschiedene Ordnungsentwürfe, die sich direkt mit der Ideologie der „Volksgemeinschaft“ verbanden.

Nicht übersehen werden darf die Gewalt gegen Polen nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1939. Die Unterwerfungs- und Herrschaftsstrukturen des siegreichen nationalsozialistischen Deutschlands lasteten schwer auf dem Land. Doch stellte der deutsche Angriff auf die Sowjetunion alles Vorhergehende in den Schatten. Parallel zum Vormarsch der fast drei Millionen Wehrmachtssoldaten in den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 setzte sich der gewaltige Apparat des Propagandaministeriums in Bewegung. Die NS-Führung nutzte eine allumfassende Medienkampagne, um die deutsche Bevölkerung von der Notwendigkeit eines Krieges gegen einen böartigen und „rassisch minderwertigen“ Feind zu überzeugen. Der sofort verbreiteten „Proklamation des Führers an das deutsche Volk“ folgte eine Unmenge von Erklärungen, Berichten, Extrablättern und Meldungen in den Tageszeitungen, bei Rundfunksendern und in den Wochenschaun. Geschickt montierte das Propagandaministerium Bilder, Kommentare, Geräusche und Musik zu einer optischen und akustischen Reizflut. Wer all das sinnvoll einzuordnen versuchte, dem fiel es schwer, nicht auf die geltenden Wertesysteme, Deutungsmuster und Sprachstile des Nationalen zurückzugreifen.⁷

7 Vgl. zum Stellenwert des Nationalismus in der Bevölkerung und zur nationalsozialistischen Propaganda Wildt, Michael, *Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte*, Frankfurt/M. 2019²; Müller, Sven Oliver, *Deutsche Soldaten und ihre Feinde. Nationalismus an Front und Heimatfront im Zweiten Weltkrieg*, Frankfurt/M. 2007; Volkmann, Hans-Erich, *Das Russlandbild im Dritten Reich*, Weimar 1994². Grundlegend zur Militärgeschichte und zum Krieg in Osteuropa sind die Beiträge in *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4: Boog, Horst, Förster, Jürgen, Hoffmann, Joachim, Klink, Ernst, Müller, Rolf-Dieter, Ueberschär, Gerd R., *Der Angriff auf die Sowjetunion*, Stuttgart ND 1993; Bd. 8: Frieser, Karl-Heinz, Schmider, Klaus, Schönherr, Klaus, Schreiber, Gerhard, Ungváry, Krisztián, Wegner, Bernd, *Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten. Im Auftrag des MGFA hg. von Frieser, Karl-Heinz*, Stuttgart 2007; sowie Hartmann, Christian, *Unternehmen Barbarossa. Der deutsche Krieg im Osten 1941–1945*, München 2009. Vgl. zum Antisemitismus die Beiträge in Aly, Götz, u. a. (Hg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, Bd. 1: *Deutsches Reich 1933–1937*. Bearb. von Gruner, Wolf, München 2008; Bd. 4: *Polen September 1939–Juli 1941*. Bearb. von Friedrich, Klaus-

Selbst gezeichnete und kolorierte Kartenskizze, Marienberg/Sachsen, 4. April 1943 (Q8)



4. Forschung im Nationalsozialismus am Beispiel der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Auch wenn der Angriffskrieg gegen die Sowjetunion viele Deutsche ängstigte, wurde er doch gerade von Bildungs- und Wirtschaftseliten begrüßt. Die deutsche „Lebensraum“-Ideologie und aggressive Konzepte einer „völkischen Flurbereinigung“ fanden in dieser Gruppe bereits vor Kriegsausbruch viele Anhänger. Zwar waren bis 1933 nur wenige Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer Mitglied der NSDAP geworden, die Mehrheit tendierte lange zuvor eher zu politisch rechtskonservativen Parteien. Bald aber ergriffen viele von ihnen aus Nationalismus, Opportunismus oder im Streben nach einer besseren Karriere das braune Parteibuch. Daher bewährte sich dieser Vorstellungshorizont nach Kriegsausbruch, war er doch ein Mittel zur gewaltsamen Gründung eines glück-



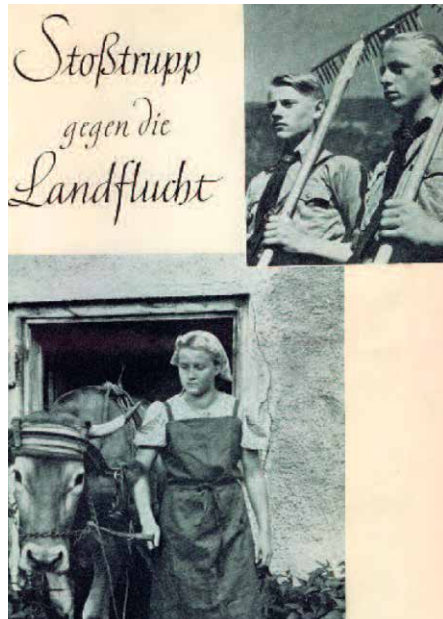
Adolf Hitler und führende Nationalsozialisten vor dem Ehrenmal, Unter den Linden, Heldengedenktag 15. März 1942, im Hintergrund das Hauptgebäude der Universität (Q9)

Peter, München 2011; Alter, Peter (Hg.), Die Konstruktion der Nation gegen die Juden, München 1999.

versprechenden Großreichs der Deutschen. Die Kosten dafür hätten selbstredend die „schwache“ Bevölkerung in West- und die „minderwertige“ in Osteuropa zu tragen.

Manchen Wissenschaftlern innerhalb und außerhalb der Universitäten eröffnete der Angriffskrieg neue Handlungsmöglichkeiten. Das gilt zumal für die Berliner Universität, die gerade im Nationalsozialismus die Chancen, ihre Stellung in der Gesellschaft auszubauen, nutzen wollte. Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen passten sich in etwa gleicher Geschwindigkeit dem nationalsozialistischen Regime an. Die meisten waren Opportunisten. In allen Fachrichtungen setzten die Experten ihre Arbeit ohne Aufregung fort, nahmen die Verhältnisse ohne Widerspruch hin und standen entlassenen Kolleginnen und Kollegen nicht zur Seite.

Die Frage liegt nahe, ob die politische Zäsur nicht die Erkenntnismöglichkeiten einzelner Forscherinnen und Forscher belastete, ja die wissenschaftlichen Leistungen ganzer Disziplinen beschädigte. Zugespitzt formuliert, traf das in den meisten Fällen nicht zu. Vielmehr arbeitete man kontinuierlich weiter, hatte wachsendes Interesse an innovativen Deutungen und neuen Methoden. Auffällig ist die Herausbildung neuer Schwerpunkte in den Universitäten im Nationalsozialismus. Sie werden Teil einer „Transformation der Wissensordnung“, wie Heinz-Elmar Tenorth es für einen längeren Zeitraum formuliert. Denn so unklar einzelne Aspekte dieser neuen Wissensordnung auch blieben, die Zielrichtung lag doch auf der Hand, nämlich die Integration der Forschung in das Weltbild und die völkische Politik des Nationalsozialismus. In dieser Hinsicht unterschied sich die Ausrichtung der Humboldt-Universität wenig von der anderer Häuser.⁸



„Stoßtrupp gegen die Landflucht“, Artikel in der Zeitschrift „Deutsche Agrarpolitik“ 1943 (Q10)

8 Vgl. Tenorth, Heinz-Elmar, Transformation der Wissensordnung. Die

Die Berliner Wissenschaftler arbeiteten zunehmend in Netzwerken. Beispielsweise versuchten Disziplinen wie die Ethnologie, ihre Erkenntnisse einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Dabei arrangierte man sich nicht nur mit der nationalsozialistischen Wissensordnung, sondern baute diese aus. Die Untersuchungen der Augen-, Haut- und Haarfarbe von sechs Millionen Schulkindern belegen das wachsende Interesse an einer rassistischen Erforschung von Menschen. Auch kulturelle Traditionen verwandelte man in „braune Wissenschaft“: „Pflegstätten“ für Märchen- und Sagenkunde nannte man „Forschungsstätten“, in denen es um den Nachweis der „geistigen Weltherrschaft des arischen Germanentums“ ging.

Das enge Verhältnis von Forschung und Nationalsozialismus im Deutschen Reich wird auch anhand der Rolle der Agrarwissenschaften in Berlin deutlich. Das ist von zentraler Bedeutung für die Entstehung und Veränderung des Generalplans Ost. Bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 bestand die Landwirtschaftliche Hochschule aus nicht weniger als 27 eigenständigen agrarökonomischen Instituten, unter ihnen etwa die Agrikulturchemie und die Bakteriologie sowie die verstärkt geförderte neue Disziplin Genetik. Im Sommersemester 1933 gehörten ihr 151 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an, darunter 31 ordentliche Professoren, 10 Honorarprofessoren, 10 außerordentliche Professoren, 20 Privatdozenten, 22 Honorarprofessoren und 58 Assistenten, sowie 30 Beamte und Angestellte in der Verwaltung und den technischen Betrieben. Die Landwirtschaftliche Hochschule wurde 1934 der Berliner Universität angeschlossen, damit blieben die Anzahl der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und die der Studierenden auf hohem Niveau. Die neu gebildete Landwirtschaftliche Fakultät war die größte des Deutschen Reichs.

Zwei Faktoren verstärkten die Bedeutung der Landwirtschaftlichen Fakultät an der Berliner Universität: Zum einen verharren die Agrarwissenschaften nicht allein in abstrakten Überlegungen, sondern achteten darauf, ihre Erkenntnisse außerhalb des akademischen Betriebs zu erproben. Zum anderen arbeiteten die

Berliner Universität vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis 1945. Zur Einleitung, in: ders. (Hg.), *Praxis ihrer Disziplinen. Transformation der Wissensordnung*, Berlin 2010, 9–49. Zu einigen zentralen Problemen der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin vgl. Nagel, Anne Chr., *Die Universität im Dritten Reich*, in: Tenorth, Grüttner (Hg.), *Geschichte der Universität*, Bd. 2, 405–464; Thiel, Jens, *Der Lehrkörper der Friedrich-Wilhelms-Universität im Nationalsozialismus*, in: ebd., 465–538; Jahr, Christoph, „Das ‚Führen‘ ist ein sehr schwieriges Ding“. Anspruch und Wirklichkeit der „Führeruniversität“ in Berlin 1933–1945, in: ders., Schaarschmidt (Hg.), *Berliner Universität*, Bd. 1, 17–36; Schleiermacher, Sabine, *Rassenhygiene und Rassenanthropologie an der Universität Berlin*, in: ebd., 71–88.



Hauptgebäude der ehemaligen Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, Invalidenstraße 42 (Q11)



Thaersaal, Eingangsbereich der ehemaligen Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät (Q12)

Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eng mit anderen Universitäten, Instituten und Disziplinen zusammen. Sie waren Teile eines Netzwerks von Forscherinnen und Forschern des Deutschen Reichs, die ebenfalls die vielen Aspekte der Landwirtschaft untersuchten. Dieses wissenschaftliche Potenzial, die oft konkreten Expansionspläne nutzte Prof. Dr. Konrad Meyer zum Aufbau seiner Stellung im akademischen Betrieb und in der Politik.⁹

5. Konrad Meyers Organisationsfähigkeit und sein politischer Einfluss

Der Generalplan Ost ist ohne Konrad Meyer (1901–1973) kaum vorstellbar. Meyer, der – nicht frei von Eitelkeit – seinen Namen zu „Meyer-Hetling“ änderte, war ein hervorragender Organisator und verfolgte als SS-Oberführer gnadenlose Vernichtungsziele. Dieser ihm 1943 verliehene Dienstgrad entsprach dem Rang zwischen Oberst und Generalmajor in der Wehrmacht. Meyer gelang im Nationalsozialismus ein rascher Aufstieg. Er ließ kaum eine Möglichkeit aus, seine wissenschaftlichen Erkenntnisse mit politischem Einfluss und angemessenem Wohlstand zu verbinden.

Konrad Meyer wirkte auf vielen Gebieten. Nach Stationen in Göttingen, Breslau und Jena folgte er 1934 einem Ruf der Berliner Universität und wurde ordentlicher Professor für „Ackerbau und Landbaupolitik“ an der Landwirtschaftlichen Fakultät. Gleichzeitig war er Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften, 1936/37 Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und arbeitete zudem ab 1937 für den Reichsforschungsrat. Von 1936 bis 1939 leitete er die neu gegründete „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“.

9 Einzelne Fachrichtungen untersuchen Imeri, Sabine, Kaschuba, Wolfgang, Knecht, Michi, Schneider, Franka, Scholze-Irrnitz, Leonore, Volks- und Völkerkunde an der Berliner Universität bis 1945, in: Tenorth (Hg.), Praxis ihrer Disziplinen, 303–319; Aldenhoff-Hübinger, Rita, Landwirtschaftswissenschaften von der Gründung bis 1945, in: ebd., 627–649. Zur Agrarwissenschaft vgl. Klemm, Volker, Agrarwissenschaften im „Dritten Reich“. Aufstieg oder Sturz? 1933–1945, Berlin 1994; ders., Von der Königlichen Akademie des Landbaus in Möglin zur Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1998; Universität Berlin, Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit der Fakultät, Die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1998. Eine kenntnisreiche und langfristig angelegte Analyse der politischen Arbeitsweise dieser Wissenschaft gibt Hirte, Katrin, Die deutsche Agrarpolitik und Agrarökonomik. Entstehung und Wandel zweier ambivalenter Disziplinen, Wiesbaden 2019, bes. 583–785.



Prof. Dr. Konrad Meyer (auch Meyer-Hetling, 1901–1973). Der Agrarwissenschaftler war ab Frühjahr 1934 Professor an der Landwirtschaftlichen Fakultät in Berlin. 1939 ernannte man ihn zum ordentlichen Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Im selben Jahr erhielt er als SS-Oberführer die Leitung des Planungsamtes des RKF (Q13)

Um sein Netzwerk aus verschiedenen nationalsozialistischen Experten im ganzen Reich auszubauen, knüpfte er Kontakte zur Mehrzahl der einzelnen Verbände. Meyer verfügte über einen Millionenetat für seine Studien, der nach Kriegsausbruch immer weiter wuchs.

Der Generalplan Ost entstand im 1939 eingerichteten RKF. Ziel war es, die Umsiedlungen und die Eindeutschung in den von der Wehrmacht eroberten Gebieten in



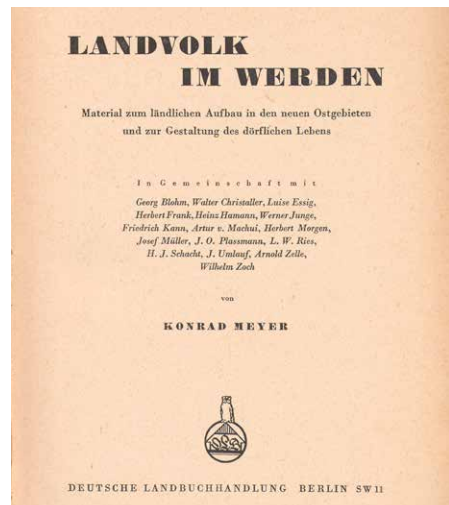
Heinrich Himmler (1900–1945), Reichsführer SS, Chef der deutschen Polizei und „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ (Q14)

Osteuropa zu organisieren. Die RKF-Zentrale in Berlin leitete SS-Gruppenführer Ulrich Greifelt. Die wissenschaftlichen Impulse aber kamen von der Hauptabteilung „Planung und Boden“. Ihr Leiter wurde Konrad Meyer.

Dieser interessierte sich nicht allein für die infrastrukturellen oder sozialen Probleme in Osteuropa, sondern in erster Linie für die seines Erachtens ineffiziente landwirtschaftliche Produktion und die zunehmende Landflucht. Die Lösung lag für ihn auf der Hand: die Erweiterung, ja Neuordnung des „Lebensraums“ nach deutschem Muster außerhalb der bestehenden Grenzen des Reichs. Bereits im April und Mai 1940 skizzierte er Möglichkeiten für die in Polen besetzten Ostgebiete (Reichsgauen Wartheland, Danzig-Westpreußen). Meyer glaubte, nicht frei von Größenwahn, an vorderster Front neue Impulse zu setzen. Denn es ging ihm um einen historisch einmaligen Machtgewinn des Deutschen Reichs. Im Januar 1942 demonstrierte er in einem Vortrag im Auftrag der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin, inwieweit auch der Rassismus Quelle seiner Ordnungsziele war: Die „völkische Neuordnung“ bilde die Grundlage für „Planung und Aufbau in den eingegliederten Ostgebieten“.

Sein Buch unter dem programmatischen Titel „Landvolk im Werden“ erschien mit stolzem Hinweis auf den „Geburtstag des Führers 1941“ wenige Wochen vor dem Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni. Meyer und seine Mitarbeiter lieferten zahlreiche Aufsätze, Karten, Tabellen und Fotos, um ihre Konzepte zur Neuordnung der Öffentlichkeit zu präsentieren. Wilhelm Zoch verknüpfte in seinem Beitrag die gewünschte Agrargesellschaft mit Rassismus und seinen deutschen Visionen von einem friedlichen Europa.

„Großdeutschland – bislang unser Ziel und Streben – ist Wirklichkeit geworden. Das bisher außerhalb der Reichsgrenzen unter fremdem Zwang ausharrende Grenzdeutschtum in Ost und West lebt heute innerhalb der deutschen Grenzpfähle. [...] Es ist hierbei notwendig sich die deutsche



Titelblatt Meyer, Konrad, u. a., Landvolk im Werden. Material zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten und zur Gestaltung des dörflichen Lebens, Berlin 1942 (Q15)



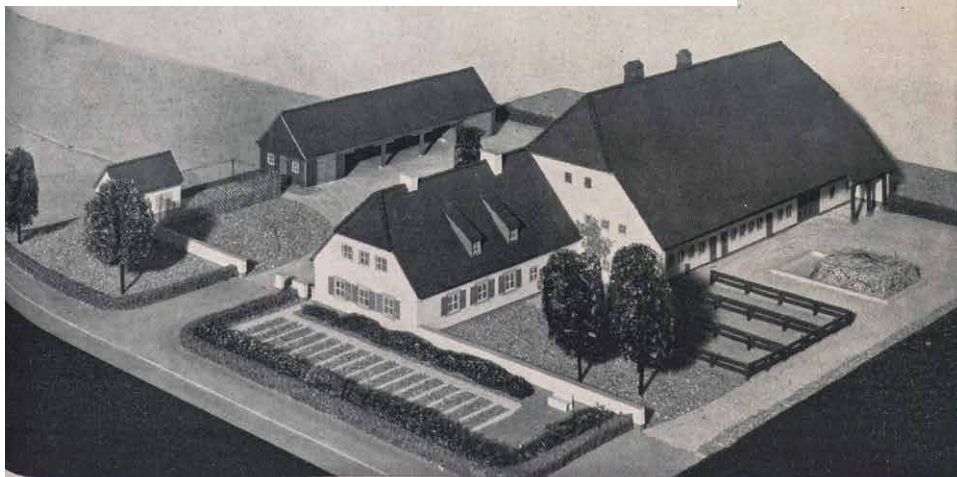
Machtstellung im zukünftigen neuen Europa zu vergegenwärtigen, um die Größe des Beitrages, den unser Reich damit der europäischen Zusammenarbeit und Neuordnung leistete, voll begreifen zu können. Deutschland bewies damit seinen Willen zur wirklichen und anhaltenden Befriedung Europas.“ Infolge der bislang in Osteuropa gelungenen militärischen Siege könne schon bald „rund eine dreiviertel Million von deutschen Menschen ihre bisherige Heimat verlassen haben, um in neuem Beginn in der großen deutschen Gemeinschaft ein neues Jahrtausend formen zu helfen. [...] Die Volksgruppen an sich haben mit dem Tag ihrer Rückkehr ins Reich aufgehört zu bestehen, aus all ihren wertvollen Bestandteilen werden sich in sinnvoller Mischung mit ortsansässigen und reichsdeutschen Grenzsiedlern neue Bluteinheiten bilden, die imstande sind, die deutschen Aufgaben in den neuen Lebensräumen über die Jahrhunderte hinwegzutragen.“¹⁰

Konrad Meyer organisierte seine Handlungsmacht, indem er Experten aus unterschiedlichen Disziplinen an das RKF holte, von der laufenden Forschung einzelner Wissenschaftler profitierte und neu geplante Projekte an anderen Universitäten und Instituten an sich zu binden suchte. Um nur einige Experten aus dem Planungsstab zu nennen: Von großem Nutzen waren etwa das Wissen des Agrarökonomen Max Rolfes über Finanzen, die Kenntnisse des Soziologen Herbert Morgen von der Berliner Universität oder die des Architekten Udo von Schauth. Franz Doubek besorgte Kartenmaterial, der Ingenieur Joachim Schacht kümmerte sich um mögliche Baustoffe. Auch der Verwaltungsjurist Erhard Mäding und Josef Umlauf, ein Experte für lokale Wohngebiete, engagierten sich in der Planungsgruppe. Die Verwendung etablierter Methoden und konventioneller Darstellungen wirft die Frage auf, wie deutlich die beteiligten Wissenschaftler die Monstrosität und Grausamkeit des Projektes begriffen.

Bekannte Professoren unterstützten in Berlin die Arbeit des RKF auf eigene Initiative. Das galt gerade für diejenigen, die dem nationalsozialistischen Weltbild nicht fernstanden. Beispielsweise legten Prof. Dr. Eugen Fischer und Prof. Dr. Fritz Lenz vom Berliner „Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik“ Gutachten zur Ansiedlung „deutscher Menschen“ vor. Ihr Kollege Prof. Dr. Wolfgang Abel, Anthropologe an der Berliner Universität,

¹⁰ Zoch, Wilhelm, Bodenständiges und rückgeführtes Bauernvolkstum in Ost und West, in: Meyer, Konrad, u. a., Landvolk im Werden. Material zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten und zur Gestaltung des dörflichen Lebens, Berlin 1942², 94–118, Zit. 94 f., 118. Tafel I („Der Neue Osten“) zeigt die verschiedenen Siedlungsgebiete des deutschen Volkstums. In der Rubrik „Die Gestaltung“, ab S. 273 (hier Bildseite 7,) findet sich ein „Modell und Grundriss für ein Landarbeiter-Doppelhaus“, das Teil einer zukünftigen Siedlung in Polen nach deutschem Muster werden sollte. Vgl. auch die Abbildung auf S. 28 dieses Textes.

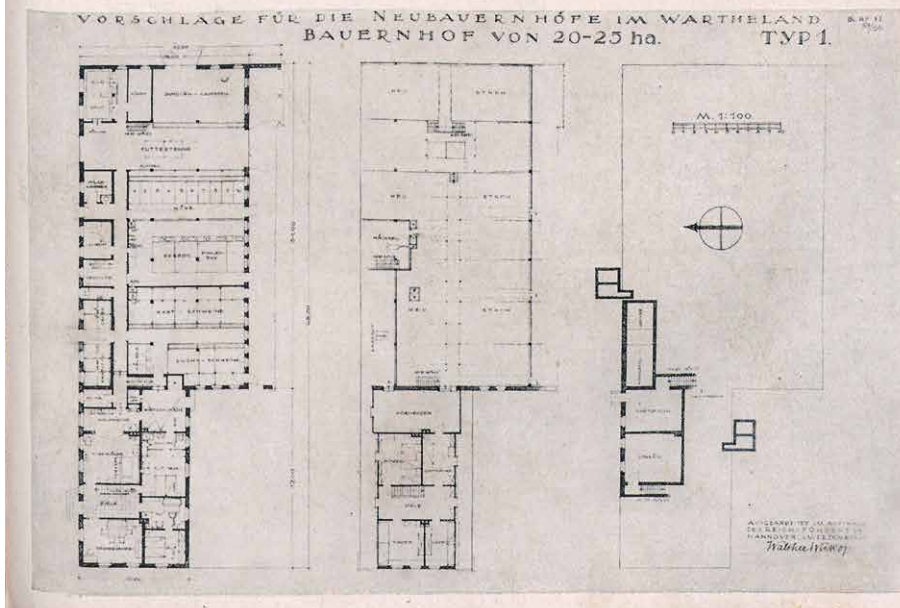
Beispiele für neue Siedlungsbauten finden sich in Meyer, u. a., Land-
 volk, in der Rubrik „Die Gestaltung“, ab S. 273 (Bildseite 5). „Modell
 und Grundriß eines Bauernhofes von 25 ha im Wartheland“ (Q18)



Bildseite 5

Modell und Grundriß eines Bauernhofes von 25 ha im Wartheland

Wohnhaus, Stall und Scheune sind räumlich verbunden, aber der Baukörper ist durch Vorrücken des Wohnhauses aufgegliedert.
 Rechts ist das Dach über 2 m weit für Unterfahrten von Wagen vorgezogen. Der Wohnraum für die Altenteiler befindet sich
 im Obergeschoß. — Entwurf: Prof. Wickop, Hannover.



profitierte von der immer häufigeren Einteilung der slawischen Bevölkerung in „Rassegruppen“ in der Öffentlichkeit. Das wachsende Interesse an der Kontrolle von Menschen, Land und Boden in den von der Wehrmacht eroberten Gebieten auch unter Zivilistinnen und Zivilisten spielte ihr in die Hände.

Konrad Meyer wusste, dass er als einflussreicher Landwirtschaftswissenschaftler direkten Einfluss auf die wichtigsten raumplanungs- und agrarwissenschaftlichen Dienststellen des Deutschen Reichs hatte. Sein Ziel war es, dass möglichst viele Behörden, Parteifunktionäre, Unternehmer oder Wissenschaftler sein Projekt einvernehmlich förderten. Bewunderer wie Konkurrenten in Wissenschaft und Politik staunten darüber, wie es Meyer gelang, seine Stellung immer weiter auszubauen. Vor allem nutzten ihm seine engen Verbindungen zu nationalsozialistischen Funktionären und einflussreichen Spitzenpolitikern, allen voran Heinrich Himmler.

Auch finanziell waren Arbeit und Umfeld Konrad Meyers bestens gesichert. Verschiedene Forscher und landwirtschaftliche Organisationen kauften 1938 eine Villa in der Podbielskiallee 25/27 in Berlin, im noblen Stadtteil Dahlem. Das Haus wurde 1939 zur RKF-Zentrale. Die repräsentativen, teuer wie geschmackvoll



In dieser Villa in Berlin-Dahlem, Podbielskiallee 25/27, erhielt die RKF-Planungsabteilung 1939 ihren Sitz (Q19)

eingerrichteten Räume nutzten Meyer und seine Mitarbeiter für wichtige Veranstaltungen. Der Hausherr achtete darauf, seinen Berliner Lehrstuhl weiterhin zu besetzen, und erhielt 1941 auch noch eine Honorarprofessur für „Planungs- und Siedlungswissenschaft“ an der Reichsuniversität Posen.

Die DFG unterstützte die Arbeit der RKF-Zentrale und vieler Mitarbeiter sowie der Berliner Universität großzügig. Von 1941 bis 1945 bekam Meyer jenseits seines laufenden Gehalts für die Entwicklung des Generalplans Ost stolze 510.000 RM von der DFG (heute umgerechnet etwa 130.000 Euro). Allein für das Haushaltsjahr 1942 forderte und erhielt er 150.000 RM. Sein Vertrauensmann, der Soziologe Prof. Dr. Herbert Morgen (Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik der Berliner Universität), bekam zwischen 1942 und 1945 rund 100.000 RM dafür, etwas über die Grundlagen „zur Festigung deutschen Volkstums i.d. Siedlungsgebieten des Reichs“ herauszufinden. Prof. Dr. Felix Boesler, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Jena, konnte sich über die 40.000 RM freuen, die ihm die DFG für seine „Untersuchung zu Problemen des Ostaufbaus“ zahlte. Die für das Rechnungsjahr 1945/46 vorgesehenen 100.000 RM (das entspricht etwa 28.000 Euro) entfielen allerdings wegen des Kriegsendes.¹¹

6. Der Generalplan Ost und seine Varianten

So wichtig Konrad Meyers Organisationskraft und seine Gier nach politischem Einfluss auch gewesen sein mögen, die Anordnung zum Generalplan Ost und die wesentlichen Entscheidungen traf Himmler. Allerdings fehlte es nicht an staatlichen wie an NS-Institutionen, die sich bemühten, seinen Einfluss auf die

11 Der Enkelin von Konrad Meyer gelang es mit großen Schwierigkeiten, einige Dokumente (so auch Teile der später geschriebenen autobiographischen Aufzeichnungen Meyers [22]) zu veröffentlichen. Meyer, Bettina, SS-Nr. 74695. Eine biographische Annäherung an meinen Großvater Prof. Konrad Meyer, der 1947 im 8. Nürnberger Nachfolgeprozess als Hauptverantwortlicher des sogenannten „Generalplans Ost“ angeklagt wurde, Starnberg 2014. Vgl. Heinemann, Isabel, Konrad Meyer, 45–72; Burleigh, Michael, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, London 2002; Mai, Uwe, *Rasse und Raum. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat*, Paderborn u. a. 2002; Loose, Ingo, Berliner Wissenschaftler im „Osteinsatz“ 1939–1945. Akademische Mobilität zwischen Berliner Universität und Reichsuniversität Posen, in: Jahr, Schaarschmidt (Hg.), *Berliner Universität*, Bd. 1, 49–70; Rückl, Steffen, Noak, Karl-Heinz, *Agrarökonomien der Berliner Universität 1933–1945. Von der Vertreibung unerwünschter Hochschullehrer bis zur Ausarbeitung des „Generalplan Ost“*, in: vom Bruch, Schaarschmidt (Hg.), *Berliner Universität*, Bd. 2, 173–191; Heim, Susanne (Hg.), *Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus*, Göttingen 2002.

Siedlungspolitik zu begrenzen und sich seiner Kontrolle zu entziehen. So versuchte die SS, die Initiative bei sich zu behalten.

Am 20. März 1941 wurde eine Ausstellung unter dem Namen „Planung und Aufbau im Osten“ in Berlin eröffnet. Ziel der Planungsabteilung des RKF war es, die Führungsspitzen der Regierung und der Armee von ihrer Arbeit zu überzeugen, gleichsam Teil einer strategischen Allianz zu werden. Zu den ausgewählten Gästen zählten neben Heinrich Himmler auch Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, Polizeigeneral Kurt Daluege und der Bauingenieur Fritz Todt. Meyer achtete darauf, Himmlers Anweisungen zu folgen und die bevorstehenden Veränderungen durch lebensnahe Details anschaulich zu machen. Er ließ Musterdörfer und Höfe aus Holz anfertigen, legte detaillierte Landkarten und Abbildungen moderner Agrartechnik vor. Zur Eröffnung gab der Leiter des RKF, SS-Gruppenführer Ulrich Greifelt, den handverlesenen Gästen eine Einführung zum Fortschritt der Planungen. Auch Konrad Meyer präsentierte sich in seiner SS-Uniform und hielt einen Vortrag über die wissenschaftlichen Bedingungen der Verwandlung Osteuropas unter deutscher Führung. Später führte Himmler persönlich den Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, durch die Ausstellungsräume.

Zwei Tage nach dem Angriff auf die Sowjetunion, am 24. Juni 1941, beauftragte Himmler die Planungsabteilung des RKF, einen Generalplan Ost zu konzipieren, um genaue Vorlagen dafür zu bekommen, wie die geplanten großangelegten Besiedlungen durchgeführt werden könnten. Gleichzeitig hielt er die Eindeutschung der bereits annektierten westpolnischen Gebiete und des „Generalgouvernements“ für notwendig. Konrad Meyer schickte Himmler dazu bereits am 15. Juli 1941 einen Entwurf, den dieser mit Hitler besprach. Allerdings ist der Text verschollen, der Inhalt nur in groben Zügen bekannt. Der Begriff „Generalplan Ost“ zeigt die Dimension, nicht aber den genauen Inhalt des Konzepts. Helfen könnte ein Blick auf andere Fassungen des Plans: Bereits Anfang 1940 entstand im Reichssicherheitshauptamt eine erste Fassung des Generalplans Ost, welche die „Präzisierung zu einem konkreten Szenario“ in Aussicht stellte. Es liegen insgesamt fünf Varianten vor. Vier davon stammen aus der Planungsabteilung des RKF, eine aus dem Reichssicherheitshauptamt.

Bei früheren Fassungen existieren einige Teile des Generalplans Ost nicht mehr. Insgesamt ermöglicht es das Quellenmaterial nicht immer, die Bedeutung oder die Herkunft einzelner Skizzen zu begründen. Manchmal ist es schwer, die spezifischen Interessen der jeweiligen Autoren zu erkennen. Verschiedene Bezeichnungen, Entstehungszeiträume und Varianten wirken wie Experimente, aber alle haben ein gemeinsames Ziel: eine neue Bevölkerungsordnung in Ost-

1 Besucher der Ausstellung am Eröffnungstag 20. März 1941. V. l. n. r.: Rudolf Heß, Heinrich Himmler, Philipp Bouhler, Fritz Todt, Reinhard Heydrich, Konrad Meyer (vortragend) (Q21)

2 Um das Modell stehen Philipp Bouhler, Rudolf Heß und Heinrich Himmler in der Bildmitte, vorne links General Hermann Reinecke und Konrad Meyer, im Hintergrund Kurt Daluege (Q22)

3 Heinrich Himmlers Ausführungen folgen (v. l. n. r.) Rudolf Heß, Ulrich Greifelt, Fritz Todt und Konrad Meyer (Q23)

4 Fritz Bracht (Gauleiter in Oberschlesien) erläutert in der Ausstellung SS-Offizieren ein Dorfmodell (Q24)



europa unter der Herrschaft des nationalsozialistischen Deutschlands auf Kosten von Millionen von Menschen zu schaffen.

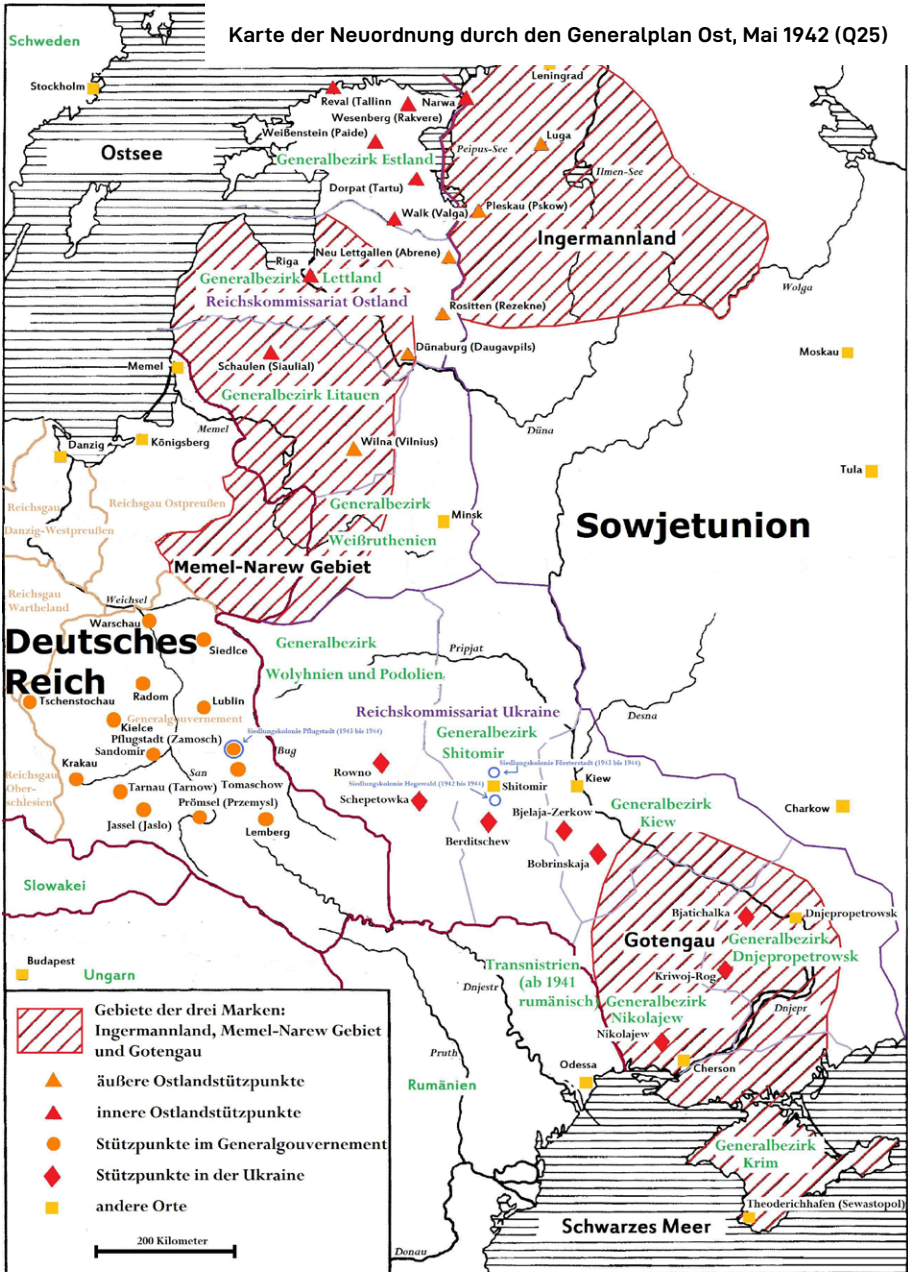
Den Wissenschaftlern des RKF gelang es, die formalen Strukturen ihres Plans zu konkreten Abläufen in Beziehung zu setzen. Jedermann sollte begreifen, dass das Ziel der großen Umsiedlung in Osteuropa innerhalb eines erkennbaren Zeitraums vernünftig umgesetzt werden könne. Jetzt müsse man nur noch die Genehmigung erhalten, um loszuschlagen. In Detailliertheit und Konsequenz war der Generalplan Ost konkurrierenden Entwürfen und vagen Behauptungen anderer Institutionen und Personen weit überlegen. Einige Reichsminister und gerade die Wehrmachtsführung zeigten sich beeindruckt. Mit der Präsentation eines bis ins Detail ausgearbeiteten Konzepts gelang Himmler auch ein innenpolitischer Coup.

Am 28. Mai 1942 schickte Konrad Meyer seine 84-seitige Fassung „Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues“ an Himmler.¹² Dieses Dokument setzte die Richtlinien für die folgenden Entwürfe des Generalplans Ost. Konrad Meyer verwies Himmler gegenüber voll Stolz auf das darin enthaltene Expertenwissen. Viele Wissenschaftler aus seinem Team hätten durch gemeinsame Arbeit und minutiöse Datenauswertung etwas Visionäres geschaffen.

Tatsächlich betrat man mit dieser Fassung Neuland. Zunächst wurde der Radius der anvisierten Siedlung erheblich erweitert, um die Lebensbedingungen vieler Millionen Menschen zu ändern. In nur 25 bis 30 Jahren sollten, zusätzlich zu den bereits besetzten Gebieten in Polen und dem „Generalgouvernement“, aus Abschnitten in der eroberten Sowjetunion drei „Siedlungsmarken“ gebildet werden. Ausgangspunkte dieser Kolonisierung waren Teile der Ukraine, des Baltikums und die Stadt Leningrad, genau genommen ein Gebiet vor Cherson und die Krim („Gotengau“), eines zwischen Białystok und Westlitauen („Memel-Narrew-Gebiet“) und der Raum um Leningrad („Ingermanland“). In diesem Raum plante man Siedlerhöfe mit 40–100 ha Fläche sowie landwirtschaftliche Großbetriebe ab 250 ha Fläche. Diese „Siedlungsmarken“ sollten durch 36 befestigte Siedlungsstützpunkte (aus ehemaligen Sowjetstädten) miteinander verbunden werden. Auf einer Fläche von 364.231 km² sicherten diese Siedlungsstützpunkte in etwa 100 km Abstand auch die Bahnlinien und Hauptstraßen ins Deutsche

12 In **Z3** finden sich Auszüge des Generalplans Ost in einer maschinenschriftlichen Fassung vom Juni 1942. **Z4** enthält die Zusammenfassungen von Konrad Meyer (28. Mai 1942) bzw. von Ulrich Greifelt (2. Juni 1942) und Heinrich Himmlers Schreiben, in dem er auf weitere „Verbesserungen“ drängt (12. Juni 1942).

Karte der Neuordnung durch den Generalplan Ost, Mai 1942 (Q25)



Ergänzte Karte: "Generalplan Ost" des Institutes für Agrarwesen und Agrarpolitik der Friedrich-Wilhelms-Universität (Berlin) vom Mai 1942

Reich. Ziel war es, auf den Territorien der Siedlungsmarken 50 Prozent der Bevölkerung zu „kolonisieren“, auf dem der Siedlungsstützpunkte 25 Prozent. Die Kosten des ganzen Prozesses wurden auf 66,6 Milliarden RM geschätzt.

Autarke Lebensmittelversorgung, gestützt auf dauerhafte Herrschaft, das war die Richtlinie. Landwirtschaftliche Besiedlung hatte den Vorrang, die Stadtbevölkerung sollte erheblich verringert werden. Die Berliner Experten dachten an eine Kombination aus freiwilliger Abwanderung, kalkulierter Vernichtung und wachsender sozialer Ungleichheit. Man plante, die einheimische Bevölkerung nicht gleich zu ermorden. Vielmehr sollte diese gezwungen werden, ihre Heimatorte zu verlassen und in Zukunft auf Kolchose- und Sowchose-Land zu leben. Gleichzeitig sollten etwa 14 Millionen Zwangsarbeiter unter harten Bedingungen den neuen deutschen Siedlerinnen und Siedlern helfen. Die Anzahl derjenigen aber, die langfristig aus dem geplanten Gebiet nach Sibirien deportiert oder ohnehin getötet würden, schätzte man auf etwa 31 Millionen. Die Fachleute wussten, dass die westlichen Teile der Sowjetunion abzuschneiden bedeuten würde, mehrere Millionen Menschen durch Hunger umzubringen. Besonders deutlich wird das am Beispiel von Leningrad: Von den 3,2 Millionen Einwohnern (Stand 1939) sollten am Ende nur noch 200.000 am Leben sein.

Die furchtbaren Berechnungen, die völkerrechtlich wie ethisch verwerflichen Pläne der Wissenschaftler am RKF entziehen sich oft jeder Vorstellungskraft. Beachtenswert ist zudem der eigenwillige Umgang mit der Welt, der Größenwahn, verschiedene Projekte zu konzipieren, die sich kaum verwirklichen lassen würden. Zu den vielen Fehleinschätzungen gehörte auch die Anzahl der Siedlerinnen und Siedler. Erwartet wurde der Zuzug von 5,65 Millionen interessierten Deutschstämmigen. Dazu zählte man Altreichsiedler, Volksdeutsche, „germanische Siedler“, „Baltenvölker“ und „Goralen“ (eine westslawische Ethnie). Tatsächlich blieb der Anteil der sied-



Einbürgerung von Umsiedlern und Umsiedlerinnen in einem Sonderzug der Einwandererzentralstelle 1941. Diese war eine nationalsozialistische Organisation, welche die Einbürgerung und Ansiedlung von Deutschen regelte (Q26)

lungswilligen Deutschen oder deutschstämmigen Menschen auf einem geringen Niveau. Deshalb richtete man den Blick auch auf Kolonisatoren „artverwandten Blutes“ (etwa auf Holländer, Dänen, Norweger) und hoffte, diese Gruppen zu motivieren.

Heinrich Himmler war nach der Durchsicht der neuesten Fassung des Generalplans Ost im Juni 1942 immer noch nicht ganz zufrieden. Er schätzte den Arbeitseifer des Forscherteams, fand aber, man habe nicht mutig genug geplant. Meyer ließ er wissen, er solle keine Zeit mehr verschwenden und die Dauer der Besiedlung und der Eindeutschung von 25 bis 30 auf lediglich 20 Jahre verringern. Außerdem solle man sich nicht al-

lein auf Osteuropa konzentrieren, sondern auf den ganzen Kontinent. Himmler schien die Idee eines gleichzeitigen „Generalplans Ost und West“ zu reizen. Denn warum solle man auf die Germanisierung der „rassisch akzeptablen“ Bevölkerung in Elsass-Lothringen oder in Böhmen und Mähren verzichten?

Wiederum machten sich die Berliner Wissenschaftler an die Arbeit. Sie erweiterten den Generalplan Ost und legten Himmler im September 1942 einen „Generalsiedlungsplan“ vor. Das Dokument umfasste 200 Seiten, einschließlich 25 Karten und Tabellen. Diesmal wurden die Größe der Gebiete und die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe noch genauer bestimmt und viele juristische Bedingungen geprüft. In gewohnter Selbstüberschätzung rechnete man mit einem Zuzug von 12,2 Millionen und der Vertreibung von 30,8 Millionen Menschen. Die zu erwartenden Kosten stiegen von 66,6 Milliarden RM auf nicht weniger als 144 Milliarden RM. Himmler zögerte, alles schien ihm weiterhin zu unklar zu sein. Reichsminister Alfred Rosenberg kritisierte im Dezember 1942 den Prozess insgesamt, auch um seine Stellung gegenüber Himmler und der SS zu festigen.

Der sogenannte Generalsiedlungsplan kam nie zum Abschluss. Zu groß war der Widerspruch zwischen dem behaupteten Siedlerbedarf und der eher geringen



Kennkarte für den „Deutschen Umsiedler“ Johann Ettenhofer aus Radautz in der Südbukowina, Berlin, 6. Juli 1941 (Q27)

Zahl der Siedlungswilligen. Dann flohen immer mehr Volksdeutsche vor der Roten Armee nach Westen. Die optimistischen Zielsetzungen des Generalplans Ost im Frühling und Sommer 1942 waren bald verfliegen. Nur in einem eher knappen Zeitraum griffen die Planungsversuche der Experten und der Vernichtungskrieg der Wehrmacht und ihrer Helfer ineinander. Dieser experimentelle Charakter bedeutet, dass die „Erfolgschancen“ des Generalplans Ost mit Sieg und Niederlage der Wehrmacht 1940–1943 eng zusammenhingen. Selbst Heinrich Himmler hatte nach der Kapitulation von Stalingrad Anfang 1943 immer weniger Interesse daran, eine endgültige Version des Generalplans Ost zu befehlen oder zu erhalten. Die Planungen wurden in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 offiziell eingestellt.¹³

7. Geplante, verwirklichte und offene Entwicklungen im Zweiten Weltkrieg

Die Annahme, der Generalplan Ost habe allein auf dem Papier bestanden, ist falsch. Die entwickelten Konzepte und die Denkschriften der deutschen Wissenschaftler wurden vor allem im okkupierten Polen in die Tat umgesetzt. Hier vertrieb man etwa 800.000 Menschen, um Platz für erwartete Siedlerfamilien aus dem Westen zu schaffen, und transportierte über 1,7 Millionen Männer als

13 Kenntnisreich sind die Untersuchungen von Aly, Götz, Heim, Susanne, Vordenker der Vernichtung. *Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, überarbeitete Neuauflage, Frankfurt/M. 2013; Müller, Rolf-Dieter, *Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS*. Frankfurt/M. 1991. Im Band von Rössler, Schleiermacher (Hg.), „Generalplan Ost“, lohnen die Einführung der beiden Herausgeberinnen: Der „Generalplan Ost“ und die „Modernität“ der Großraumordnung, 7–11; Roth, Karl Heinz, „Generalplan Ost“ – „Gesamtplan Ost“. Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse, 25–44; Eichholz, Dietrich, Der „Generalplan Ost“ als genozidale Variante der imperialistischen Ostexpansion, 118–124; sowie Pahl-Weber, Elke, Die Reichsstelle für Raumordnung und die Ostplanung, 148–153. Eine Auswahl zentraler Quellen bei Madajczyk (Hg.), *Generalplan Ost*; zudem Heiber, Helmut, *Der Generalplan Ost*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 6 (1958) 3, 281–325. Eine gute Einführung zu den wichtigsten Problemen geben die Beiträge in Heinemann, Isabel, Wagner (Hg.), *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Den Rassismus als politische Waffe demonstriert Heinemann, Isabel, Rasse, Siedlung, deutsches Blut. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas*, Göttingen 2003. Vgl. zur Machtpolitik Himmlers die Biographie von Longeric, Peter, *Heinrich Himmler*, München 2008.

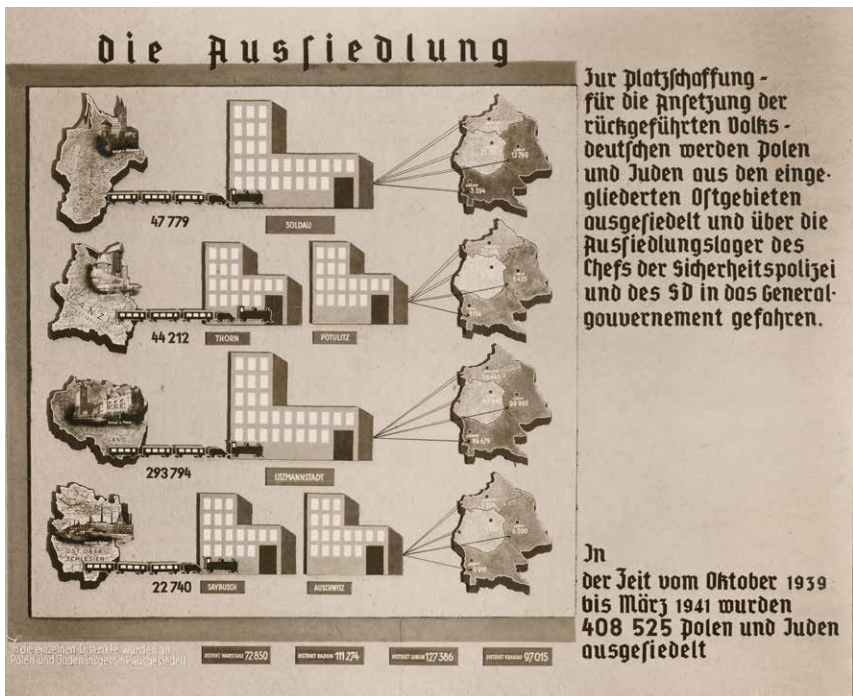


„Aktion Zamość“, Foto vom Dezember 1942. 110.000 Polen wurden unter anderem durch die SS, den SD und die Wehrmacht vertrieben, um die Besiedlung durch Deutsche zu ermöglichen (Q28)

Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich. Bereits im Juli 1941 wurde der Distrikt Lublin zu einem Experimentierfeld für Massentötung und Umsiedlungen. Rund 110.000 Polinnen und Polen zwang man 1942/43 zur Aussiedlung aus 300 Dörfern im Kreis Zamość. Mehrere Tausend wurden ermordet. Es dürfte kaum überraschen, dass Konrad Meyer einige Umsiedlungen vor Ort persönlich beobachtete und begutachtete.

Bis 1945 kamen circa 30 Millionen Militärangehörige, Zivilistinnen und Zivilisten in den Staaten Osteuropas um. Zu den Opfern zählten neben Russen, Ukrainern, Polen, Tschechen oder den Einwohnern der baltischen Staaten vor allem Jüdinnen und Juden. Deshalb ist es erklärungsbedürftig, dass in den verschiedenen Varianten des Generalplans Ost Juden nur an wenigen Stellen und dann auch nur knapp erwähnt werden. Manche Forscher vermuten, dass einige der am Generalplan Ost Mitarbeitenden die Ermordung der Jüdinnen und Juden voraussetzten und auf dieser Grundlage überhaupt erst glaubten, Osteuropa mit freier Hand neu ordnen zu können. Denn bei der erwarteten Besiedlungsdauer von 20 bis 30 Jahren schien es sinnlos, sich mit bereits getöteten Menschen zu befassen. Manche plädieren auch dafür, die enge Verbindung zwischen den Entscheidungen der „Wannseekonferenz“ am 20. Januar 1942 (Vernichtung der Jüdinnen und Juden) und dem Generalplan Ost noch genauer als bislang zu untersuchen.

Die politischen Ziele führender Nationalsozialisten überschneiden sich in wesentlichen Punkten mit ihren wirtschaftlichen. Kernbereiche wie Nationalismus und Rassismus sind von einer auf Effizienz ausgelegten ökonomischen Neugestaltung nicht zu trennen. Die anvisierte Selbstversorgung sollte das Deutsche Reich unabhängiger von Einfuhren aus dem Ausland machen, der Zugriff auf Landwirtschaft, Handel oder Rohstoffe erheblichen Gewinn abwerfen. Besonders wichtig war den Entscheidungsträgern, dass in den kontrollierten Siedlungsgebieten eine große Anzahl von Menschen zur Verfügung stand, deren Arbeitskraft man nutzen oder deren Leben man vernichten konnte. In einem auf Leistungsfähigkeit und Modernität hin konzipierten Kolonialreich ging es nicht allein um die Ansiedlung deutscher Bauern, so wichtig Agrarprodukte auch sein mochten. Denn weiterhin bestand Interesse an jenen Erzeugnissen aus Industrie, Bau und Handwerk, die versprachen, Deutschlands Herrschaft wirtschaftlich zu festigen.



Karte aus der Ausstellung „Planung und Aufbau im Osten“ vom März 1941. Hier werden unter anderem die in den jeweiligen Distrikten auszusiedelnden Polen und Juden aufgelistet. „Distrikt Warschau 72.850, Distrikt Radon 111.274, Distrikt Lublin 127.386, Distrikt Krakau 97.015“ (Q29)

Der Generalplan Ost sollte nicht nur durch den Staatshaushalt, sondern auch durch Zwangsarbeit und die Ausbeutung von Ressourcen finanziert werden.

Der Massenmord in Osteuropa war nicht allein das Werk Hitlers, Himmlers oder der Eliten in Wehrmacht und Ministerien. Er wurde auch deshalb möglich, weil Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Berliner Universität und kooperierenden Instituten sowie an anderen Hochschulen gemeinsam mit technischen Experten die Rahmenbedingungen dafür schufen und sich persönlich beteiligten. Die große Anzahl der Täter des Vernichtungskrieges, der Mitplanenden und Mithandelnden ist kaum noch zu fassen. Das gilt auch für den Wissenschaftsbetrieb in Berlin. Für den Generalplan Ost arbeiteten so unterschiedliche Disziplinen wie Agronomie, Soziologie, Anthropologie, Biologie, Jura, Geologie, Medizin oder Architektur zusammen.

Wie rational waren diese immer neuen Planungsvarianten der Wissenschaftler, über welche Erkenntnismöglichkeiten verfügten sie noch angesichts der wachsenden Belastungen des Zweiten Weltkrieges? Damit stellt sich auch die Frage, wie belastbar ihre Loyalität zum NS-Regime war. Manchen Forschern scheint es schwergefallen zu sein, ihr soziales Prestige, ihre beruflichen Fähigkeiten oder ihre Lust am Experiment in Frage zu stellen. Deutlich erkennbar ist zudem die Wirkung von Nationalismus und Rassismus, der Wille vieler Experten, einen Beitrag zu leisten, um „Volk“ und „Raum“ in Osteuropa neu zu ordnen.

Das „Kennenlernen“ oder das „Wiederentdecken“ der Lebensverhältnisse in den eroberten Gebieten Osteuropas führte gerade nicht zu einem Wissensgewinn hinsichtlich der Einwohner oder zum Abbau politischer Aversionen gegen sie. Der wohlmeinende, optimistische Glaube an die Lernfähigkeit von Menschen, daran, dass die Feindschaft zwischen Staaten und Kulturen auf Vorurteilen basiere und sich durch intensiveren Kontakt überwinden lasse, wird durch die Geschichte des Generalplans Ost widerlegt. Scheut man die Zuspitzung nicht, dann scheint auf das Engagement der Wissenschaftler eher das Gegenteil zuzutreffen: Je besser sie „den Osten“ zu kennen glaubten, desto fremder und widerwärtiger kamen ihnen Land und Leute vor. Je weiter der deutsche Vormarsch gelangte, desto nachdrücklicher fühlte man sich in seinen nationalistischen Abneigungen bestätigt. Und je rücksichtsloser die Forscher durch ihre Arbeit einen Beitrag zu Verbrechen leisteten, desto weniger glaubten sie ihre Untaten rechtfertigen zu müssen.¹⁴

14 Vgl. Wasser, Bruno, Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940–1944, Basel 1994; Aly, Heim, Vordenker der Vernichtung, bes. 300–385; Mazower, Hitlers Imperium; Gerlach, Christian, Krieg, Ernährung, Völkermord. Deutsche Vernich-

8. Beobachterin und Täterin: Hilde Bonhage in Posen

Auch wenn die folgende Geschichte auf den ersten Blick wenig mit den Arbeiten der Wissenschaftler der Berliner Universität zu tun hat, mag es aufschlussreich sein, die Struktur des Generalplans Ost anhand eines einzelnen Beispiels zu verdeutlichen. Denn durch den Blick auf Handlungen und Weltbild einer Zivilistin werden manche Veränderungen auch innerhalb der Gesellschaft des Deutschen Reiches deutlich. Die Rede ist von Hilde Bonhage (1907–1945). Ihr vielleicht wichtigstes persönliches und politisches Ziel dürfte es gewesen sein, einen eigenen Beitrag zum Sieg des nationalsozialistischen Deutschlands, zumal zur Besiedlung Osteuropas zu leisten. Das mag zunächst wenig überraschen, denn nicht nur Männer, sondern auch viele Frauen mussten an der sogenannten Heimatfront hart für die Umsetzung der militärischen Ziele arbeiten. Erklärungsbedürftig ist dabei nicht nur die staatliche Mobilisierung, sondern auch die „Selbstmobilisierung“ etlicher Volksgenossinnen.

Hilde Bonhage entstammte einer wohlhabenden, gebildeten und deutschnationalen Familie. Schon vor dem Ende der Weimarer Republik hatte sie zahlreiche Schriften Hitlers studiert und die NSDAP gewählt. Voller Überzeugung trat sie 1937 in Dortmund der NSDAP bei und besuchte im Jahr darauf den Parteitag in Nürnberg. Noch nach dem Attentat



Foto von Hilde Bonhage (1938) zur Verleihung des Mutterehrenkreuzes (Q30)

tungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Zürich 2001; Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944, erweiterte Auflage 2002; Hartmann, Christian, Hürter, Johannes, Jureit, Ulrike (Hg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005; Altman, Ilja, Opfer des Hasses. Der Holocaust in der UdSSR 1941–1945, Zürich 2008; Echternkamp, Jörg, Das Dritte Reich. Diktatur, Volksgemeinschaft, Krieg, Berlin, München 2018; Wildt, Michael, Geschichte des Nationalsozialismus, Göttingen 2008; Leendertz, Ariane, Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert, Göttingen 2008.



Die Ansiedlerbetreuerin freut sich mit den Siedlern über deren gesunde Aufnahme: Nolte



Wenn unser Frauenlein sagt, daß das so sein muß, findet auch die Mutter Freude an der Sauberkeit Aufnahme: Nolte

Aus dem Tagebuch einer Ansiedlerbetreuerin im GAU WARTHELAND

25. Februar 1941

Man bin ich schon vier Wochen Ansiedlerbetreuerin! Und schon beginne ich halb auf diesen Titel zu meckern. Der Anfang war nicht leicht — der Einfluß im Osten fordert wirklich den ganzen Menschen. Aber ich hatte mich ja freiwillig gemeldet, und nun will ich auch durchhalten.

Wie ist dieses Land breit und still! So etwas kennt man gar nicht, wenn man aus der Großstadt kommt. Und meine Umfelder sind ganz andere Menschen als die Menschen meiner Heimat im Westen. „Meine Umfelder!“ Ja, so merkwürdig es sich anhört — ich fühle mich schon als zu ihnen gehörig. Suerli, wenn ich auf einen Hof komme, begegnen mir meist neugierig-lachende Blicke. Wenn ich aber erkläre, wer ich bin, und wenn die Leute aus meiner Anteilnahme an ihrem Gesicht spüren, daß ich ihnen wirklich helfen will, hier neue Heimat zu finden, tauen sie schnell auf. Und beim Abschied rufen sie mir nach: „Kommen Sie recht bald wieder!“ „Dagegen Sie uns nicht!“

In meinem Gebiet sind Umfelder aus Gollissen und aus der Gegend um Lublin. Ich merke jetzt in der Praxis: Meine Aufgabe wird, wie es uns auf der 10tägigen Schulung in Dolan schon gelagt wurde, weit über selbstliche Betreuung und praktische Hilfe hinausgehen — man muß diesen Menschen Sührter auf allen Gebieten sein.

April 1941

Man müßte hundert Hände haben und an den verschiedensten Stellen zugleich sein können. Wirklich mit allem kommen die Siedler zu uns — zu mir und meinen beiden Kameradinnen aus Litauen und der Ostmark. Ob wir nun in der Pflege und Erziehung der kleinsten und größten Kinder helfen und Rat geben, ob wir den Frauen zeigen, wie man Gemüts- und Körperreinigung in den Speisesäften bringt, oder ob wir ihnen in Mägen oft ungeliebten Mäthern Anleitung geben, wie sie aus einer Joppe des Mannes noch ein Köschchen für den Jungen machen können — überall wird unser Rat verlangt und unsere Hilfe erbeten. Durch unsere Vermittlung ist es oft möglich, die 250, den Redaktionspräsidenten oder den Bautrupps des „Einjahresabes“ auf eine Stelle zu lenken, die besonders Hilfe bedarf: hier ist es ein inhaftiertes Daz auszubereiten, dort muß für eine Wöchnerin Wärme besorgt werden.

Mein beliebtester Stolz ist es, daß in keinem der Häuser in B. mehr die bisher üblichen und so beliebten Papierblumen die Stuben verschönern. Die hübsigen polnischen Bilder, die die Siedler oft hängen ließen, weil die Rahmen doch so schön leeren, haben wir allmählich ersetzt durch hübsige Drucke und deutsche Wand-

Tafeln, tegain besucht die Ansiedlerbetreuerin die Siedler auf ihren Wirtschaften und steht ihnen mit Rat und Tat bei Aufnahme: Hinrichs



Lehrer. Ohne Widerstand geht es nicht immer ab; aber sie hören dann zuletzt doch immer auf unsern Rat, besonders wenn man ihnen vor Augen stellt, daß der Sührter es wünscht, daß dieses Land ganz deutsch werde und daß seine Menschen auch in ihrem täglichen Leben und ihrem Heim sich von den Polen abheben sollen.

Juni 1941

Wie herrlich schon ist doch das Wartheland! Man tadelt ich schon manchmal tiefenben Kenntnissen zu den meist ausenlandberichtigten Dörfern. Manchmal nimmt mich die Kreisfrauenhilfsleiterin, eine Gutsfrau, auf ihrem Pferdewagen mit. Es ist ein Erlebnis, durch die fruchtbarsten Weiden zu fahren! Den Horizont begrenzen die geräuchelten Duppeln, über denen gebläute weiße Wolken liegen. Meine Umfelder werden mit immer lieber. Ich möchte hier nicht so bald wieder weg.

In diesen Tagen sind wir mächtig beim Einmachen von Stachelbeeren. Die meisten Frauen tanzen das vorher nicht. Sie waren erst etwas misstrauisch, als ich es ihnen zum erstenmal zeigte; aber jetzt wollen sie es alle tun und zeigen mir bei jedem Besuch halb die vollen Gläser und Sührter.

Meine Küche ist händig gefüllt mit Zeitstrahlen aller Art. Auch eine Landkarte gehört zu meinen unentbehrlichen Requiriten; denn das Delangen danach, über die Zeltvereine das Neueste zu erfahren, ist überall groß, und ich muß oft Hundstengel erzählen.

Oktober 1941

Dor einer Woche sind bejahrtebedeutige Umfelder angekommen. Die Kreisfrauenhilfsleiterin brachte mich morgens um vier Uhr einen Drogen voll Blumen; so konnten mir die Räume, in denen die Umfelder beschäftigt werden sollten, sehr schön schmücken. Die Frauen, in die sie kommen sollten, waren von Frauen des Deutschen Frauenwerkes vorher von dem polnischen Schmutz befreit worden, so daß alles zum Empfang bereit stand. Ich bin denn gleich die nächsten Tage in die neu befüllten Dörfer gegangen. Untere Dorfpfister und Gagebücher füllten sich! — Die bejahrtenbedeutigen sind praktische Menschen. Sie haben ihr Deutsch zum rein bewahrt, daß wir „Binnenbedeutige“ manchmal verärgert vor ihnen stehen.

Die Freude kommt jetzt bei den Hausfrauen. Überall ist das Spinnrad herangezogen worden. Ich traf sogar ein Mädchen von 13 Jahren, das schon Spinnrad spinnen konnte. Ich bot eine der Frauen, mir das Spinnen zu zeigen. Da kamen auch die Kinder dazu — sie wollten sehen, ob ich es auch richtig machte. Dabei lernten wir zusammen einige schöne Lieder.

Die Kinder — und die Erwachsenen — laufen mit großen Augen, wenn man ihnen vom Sührter erzählt. Sie haben alle nur den einen Wunsch: daß der Sührter recht bald hierher kommen möge.

November 1941

Wie sehr die Siedler Vertrauen zu mir haben, zeigt dieser kleine Brief, den ich vorige Woche bekam: „An die Betreuerin in Kollen, Markt 24. Kommen Sie doch sofort, wir haben ein Schwein geschlachtet und haben von anderen Familien gehört, daß Sie das Fleisch in Glasbüchsen einmachen können. Kommen Sie bitte heute sofort zu uns.“ Ich bin sofort hingegangen. Die Gläser waren schon alle sauber gewaschen, und aufmerksamer schauten sie Frauen zu, wie ich nun alles machte. Als die Büchsen gefüllt waren, dankten die Frauen und lagten freudig: „Es ist doch so schön, daß wir von Ihnen alles lernen können.“

Die Frauen arbeiten sehr gerne im Deutschen Frauenwerk mit. Mit Dorliche flühen und kochen sie in der Küche für die Soldaten. Eine Umfelderfrau sagte mir: „Was meinen Sie, Frau Betreuerin, wie wir Frauen uns über diese Arbeit freuen! Ist es doch das erste, daß wir für deutsche Soldaten etwas arbeiten dürfen; im Kriege 1914—18 rechneten wir doch nicht zu dem Deutschen, und jetzt sind wir halb auf diese Arbeit.“

Ich freue mich schon darauf, im Altdeich über meine Arbeit im Osten zu erzählen. Diezeitlich seligst es mir, einige bekannte Frauen und Mädel zu gewinnen — wir müßten ja hier doppelt so viele sein! Diese Menschen brauchen uns, und ich schon zu mühen, daß man ihnen ein bißchen geholfen hat beim Durcharufen in der neuen Heimat. E. Doggenlein

Anmerkung der Schriftleitung: Wer Ansiedlerbetreuerin werden will, kann sich persönlich melden bei der eigenen Gaufrauenhilfsleitung oder schriftlich bei der Gaufrauenhilfsleitung Wartheland, Dolan, Robert-Koch-Str. 18.

Derbringungen: Einjahresbeitritt, politisch und weltanschaulich einwandfreie Haltung, Gesundheit und körperliche Leistungsfähigkeit, wenn möglich haus- und landwirtschaftliche Kenntnisse. Alter: 25 bis 45 Jahre.

Unterliegen: Lebenslauf, Lichtbild, Frauensührerbrief, politisches Führungszeugnis.

Artikel „Tagebuch einer Ansiedlerbetreuerin im Gau Wartheland“ aus der nationalsozialistischen Zeitschrift „Frauen-Warte“, Jg. 10, Mai 1942. Die Schriftleitung ergänzt im Kleingedruckten: „Wer Ansiedlerbetreuerin werden will, kann sich persönlich melden bei der eigenen Gaufrauenhilfsleitung oder schriftlich bei der Gaufrauenhilfsleitung Wartheland, Posen, Robert-Koch-Straße 18. Vorbedingungen: Einsatzbereitschaft, politisch und weltanschaulich einwandfreie Haltung, Gesundheit und körperliche Leistungsfähigkeit, wenn möglich haus- und landwirtschaftliche Kenntnisse. Alter 25 bis 45 Jahre“ (Q31)

vom 20. Juli 1944 bezeichnete sie Hitler in einem Brief als „ein Zeichen göttlichen Waltens. Wir werden siegen, weil diese über alles ‚Gewürm‘ [...] erhabene Gestalt unser Führer ist. Wie doppelt und dreifach lieben wir ihn.“ Im Juni 1938 fuhr sie gemeinsam mit ihrem Ehemann Andreas zu Deutschen in Siebenbürgen und in Rumänien. Spätestens da erkannte sie das Potenzial einer großdeutschen Besiedlung Osteuropas. Im Januar 1939 wurde Hilde Bonhage „Leiterin der ersten Arbeitsgemeinschaft über Volksdeutsche Fragen“ im Kreis Dortmund.

Die Besetzung Polens 1939 und insbesondere der Angriff auf die Sowjetunion 1941 eröffneten auch Zivilistinnen und Zivilisten ungeahnte Handlungsspielräume. Die Reichsleitung suchte vertrauenswürdige Deutsche, welche die neuen Siedlerinnen und Siedler in den besetzten Territorien unterstützen sollten. Im Mai 1941 zog die Familie Bonhage von Dortmund nach Posen um, in den sogenannten Reichsgau Wartheland. Hilde Bonhage wurde zur Kreisleiterin der NS-Frauenschaft und hatte das Ziel, durch eigene Leistungen die Ansiedlung der „Volksdeutschen“ voranzubringen. Persönliches Engagement belegen ihre zahlreichen Vorträge über die Segnungen des Nationalsozialismus bei der Umgestaltung Osteuropas. Ihr Augenmerk richtete sie aber vor allem auf die Erfüllung der tatsächlichen Anforderungen der nationalsozialistischen Siedlungspolitik. Sie regelte die Arbeit der ihr direkt unterstellten „Ansiedlerbetreuerinnen“. Die Frauen unterstützten die Siedlerfamilien, halfen ihnen, neue Häuser und Höfe zu beziehen, oft unmittelbar nachdem Militär- und Polizeieinheiten die Einwohner ganzer Dörfer vertrieben hatten. Bonhage organisierte die Tätigkeiten in den Kantinen der Durchgangslager, Kurse zu Hauswirtschaft und Kinderpflege und achtete darauf, dass die Siedlerinnen und Siedler korrekt in deutscher Sprache unterrichtet wurden. Im Sommer 1942 überlegte sie, mit ihrem Ehemann und den sechs Kindern nach Charkow in der Ukraine zu ziehen, d. h. 1500 km weiter nach Osten. Denn seit Herbst 1941 war Andreas Bonhage hier Kommandant eines Kriegsgefangenenlagers und beaufsichtigte 1600 Zwangsarbeiter in einer Traktorenfabrik, von denen viele im Winter erfroren. Durch den für das Deutsche Reich ungünstigen Kriegsverlauf und die sich rasch verschlechternde Gesundheit von Hilde Bonhage zerschlugen sich diese Pläne. 1943 gab sie ihr Amt als Kreisleiterin der NS-Frauenschaft in Posen ab und kehrte nach Deutschland zurück. Sie starb bereits am 14. Dezember 1945 an Lungentuberkulose.

Zynisch betrachtet hatte Hilde Bonhage durchaus Erfolg mit ihrer Arbeit. Aber sie war keine Frau, die dem Nationalsozialismus uneigennützig diene. Nicht zu unterschätzen sind ihre rassistische Überheblichkeit, ihre persönliche Bereicherung und ihr Anteil an der restriktiven Behandlung der polnischen Be-

völkerung in Posen. Das gilt für die ganze Familie: Hilde und Andreas Bonhage bezogen ein 14-Zimmer-Haus, aus dem eine polnische Familie vertrieben worden war. Zahlreiche Möbel und Gegenstände von Polen und Juden nahmen sie in ihren Besitz. Für die Hausherrin schuffete eine Reihe „eindeutschungsfähiger“ Polen, d. h. vom NS-Regime tolerierte Zwangsarbeiter. Einige Kinder der Bonhages amüsierten sich darüber, dass es ihnen mit der Zeit gelang, die Arbeiter im Haus und auf den Baustellen auf Polnisch zu beschimpfen. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass sich unter den über 1000 Briefen aus dem Nachlass von Hilde Bonhage nur wenige aus den Jahren 1941 und 1942 erhalten haben.¹⁵

Briefausschnitt von Hilde Bonhage aus Dortmund an ihre Schwester, Weihnachten 1940 (Q32)

„Immer schwerer wird's im engen Stübchen jedem sein Plätzchen zu richten, – und das ist eben Zeichen das dies Stübchen nun zu klein geworden ist, – dass nun diese Hülle einmal gesprengt werden muss. – Und das ist dann doch das Grosse, das die Eltern das ja letztlich verstehen, – dass dieser Tag so schnell kam, haben wir selber nicht geahnt, – dass er kommen müsste, war gewiss. Ein letztes Mal brennt also unser Baum im Westen des Reichs, – um dann im nächsten Jahr ganz unter dem Zeichen, das wir uns gestellt haben, – das Beste was wir haben den Osten, – der Weite des Reiches zu geben, zu brennen. Da lag über die Jahrhunderte immer wieder Ziel und Weg, – es wird dem grossen Deutschen, – Adolf Hitler, – gelingen es dem Reich ganz fest einzufügen, – dazu soll unser Leben ein kleiner Stein sein. – Dies sind die Gedanken des Weihnachtsfests, das ja in sich birgt das: Stirb und Werde, – es darf uns nicht traurig sehen, sondern uns mit dem Blick: vorwärts.“

15 Ich danke für die wichtigen Hinweise von Barbara Bonhage. Meine Darstellungen basieren auf ihrer neuen, detaillierten Studie über das Leben und die bislang weithin unbekannt Handlungen der bekennenden Nationalsozialistin Hilde Bonhage im Zweiten Weltkrieg. Vgl. Bonhage, Barbara, Gnadenlos geirrt. Die Geschichte meiner Großmutter 1907–1945, Hamburg 2021, bes. 77–131. Aufschlussreich sind insges. Harvey, Elizabeth, Der Osten braucht Dich! Frauen und nationalsozialistische Germanisierungspolitik, Hamburg 2010; Lower, Wendy, Hitler's Furies: German Women in the Nazi Killing Fields, Boston, New York 2013; Heinemann, Isabel, „Keimzelle des Rassenstaates“ oder „privater Rückzugsort“? Die Bedeutung der Familie in der nationalsozialistischen Germanisierungs- und Vernichtungspolitik, in: Latzel, Klaus, u. a. (Hg.), Geschlechterbeziehungen und Volksgemeinschaft, Göttingen 2018, 133–153; Kompisch, Kathrin, Täterinnen: Frauen im Nationalsozialismus, Köln 2008; Kramer, Nicole, Volksgenossinnen an der Heimatfront: Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung, Göttingen 2011; Stephenson, Jill, The Nazi Organisation of Women, London 1981; Steinbacher, Sybille (Hg.), Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft, Göttingen 2007.

Briefausschnitt von Hilde Bonhage an ihren Schwiegervater, 16. September 1942 (Q32)

„Dieses kleine ‚Ich‘ ist also letztlich ganz eingebettet in Gemeinschaft, in die Volksgemeinschaft. Dieser Volksgemeinschaft sind wir auf dieser Erde zu höchstem Dienst verpflichtet. [...] Umgekehrt ist aber auch jeder einzelne in dieser Gemeinschaft geborgen. – Als Leitziel wider das Volksheer, – dass das Gesamtvolk auch in all seinen Lebensäußerungen (also auch in seiner Religion) schützt. Dabei müssen wir anerkennen, dass es ohne den Nationalsozialismus ein derart opferbereites, einsatzfreudiges Heer gar nicht gäbe, – wir also längst vom Bolschewismus zermahlt worden wären, – folglich von einem lebendigen religiösen Leben gar nicht mehr die Rede sein könnte. Nur durch die Tat des Nationalsozialismus darf jeder deutsche Mensch sich frei zu seinem Gott bekennen.“

Die Frage ist schwer zu beantworten, ob man Hilde Bonhage eher als Beobachterin, als Opportunistin oder als Täterin im Vernichtungskrieg bezeichnen sollte oder ob eine trennscharfe Klassifizierung überhaupt sinnvoll ist. Unverkennbar aber sind ihre alltäglichen Handlungen und damit ihre Beteiligung an den Kriegsverbrechen in Osteuropa. Nur aufgrund des Engagements und der eigenen Mitarbeit zahlreicher sogenannter Volksgenossinnen und Volksgenossen hatte das Konzept des Generalplans Ost Aussichten auf Erfolg.

9. Aufbau einer staatlichen Ordnung und die Neueröffnung der Universität in Berlin

Am 8. Mai 1945 kapitulierte das Deutsche Reich in Berlin-Karlshorst bedingungslos. In Europa war der Zweite Weltkrieg damit beendet. Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) erhielt die Regierungsgewalt im östlichen Teil des besetzten Deutschlands (SBZ). Auf die Entscheidung der Sowjetunion hin wurde am 7. Oktober 1949 die DDR gegründet. Die bestehenden Institutionen und Verwaltungen gab man in die Hände der neuen deutschen Regierung (Wilhelm Pieck wurde Präsident, Otto Grotewohl Ministerpräsident). Formal betrachtet entstand die DDR aus der Zusammenarbeit der SMAD, der kommunistischen Einheitspartei der Sowjetunion und der Sozialistischen Einheitspartei (SED). Die SMAD wurde deshalb 1949 aufgelöst, die neue Sowjetische Kontrollkommission trat an ihre Stelle. Die Deutungshoheit verblieb mithin bei der Sowjetunion. Nennenswerte Entscheidungen in Ostberlin wurden wenigstens bis 1961 nicht ohne Rücksprache mit der Führung in Moskau getroffen. Das galt nicht nur für die Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern auch für die Bildungspolitik.

In den vier Besatzungszonen der Alliierten (inklusive Berlin) gab es 1945 insgesamt 22 Universitäten, neun Technische Hochschulen, Spezialhochschulen (Landwirtschaft, Veterinärmedizin usw.) sowie Hochschulen für Bildende Künste und Musik. Von diesen 55 Hochschulen befanden sich 17 auf dem Territorium der SBZ. Die kriegsbedingten Zerstörungen waren in Berlin am schwersten. Mehr als die Hälfte der Bauten der Friedrich-Wilhelms-Universität lagen in Trümmern, d. h. das Hauptgebäude, die Institute, Labore und Bibliotheken, aber auch die Wohnungen der Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler und Studierenden. Doch der Aufbau zählte zunächst wenig im Vergleich zu fehlenden Lebensmitteln, Kleidung oder Medikamenten. In dieser Hinsicht unterschied sich die Lage in Berlin aber kaum von den Belastungen im übrigen Deutschland.

Das Stereotyp, dass man 1945 gleichsam aus dem Nichts begonnen habe, greift zu kurz. Auf verschiedenen Ebenen in Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft sind Kontinuitäten zu beobachten. Das gilt gerade für die nun schlicht als Berliner Universität bezeichnete Institution. Bedenkt man die Rahmenbedingungen, gelang ein erstaunlich professioneller Übergang zwischen 1945 und 1949. Zugespitzt formuliert: Die Universität musste nach Kriegsende nicht in jeder Hinsicht ersetzt werden, denn manches wurde fortgesetzt.



Ruine des Hauptgebäudes der Humboldt-Universität zu Berlin im Jahre 1950 (Q33)



Kriegszerstörungen im chemischen Institut der Universität (Q34)

Bereits am 4. September 1945 befahl die SMAD unter der Leitung von Marschall Georgi Konstantinowitsch Schukow die „Neuaufnahme der Lehr- und Forschungstätigkeit der Hochschulen“ in der SBZ. In den ersten Monaten nach Kriegsende debattierte man zunächst darüber, ob und, wenn ja, auf welche Art und Weise die Universität wiedereröffnet werde solle. Unklar war auch, in wessen Händen der Aufbau liegen sollte. Eine Zeit lang überschritten sich die Kompetenzen des Magistrats von Berlin, der Zentralverwaltung für Volksbildung und der SMAD, bevor Letztere sich in dieser Frage durchsetzte. Verhaftungen, Beschlagnahmungen und Beleidigungen durch die sowjetische Besatzungsmacht waren nicht zu übersehen, doch der Umgang mit deutschen Hochschulangehörigen war meist respektvoll.

Die Universität begann bereits im September 1945 mit dem Lehrbetrieb. Das schwer beschädigte Hauptgebäude Unter den Linden wurde erst 1962 vollständig wiederaufgebaut. Deshalb avancierte der Admiralspalast zum Ausweichquartier für die offizielle Eröffnung mit einem Festakt am 29. Januar 1946. Die Umbenennung der Berliner Universität in „Humboldt-Universität zu Berlin“ fand auf Vorschlag des Rektors Johannes Stroux im Februar 1949 statt. Fächer wie Geschichte oder Philosophie galten infolge des Nationalsozialismus politisch als inakzeptabel und standen noch nicht auf dem Lehrplan. An der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät durfte bereits ab 1946 wieder gelehrt werden.



Am 29. Januar 1946 wurde die Universität mit einem Festakt wiedereröffnet. Zu den Anwesenden zählten Pjotr Wassiljewitsch Solotuchin (1. v. l.), der Leiter der Abteilung Volksbildung der SMAD, der Oberbürgermeister Berlins, Arthur Werner (2. v. l.), und der neue Rektor der Universität, Prof. Dr. Johannes Stroux, im Talar (2. v. r.). Der Lehrbetrieb mit 2800 Studierenden begann bereits am 20. Januar 1946 (Q35)

Politische Vorbehalte sind eher selten zu beobachten, denn es mangelte insgesamt an Lehrkräften. Generell war nicht nur in Berlin die Nachfrage an Naturwissenschaftlern, Technikern und Medizinern weit höher als der an Geisteswissenschaftlern.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, ebenso Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität wurden zunächst genau beobachtet. Die SMAD gab die Anweisung, alle ehemaligen NS-Mitglieder zu entlassen. Maximal 2 Prozent durften nach Anordnung der sowjetischen Besatzer ihren Beruf noch ausüben. Auch die ersten beiden Nachkriegsrektoren Prof. Dr. Eduard Spranger und Prof. Dr. Johannes Stroux folgten diesen Richtlinien und sprachen sich für eine Entnazifizierung und für die Einberufung neuer Lehrkräfte aus. Die Universität entließ von den 497 Professorinnen und Professoren aus dem Wintersemester 1944/45 immerhin 349 (d. h. 70,2 Prozent). Die übrigen wurden im Amt bestätigt oder verließen die Stadt. Man begründete ausführlich, welche Personen man auf Dauer oder nur „kommissarisch“ einstellen wolle. Ehemalige Parteimitglieder durften nur dann bleiben, wenn sie sich nicht aktiv in der NSDAP

betätigt hatten und versicherten, in Zukunft Distanz zu den Studierenden zu wahren.¹⁶

Eine direkte Folge dieser Maßnahmen war, dass zwischen 1945 und 1949 Personen aus der Wissenschaft wie aus der Industrie von Berlin nach Westdeutschland umsiedelten. Beispielsweise verlor die Universität 10 Institutsdirektoren. Generalleutnant Pjotr Wassiljewitsch Solotuchin (SMAD) wies Rektor Stroux und den Senat an, das Problem vernünftig zu lösen. Deshalb diskutierten am 6. März 1947 verschiedene Professoren darüber, wen man überhaupt noch einstellen könne. Prof. Dr. Robert Rössle (Direktor des Pathologischen Instituts) hielt die „Nachwuchsförderung“ für entscheidend. Von den ursprünglich 12 Assistenten in seinem Institut sei nach der Kapitulation nur „ein

einzigster wiedergekommen“. Die übrigen seien gefallen oder „*wollten nicht in die russische Zone kommen.* Das erschwere auch die Besetzung der Lehrstühle. Sie haben



Prof. Dr. Joachim Stroux (1886–1954). Altphilologe und Althistoriker an der Berliner Universität und 1945–1947 deren erster Rektor. Er leitete zudem als Präsident 1945–1951 die Berliner Akademie der Wissenschaften und war bis 1954 Mitglied der Volkskammer (Q36)

16 Vgl. Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin (HU Archiv), Nr. 63 (Rektorat); Köhler, Roland, Die Zusammenarbeit der SED mit der SMAD bei der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung des Hochschulwesens (1945–1949), Berlin (Ost) 1985. Zahlreiche Aspekte zur Organisation und zu den neuen Maßstäben der Universität aus Sicht der DDR-Führung bieten die Beiträge in Göber, Willi, Herneck, Friedrich (Hg.), Forschen und Wirken. Festschrift zur 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität zu Berlin 1810–1960, 3 Bde., Berlin (Ost) 1960. Langfristige Entwicklungen beleuchten Kowalczyk, Ingo-Sascha, Universitäten in der SED-Diktatur. Ein Problemaufriss, in: Prüll, Livia, George, Christian, Hüther, Frank (Hg.), Universitätsgeschichte schreiben. Inhalte – Methoden – Fallbeispiele, Mainz 2019, 123–153; ders., Geist in Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945–1961, Berlin 2003, 99–134; Boldorf, Marcel, Brüche oder Kontinuitäten? Von der Entnazifizierung zur Stalinisierung in der SBZ/DDR (1945–1952), Historische Zeitschrift 289 (2009), 287–323.

Misstrauen gegen die Universität Berlin.“¹⁷ Allerdings versuchten manche, die Entnazifizierung nicht zu streng durchzuführen. Die Dekane an den Berliner Fakultäten hatten aufgrund des Mangels an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zunehmend Interesse daran, ehemalige Kolleginnen und Kollegen wieder einzustellen. Deren Rückgewinnung scheint wichtiger gewesen zu sein als Unterstützung für diejenigen, die bis 1945 aus rassistischen oder politischen Motiven verfolgt oder entlassen worden waren.

Die Geschichte von Alexander Lindley Deubner, Assistent am Physikalischen Institut der Universität, zeigt diese Entwicklung. Deubner reagierte rasch auf den Aufruf in der „Berliner Zeitung“ vom 29. Dezember 1945, wonach sich jene Professorinnen und Professoren, Dozentinnen und Dozenten, die ihren Beruf im Nationalsozialismus nicht mehr ausüben können, bei den Hochschulen melden sollten. Bereits am nächsten Tag schrieb er, dass er *„als jüdischer Mischling unter den Nazis aus meiner Hochschullaufbahn ausscheiden musste (die Mutter meiner Mutter war Jüdin)“*.¹⁸ Schon am 5. Juni 1945 bat er an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät um eine Wiedereinstellung als Professor. *„Nachdem nunmehr die Schranken gefallen sind, strebe ich mit aller Kraft zur Wissenschaft zurück. [...] Ich bin mir dabei durchaus bewusst, dass die ersten Monate noch im Zeichen denkbar primitiver Verhältnisse stehen werden, aber es soll gerade mein Ehrgeiz sein, trotz dieser Verhältnisse Unterricht und Forschung zu treiben, weiterhin aber zu besseren Arbeitsbedingungen zu*

17 HU Archiv, Rektorat 25, Bericht über Forschungstätigkeit 1947, 6. 3. 1947, 66–80, Zit. 70.

18 HU Archiv, Personalakte Deubner, Bd. 3, 30. 12. 1945, 16. Er richtete sich an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ. Ausführlich dazu Vogt, Annette, Die Universität im Spannungsfeld unterschiedlicher Akteure – Außensicht und Binnenperspektive, in: Jaraus, Konrad, Middell, Matthias, dies. (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010, Berlin 2012, 125–180, hier 133–137. Ähnlichkeiten zur Stellungnahme von Prof. Dr. Hans Helmuth Wundsch, dem ehemaligen Direktor des Seminars für Fischereiwesen (Landw.-Gärtner. Fak.), an den Verwaltungsdirektor sind nicht zu verkennen (HU Archiv, Rektorat 63, 11. 10. 1945, 88). Nationalsozialistische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hätten seine berufliche Zukunft, ja die Lebenschancen vieler Kollegen bedroht. *„Mein erster Assistent (Dr. Scheer) ist anerkanntes Opfer des Faschismus; ich selbst gehöre zu denjenigen Ordinarien, die aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt waren (infolge der halb-jüdischen Abstammung meiner Frau). Ich bin erst nach dem Sturz der Hitlerregierung wieder in mein früheres Amt eingetreten.“*

gelingen.“¹⁹ Der Antrag wurde abgelehnt, und erst 1952 erhielt Deubner den Lehrstuhl für Physik an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät. War es Zufall oder nicht – es erstaunt jedenfalls, dass es ausgerechnet an dieser Fakultät so lange dauerte, bis man ein Opfer des Nationalsozialismus wieder einstellte.²⁰

10. Entlassungen, Anklagen und Weiterbeschäftigung von nationalsozialistischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern

Eine Reihe von Professoren bedrängte Rektor Stroux oder die jeweiligen Dekane mit arroganten Forderungen wie mit demütigen Bettelbriefen. Ihr gemeinsames Ziel war es, möglichst viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit brauner Vergangenheit weiterzubeschäftigen. Prof. Dr. Erwin Kemmer, Direktor des Instituts für Blumen und Zierpflanzen, klagte darüber, dass er nur noch zwei Arbeitskräfte habe, einer von diesen sei zugegebenermaßen ein ehemaliges Parteimitglied. Würde man diesen auch noch entlassen, müsse man sein Haus schließen. Etwas selbstbewusster unterstrich der Direktor der Hals-Nasen-Ohren-Klinik an der Charité, Prof. Dr. Carl Otto von Eicken, dass er nur jene NS-Mitglieder weiterbeschäftige, die „*niemals parteipolitisch hervorgetreten*“ seien. Er könne sie nicht entbehren, „*wenn die Klinik und die meiner Pflege anvertrauten Patienten nicht schwersten Schaden nehmen sollen*“. In staunenswerter Überheblichkeit und unter Missachtung jeder politischen und menschlichen Verantwortung verteidigte Prof. Dr. Otto Lemmermann, der Direktor des Instituts für Agrikulturchemie und Bakteriologie, sein nationalsozialistisches Personal, denn im Prinzip seien Unschuldige oft gegen den eigenen Willen zur

19 HU Archiv, Personalakte Deubner, Bd. 2, 5. 6. 1945, 51.

20 Vgl. Jessen, Ralph, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die Ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999, 261–293; Kowalczyk, Ilko-Sascha, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945–1961, Berlin 1997, 88–115, 147–162; ders., Geist im Dienste der Macht, 135–198; Raim, Edith, Die justizielle Ahndung von NS-Verbrechen im anderen Deutschland. SBZ und DDR und das verbrecherische Erbe des NS-Regimes, in: S:I.M.O.N. – Shoah: Intervention. Methods. Documentation 5 (2018) 1, 21–35; Schulz, Tobias, „Sozialistische Wissenschaft“. Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975), Köln u. a. 2010, 49–58.

Parteimitgliedschaft gezwungen worden. Aus Täterinnen und Tätern machte er Opfer. *„Es ist menschlich betrachtet tragisch, dass sie durch das infame und gewissenlose Vorgehen ihrer Vorgesetzten jetzt ihrerseits gewissermaßen Opfer des Faschismus geworden sind. [...] Ich halte mich deshalb moralisch für verpflichtet, die Anträge dem Rektor weiterzureichen, mit der Bitte, sie wohlwollend zu prüfen und nach Möglichkeit zu genehmigen.“*²¹

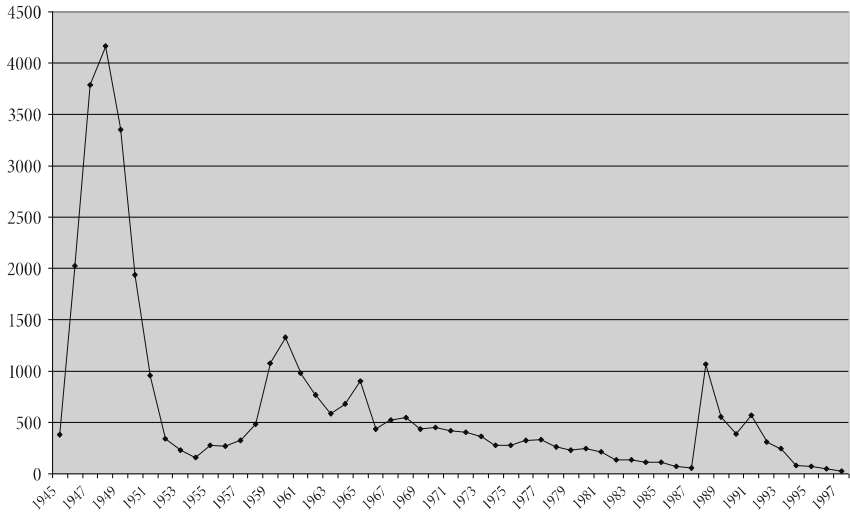
Im Februar 1948 kam es zu einem Einschnitt, als die SMAD verfügte, dass die Entnazifizierungskommission ihre Arbeit einzustellen habe. Offenbar waren die weitere Beschäftigung vieler Menschen und die Festigung der DDR in der Innen- und Außenpolitik wichtiger. Die Zahl der Strafverfahren sank in den folgenden Jahren rapide. Behörden und Parteiorganisationen in der SBZ und bald auch die Regierungen der DDR warben verstärkt um Fachkräfte aus allen Berufen, seien es Lehrerinnen und Lehrer, Handwerkerinnen und Handwerker, Angestellte aus der Justiz oder der Verwaltung. 1949 kam es wie in der Bundesrepublik zu einer Amnestie für vermeintlich geringfügige NS-Straftaten.

Gerade davon profitierten die Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler und Angestellten der Humboldt-Universität erheblich. Denn so hart die Entnazifizierungswelle ab 1945 auch erscheinen mochte, viele entlassene Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer verloren zwar ihre Daueranstellung, erhielten dafür aber befristete Verträge, weil ihre Arbeit gebraucht wurde. Das Personal stand Karriere bei Fuß und wurde immer rascher in den Berufsalltag reintegriert. Im Jahre 1951 waren nur 20 Prozent der eingestellten Professorinnen und Professoren ehemalige nationalsozialistische Parteimitglieder, 1961 bereits 29,5 Prozent, womit ihr Anteil etwa gleichauf lag mit dem der SED-Mitglieder. Ralph Jessen bilanzierte diese Entwicklung kritisch: *„Angesichts des hohen Anteils NS-belasteter Professoren erschienen die Säuberungen der unmittelbaren Nachkriegszeit weniger als Bruch, denn als zeitweilige Unterbrechung, die mit der Reintegration nicht unbeträchtlicher Teile der belasteten Professorenschaft endete.“*²²

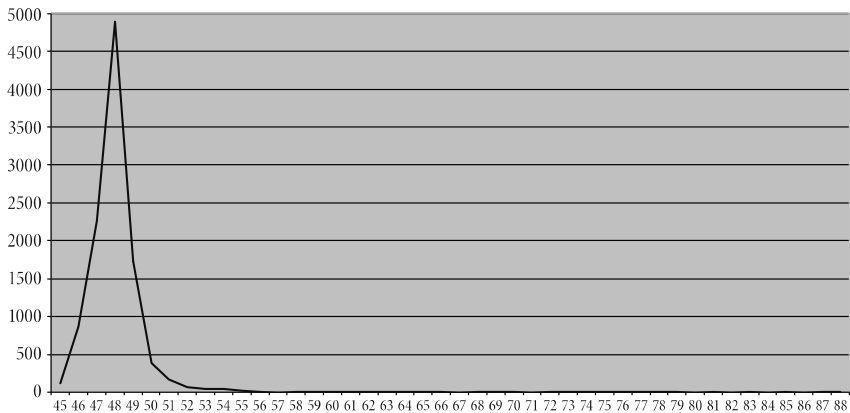
21 HU Archiv, Rektorat 63, 5. 1. 1946, 107; Rektorat 63, 3. 10. 1945, Zit. 61; Rektorat 76, 10. 1. 1946, 127–131, Zit. 127 f.

22 Vgl. Jessen, Akademische Elite, 301–327, Zit. 309. Vgl. Graubner, Ingrid, Geschichte und Gedenkkultur an der Humboldt-Universität in der DDR. Gedanken aus Sicht einer Beteiligten, in: Jahr, Schaarschmidt (Hg.), Berliner Universität, Bd. 1, 235–247; Raim, Ahndung; Kowalczyk, Geist im Dienste; Wille, Manfred, Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1948, Magdeburg 1993; Vollnhals, Clemens, Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.

Zahl der jährlich von westdeutschen Staatsanwaltschaften neu eingeleiteten Ermittlungsverfahren wegen NS-Verbrechen 1945–1997



Zahl der in der SBZ/DDR eingeleiteten juristischen Ermittlungsverfahren wegen NS-Verbrechen 1945–1989



Ermittlungsverfahren in Westdeutschland (oben) und in der DDR (unten). Aufschlussreich ist der Vergleich der Anzahl von Anklagen gegen potenzielle nationalsozialistische Straftäter in den beiden deutschen Staaten (Q37)

Schon vor Beginn der juristischen Strafverfolgung mangelte es daher an potenziellen Angeklagten. Manche NS-Funktionäre und Führungspersonlichkeiten befanden sich auf der Flucht, andere wurden von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt. Kam es zum Prozess, wies man selten die persönliche Schuld der Verdächtigen nach, wohl aber ihre Zugehörigkeit zur NSDAP, zur Wehrmacht oder zur SS. Es fehlte oft an einzelnen Beweisen und Zeugenaussagen. In den meisten Fällen bestätigte die Staatsanwaltschaft nur die ihr vorgelegten Anklagen. In der SBZ beziehungsweise der DDR wurden zwischen 1945 und 1985 nach offiziellen Angaben 12.874 Personen rechtskräftig verurteilt.²³

Es wäre in jeder Hinsicht falsch, allein die DDR für die rasche Wiederaufnahme der nationalsozialistischen Elite in die Gesellschaft und für die nachlässige Überprüfung möglicher Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu machen. Auch in der frühen Bundesrepublik versuchten Politiker in der Regierung Adenauer und im Bundestag, die von den Alliierten begonnene Verfolgung von Kriegsverbrechern zu begrenzen, sich für deren Freilassung einzusetzen und ihre Reintegration in die entstehende Zivilgesellschaft zu erleichtern. Diese Interessen unterschieden sich kaum von denen weiter Teile der Gesellschaft, die politische Souveränität verlangten und moralische Entlastung erhofften. Das erste Straffreiheitsgesetz von 1949 erleichterte es vielen Menschen, ihre Position im Nationalsozialismus zu verbergen. Eine umfassende Amnestie für „Taten während des Zusammenbruchs“ 1945 war wesentlicher Bestandteil der Auseinandersetzungen im Bundestag über das zweite Straffreiheitsgesetz von 1954 (§ 6). Insgesamt profitierten etwa 400.000 Personen von den beiden rechtlichen Entlastungen. Die SPD-Fraktion und einige Linkliberale warnten während der Debatten vergeblich vor der erwarteten hohen Anzahl an Freisprüchen und setzten sich stattdessen für eine Reduzierung der Haftdauer ein. Ab Mitte der 1950er Jahre mussten sich auch in der Bundesrepublik immer weniger Menschen vor einer Anklage durch Staat und Justiz fürchten.²⁴

23 Vgl. Meyer-Seitz, Christian, Die Verfolgung von NS-Straftaten in der Sowjetischen Besatzungszone, Berlin 1998; Wentker, Hermann, Die juristische Ahndung von NS-Verbrechen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, in: Kritische Justiz 35 (2002), 60–78; Kappelt, Olaf, Die Entnazifizierung in der SBZ sowie die Rolle und der Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten in der DDR als soziologisches Phänomen, Hamburg 1997, 307–312; Raim, Ahndung, 25–28.

24 Vgl. Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1997², bes. 7–24, 100–131; Raim, Edith, Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in West-

Das Leben von Gustav Just (1921–2011) ist ein erstaunliches Beispiel für die Integration eines potenziellen NS-Täters in die Gesellschaft der Bundesrepublik wie die der DDR. Zugespielt formuliert wirft seine Geschichte die Frage auf, ob man ihn gleichzeitig als Täter, Opfer und Opportunist bezeichnen könnte. Es besteht der Verdacht, dass er als Soldat der Wehrmacht 1941 in der Ukraine in einem Erschießungskommando Juden tötete. Den verschiedenen Hinweisen ging man zunächst nicht nach. In der DDR stieg Just politisch auf und wurde unter anderem sogar Sektorenleiter für Kunst und Literatur im ZK der SED. Hier ging er oft hart gegen Kritiker des Systems vor. Dennoch überschritt er die ihm zugewiesene berufliche Stellung und hatte Kontakt zu Reformern. Außerdem wurde bekannt, dass er in der Wehrmacht nicht, wie von ihm fälschlich angegeben, nur Unteroffizier, sondern Leutnant gewesen war. Als Verbrecher gegen die Verfassung der DDR verurteilte man ihn 1957 im Zuge eines Schauprozesses zu vier Jahren Zuchthaus. Nach seiner Freilassung wirkte er als Übersetzer. 1989 nahm sein Leben eine überraschende Wendung: Gustav Just machte erneut Karriere in der Politik. Die Verurteilung von 1957 wurde in der Bundesrepublik aufgehoben, und er arbeitete bis 1992 als SPD-Landtagsabgeordneter und schließlich sogar als Alterspräsident im brandenburgischen Landtag.²⁵



Gustav Just (1921–2011) war Journalist, Autor und Politiker. Hier sitzt er im Jahre 1954 in der Bildmitte neben den Schriftstellern Konstantin Fedin links und Franz Carl Weiskopf rechts (Q38)

deutschland 1945–1949, München 2013; Eichmüller, Andreas, Keine Generalamnestie. Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen in der frühen Bundesrepublik, München 2012; Benz, Wolfgang, Die Gründung der Bundesrepublik: von der Bizone zum souveränen Staat, München 1999; Herf, Jeffrey, Divided Memory: The Nazi Past in the Two Germanys. Cambridge 1997; sowie die Beiträge in Osterloh, Jörg, Vollnhals, Clemens (Hg.), NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011.

25 Vgl. dazu <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/gustav-just>; Hoffmann, Christa, Stunde Null? Vergangenheitsbewältigung in Deutschland 1945 und 1989, Bonn, Berlin 1992, 47 f.

11. Der Generalplan Ost: Verweigerung und „Normalität“ im akademischen Betrieb

Es überrascht vor diesem Hintergrund kaum, dass die Personen an der Universität selten und die Täterinnen und Täter des Generalplans Ost gar nicht angeklagt wurden, zumal man über ihr Verhalten innerhalb der Institution kein Wort verlor. Gerade hier gilt, dass die Universität als Institution den Schutz ihrer Gremien, Strukturen und ihres Personals höher stellte als ihre Verantwortung. Wer auch immer potenzielle Täter und Täterinnen beschuldigen wollte, ihre Kolleginnen und Kollegen taten es nicht. Auch die Sichtung der Dokumente im Archiv der Humboldt-Universität liefert keine klaren Belege für die Beteiligung von Wissenschaftlern am Generalplan Ost. Im Schriftverkehr zwischen Rektorat, Dekanat und den Fakultäten werden diese Taten nicht einmal erwähnt. Immer wieder finden sich Hinweise darauf, dass über einige Probleme nicht schriftlich korrespondiert werden sollte.

Auch einzelne Assistentinnen, Assistenten und Bürokräfte im Haus schwiegen. Selbstredend wollte niemand zu denen zählen, die mit den Massenmorden etwas zu tun gehabt oder auch nur davon gehört hatten. Manche Wissenschaftler versuchten sich auch dadurch zu entlasten, dass sie eine harmonische Geschichte der Universität erfanden und sich von allem Belastenden trennten. Gerade in der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät entschied man sich dafür, die Personalakten detailliert zu sichten und viele Dokumente wegzuworfen. Beispielsweise enthält die einst umfangreiche Personalakte von Konrad Meyer ab 1945 nur noch 11 Blatt.²⁶

Manche Wissenschaftler aber wollten ihre Arbeit während des Krieges differenzierter beschreiben. Schwer ist es etwa, die Stellungnahme von Prof. Dr. Martin Schede, Direktor des Deutschen Archäologischen Instituts und Honorarprofessor in Berlin, vom Mai 1945 eindeutig zu bewerten – d. h. klar zu entscheiden, ob er die Zerstörungen im südlichen Russland tatsächlich verurteilte oder seine erklärte Distanz nur nutzte, um sich und seine Kollegen vor einer möglichen Anklage zu schützen. *„Während Südrußland von deutschen Truppen besetzt war, haben sich deutsche Archäologen der Parteistellen SS-Forschungsgemeinschaft Ahnenerbe und*

26 HU Archiv, Meyer, Konrad, Personalakte 181. Vgl. Fischer, Eugen, Personalakte 62, 8. 3. 1946, 102 f., mit der Zusage des Rektors an ihn, dass er auch nach Kriegsende 1945 weiterhin seine Bezüge erhalten werde. Zum Schicksal der zurückkehrenden Deutschen vgl. Uhlig, Christa, Rückkehr aus der Sowjetunion: Politische Erfahrungen und pädagogische Wirkungen. Emigranten und ehemalige Kriegsgefangene in der SBZ und frühen DDR, Weinheim 1998, 45–90.

Einsatzstab Rosenberg (bestehend aus Mitgliedern des Reichsbundes zur Vorgeschichte, Leitung Prof. Dr. Reinerth) mit den Denkmälern und Museen der Ukraine, der Krim und des Kubangebietes befasst, und zwar in ausgesprochen räuberischer Weise, von der ich in schärfster Form abgerückt bin. Eine in persönlicher Unterredung an mich ergangene Aufforderung des damaligen Ministers für die besetzten Ostgebiete Rosenberg, ich möchte mich namens des Archäologischen Instituts an der Bearbeitung der südrussischen Altertümer beteiligen, wurde von mir zurückgewiesen. [...] Alle diese hier vorgetragenen Tatsachen lassen sich aktenmäßig belegen; im Übrigen sind sie allen mit Kulturwissenschaft befassten Kreisen wohl bekannt.“²⁷

Vor diesem Hintergrund sind die klaren politischen Entscheidungen weniger Personen innerhalb der Universität umso beachtenswerter. Klug, aber auch risikobereit war eine an das Rektorat gerichtete Resolution von 20 Studierenden vom 29. Januar 1947. Diese hatten eine Wahlversammlung zum Studentenrat im Hörsaal des Instituts für Anatomie (Medizinische Fakultät) verfolgt. Sie empörte die „*Kundgebung antidemokratischer Kreise*“, eine „*reaktionäre, nationalsozialistische oder militaristische Gesinnung*“ mancher Anwesenden, die sich gegen die gerade entstehende Demokratie richteten. Die Universität solle sich davon im Interesse einer demokratischen Gesellschaft scharf abgrenzen und endlich handeln. Erforderlich seien „*die genaue politische Überprüfung sämtlicher ehemaliger Mitglieder der NSDAP, der höheren HJ-Führer, Offiziere und sonst wie politisch Belasteten*“. Vernünftige Studierende seien sich ihrer „*Verantwortung für den Neubau unseres geistigen Lebens vollaufbewusst*“.

Die Resolution hatte Erfolg, denn die Universitätsleitung beschloss daraufhin, die Anschuldigungen zu überprüfen, und überlegte, die Kontrollen in der Universität zu verbessern. Vizepräsident Theodor Brugsch schrieb an Rektor Stroux, dieser Vorfall könne den Ruf der Universität in der Öffentlichkeit, vor allem bei der sowjetischen Militärregierung, erheblich beschädigen. Die Mehrheit der Studierenden sei politisch vertrauenswürdig, weshalb ihre Hilfe gerade in solchen Angelegenheiten nützlich sei. Am 3. Februar 1947 leitete Brugsch ein Untersuchungsverfahren gegen vier Studenten aus der Medizinischen Fakultät ein. Diese hätten ohne Zustimmung des Rektorats ihre politisch gefährlichen Positionen verbreitet und eine „*Unterstützung pro faschistischer Elemente*“ erkennen lassen.²⁸

27 HU Archiv, Rektorat 407, Schriftwechsel mit dem Magistrat 1945–1959, Anlage vom 27. 12. 1945, die sich auf Schedes Bericht über die „Beziehungen des Archäologischen Instituts zu Russland und der Sowjetunion“ vom Mai 1945 bezieht.

28 HU Archiv, Rektorat 76, 29. 1. 1947, Zit. 28; 3. 2. 1947, 44 f.; 3. 2. 1947, Zit. 43. Vgl. Krönig, Waldemar, Müller, Klaus-Dieter, Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule

Diese Bereitschaft zur demokratischen Reform und zur zukünftigen Trennung von Wissenschaft und Politik an der Humboldt-Universität und eben auch die Entlassung nationalsozialistischer Parteimitglieder blieben die Ausnahme. Ein Dr. med. Albers bat Rektor Stroux in einem Schreiben am 9. Februar 1947, er solle ihm erklären, warum der Althistoriker Prof. Dr. Werner Peek wieder im Amt sei. Dieser habe als bekennender Nationalsozialist auch beste Beziehungen zur Gestapo gehabt und geholfen, Wissenschaftler wie ihn aus politischen Gründen zu entlassen. Stroux' primäres Ziel war der Aufbau der Wissenschaft, seltener die Überprüfung begangenen Unrechts. Dennoch wurde Peek im Mai 1948 als NS-Hauptschuldiger eingestuft. Doch bereits im Januar 1950 endete das Entnazifizierungsverfahren mit einer Rehabilitierungsbescheinigung. Für seine vorzügliche wissenschaftliche Leistung erhielt Peek 1961 den Nationalpreis der DDR. Einen ähnlichen Verlauf nahm die berufliche Entwicklung des Augenarztes Prof. Dr. Karl Velhagen. Trotz seiner braunen Parteimitgliedschaft und seines Einsatzes als Hauptsturmführer im NS-Fliegerkorps erhielt er 1960 den Nationalpreis der DDR. Der Nationalsozialist Prof. Dr. Leopold Magon bekam 1951 einen Lehrstuhl für deutsche und nordische Philologie und 1957 den Vaterländischen Verdienstorden der DDR.²⁹

12. Konrad Meyer als Angeklagter beim Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg

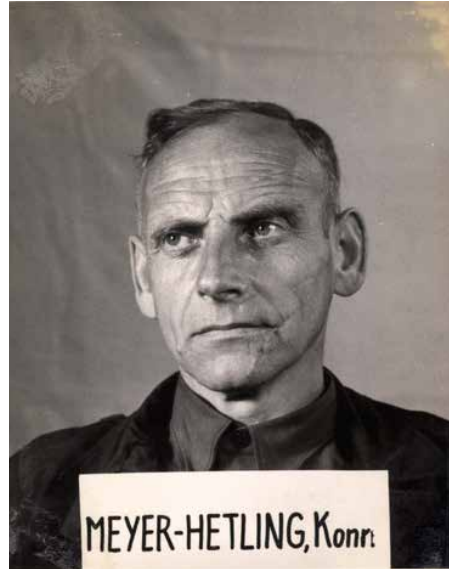
An dieser Stelle muss das Leben von Konrad Meyer nach 1945 beleuchtet werden. Denn seine Geschichte lässt sich gut mit den Verfahren gegen andere führenden Wissenschaftler vergleichen, d. h. von der Anklage und dem folgenden Gerichtsprozess über den Freispruch bis hin zur beruflich erfolgreichen Integration in die Nachkriegsgesellschaft. Meyer wurde vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 1947/48 (Folgeprozess VIII) für drei Vergehen ange-

und Studenten in der SBZ und der DDR 1945–1961, Köln 1994; Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“, 89–110.

29 HU Archiv, Rektorat 76, Verfügung betr. Entlassung von Pgs., 9. 2. 1947, 83 f. Vgl. Kappelt, Entnazifizierung, 143, 186, 272; Wentker, Ahndung, 63. In dieser Hinsicht entspricht die Reintegration vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der 1960 erschienenen Gesamtgeschichte der Humboldt-Universität. Die acht Beiträge zur Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät im 2. Band von Göber, Herneck (Hg.), Forschen und Wirken, übergehen die engen Beziehungen zum Nationalsozialismus.

klagt: für „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (vor allem wegen seiner zentralen Rolle bei der Entstehung des Generalplans Ost), für mögliche Kriegsverbrechen insgesamt und für seine Mitgliedschaft in der SS. Insgesamt zählte dazu auch seine Verantwortung für Umsiedlung und Eindeutschung, die Plünderung öffentlichen und privaten Eigentums, Kindesdiebstahl und Zwangsabtreibungen, die sogar als „genozidale Handlungen“ bezeichnet wurden.

Sein Verteidiger war der Rechtsanwalt Kurt Behling, der von 1938 bis 1945 als Strafverteidiger am Volksgerichtshof in Berlin gearbeitet hatte. Ihm gelang es, den US-amerikanischen Richtern in Nürnberg viele ehemalige Mitarbeiter



Konrad Meyer auf einem zwischen 1945 und 1948 entstandenen Foto während seiner Inhaftierung in Nürnberg (Q39)

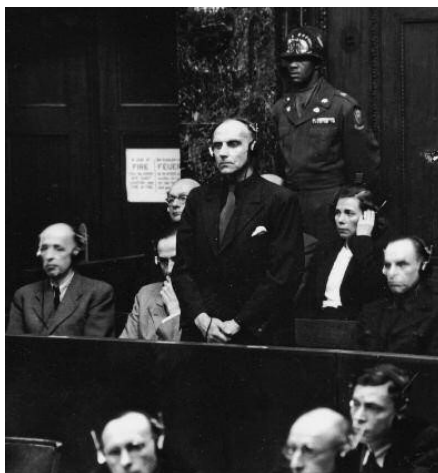
im Planungsstab des Angeklagten als Zeugen zu präsentieren. Das spielte Konrad Meyer in die Hände. Denn bei diesen Herren handelte es sich unter anderen um den ihm wohlgesinnten Stadt- und Landesplaner Josef Umlauf, den Architekten Udo von Schauroth und den Landschaftsarchitekten Heinrich Friedrich Wiepking. Eine eidesstattliche Erklärung gab sein engster Vertrauter Herbert Morgen (später Professor in Wilhelmshaven) ab: *„Ich bin als Wissenschaftler überzeugt, daß viele Forschungsergebnisse von Prof. Meyer einen bleibenden Wert haben; sie sind auch unter den gegebenen Verhältnissen zeit- und lebensnah.“* Der Landesplaner Erhard Mäding wagte es sogar, zu betonen, dass der Generalplan Ost *„eine bedeutende Aufwertung der fraglichen Gebiete und damit eine wesentliche Verbesserung des Lebensstandards der Bewohnerschaft einschließlich der darin verbliebenen polnischen Volksteile bedeutet“*.³⁰

30 Vgl. Heinemann, Isabel, Konrad Meyer, 45–72, Zit. 65 f.; dies. u. a. (Hg.), Wissenschaft, Planung, Vertreibung, 34–36, Zit. 34; Rössler, Mechthild, Konrad Meyer und der „Generalplan Ost“ in der Beurteilung der Nürnberger Prozesse, in: dies., Schleiermacher (Hg.), Generalplan Ost, 356–364; insges. Brochhagen, Ulrich, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994.

Meyer selbst entlastete seine Arbeit mit dem gleichen Argument, d. h. damit, dass er erstens keine Kenntnisse über die spätere Anwendung des Generalplans Ost gehabt habe und zweitens seine Studie als ein rein wissenschaftlicher Entwurf für die Neuordnung Osteuropas entstanden sei. Damit hatte er Erfolg. Die Richter trennten seine Arbeit als Wissenschaftler klar von den politischen, rechtlichen und militärischen Wirkungen des Generalplans Ost. Verantwortlich für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit seien in erster Linie die Spitzen des NS-Regimes. Meyer wurde am 10. März 1948 von den ersten beiden Anklagepunkten freigesprochen, seine Strafe für die Mitgliedschaft in der SS war durch seine Haft bereits verbüßt. Der Organisator des Generalplans Ost verließ als freier Mann das Nürnberger Gefängnis und setzte seine Arbeit als Planungswissenschaftler in der Bundesrepublik Deutschland fort.

Als entlasteter Wissenschaftler nahm Meyer seine Forschung zur Pflanzenzucht wieder auf. 1956 wurde er Professor und Direktor am neu geschaffenen Lehrstuhl für Landesplanung und Raumforschung an der Technischen Hochschule Hannover. Meyer nutzte seine vorzüglichen Beziehungen aus der Vergangenheit, kooperierte mit bekannten wie mit neuen Kolleginnen und Kollegen im In- und Ausland. Ihm gelang es, die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ weiterzuführen, Fördergelder (unter anderem von der DFG) zu erhalten und in einigen Fällen sogar als politischer Berater (Niedersächsische Landesregierung 1966) Einfluss zu nehmen. Nur mit der Humboldt-Universität zu Berlin dürfte er keine Kontakte mehr gepflegt haben.

Kaum zu begreifen sind Konrad Meyers eigene Reisebeschreibungen am Tag nach dem Freispruch: *„Am anderen Morgen erschien vor meiner Zellentür ein mich freundlich angrinsender Neger mit Marsch-*



Konrad Meyer wurde 1948 im Rahmen des Nürnberger Nachfolgeprozesses „Rasse- und Siedlungshauptamt der SS“ von den Anklagepunkten „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und „Kriegsverbrechen“ freigesprochen. Fortan nahm er seine wissenschaftliche Karriere wieder auf. Von 1956 bis 1968 arbeitete er als ordentlicher Professor auf dem Lehrstuhl für Landesplanung und Raumforschung an der Technischen Universität Hannover (Q40)

gepäck; er hatte die Order mich bis Eichenberg, Grenzstation der amerikanisch-englischen Zone, zu bringen. Wir fuhren in einem der damals für die Besatzungsmächte eingelegten Züge. Da sich keiner von den weißen Amerikanern in unser Abteil setzte, fuhren wir allein und freundeten uns bald an. Er zeigt mir stolz das Bild seiner ganzen Familie, eine dicke Negermamma mit vielen Kindern in allen Größen. Bald fragt er in einem breiten New York Slang: ‚Are you SS?‘ Als ich ihm das bejahte, kam die Entgegnung: ‚O, the devils of the German army.‘ Dann fügte er besänftigend hinzu: ‚You are black, I am black too, we are black!‘“³¹

13. Antifaschismus als politische Legitimation in der DDR

In der DDR war der Antifaschismus die Grundlage für den Umgang mit dem Nationalsozialismus in der Vergangenheit und seinen Anhängern in der Gegenwart. Die Eliten wie die breite Bevölkerung bekamen von der SED die Vorgabe, erstens die braunen Feinde der Menschheit insgesamt, zweitens die Struktur der Bundesrepublik und drittens mögliche politische Gegner in der eigenen Gesellschaft zu bekämpfen. Der Antifaschismus war ein deutungsoffener, letztlich minimaler Konsens in der DDR, der versprach, die unterschiedlichen Ziele von Parteien, Vereinen, loyalen Bürgerinnen und Bürgern, Arbeiterinnen und Arbeitern bis hin zu den Schulkindern zu erfüllen.

Der Stellenwert dieses „Legitimationsantifaschismus“ (Jürgen Danyel)³² ist nicht zu unterschätzen. Durch den geforderten wie demonstrierten Antifaschismus sicherte die entstehende DDR ihre Legitimität im Ringen um innen- und außenpolitische Anerkennung. Das erleichterte die Veränderungen der Institutionen, die Bildung, die öffentliche Berichterstattung und letztlich die Aufwertung der neuen Eliten. Die SED war auch an der Humboldt-Universität die maßgebliche Instanz, machte es Personen schwer, persönliche Freiräume zu nutzen.

31 Meyer, Bettina, SS-Nr. 74695, 143–170, Zit. 170. Meyers Erinnerungen blieben Fragment und wurden nicht veröffentlicht.

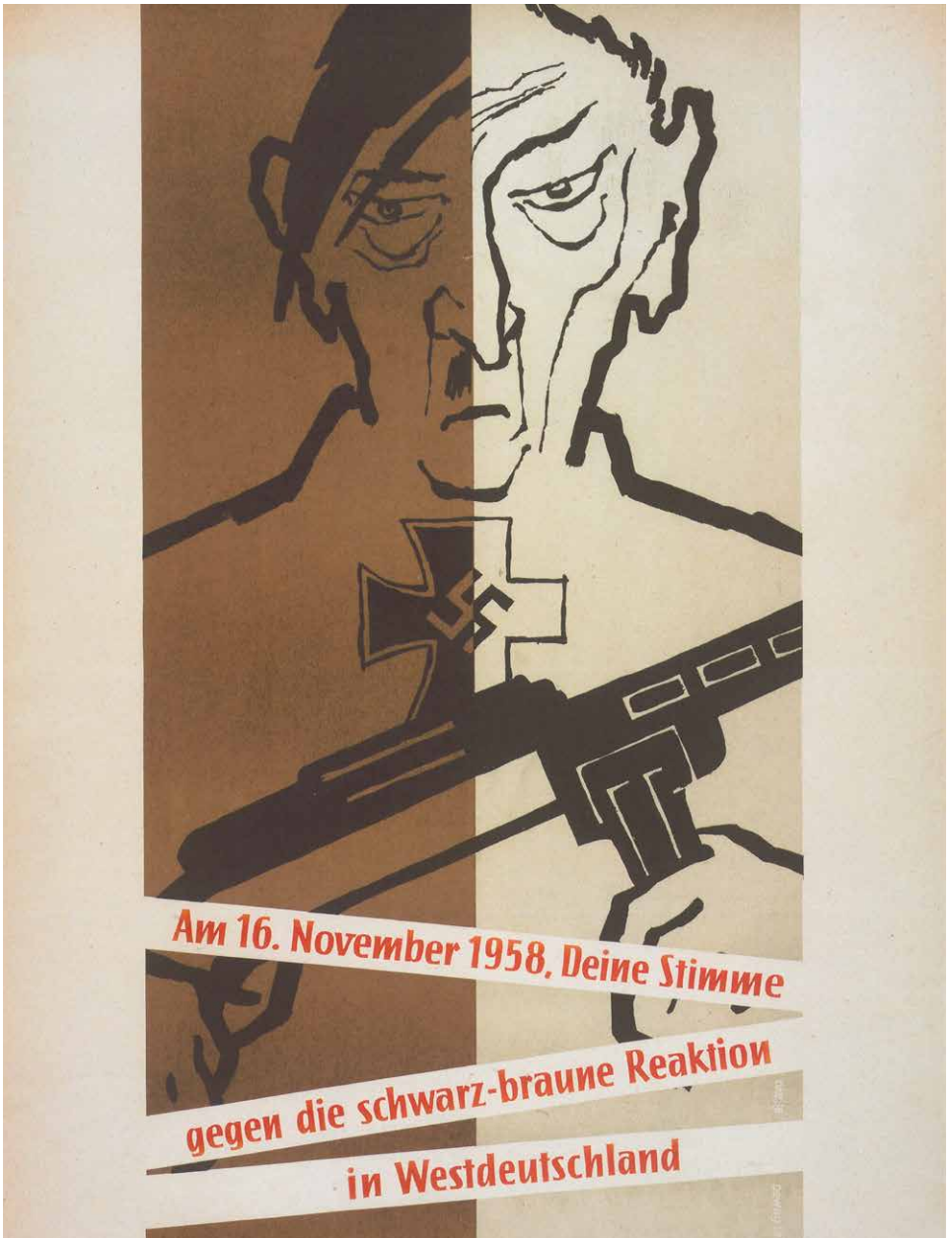
32 Danyel, Jürgen, Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: ders. (Hg.), Geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, 31–46. Vgl. Leide, Henry, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2007; Jordan, Carlo, Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung 1945–1989, Berlin 2001.

Rasch wurden Kritiker zu Faschisten erklärt, wurde ihnen mit Verfolgung oder Haftstrafen gedroht. Bis zum Ende der DDR fürchteten vielen Bürgerinnen und Bürger, dass der Staat wusste, wer einst Mitglied der NSDAP gewesen war, welche Familie in enger Verbindung mit dem Regime gestanden hatte.

In der DDR gab die Parteiführung den eigenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht den Auftrag, nach – ihrer Auffassung nach – potenziellen Täterinnen und Tätern des Generalplans Ost zu suchen. Denn in erster Linie trug die Bundesrepublik Deutschland die Verantwortung für den fehlenden Umgang mit den deutschen Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkriegs. Auch Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Wissenschaft, Schule oder Presse kritisierten und verspotteten die Struktur der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren. Man nahm somit gegenüber der Regierung in Bonn für sich in Anspruch, im Prozess der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung zwischen 1945 und 1949 einen grundlegenden Neuanfang gemacht und nun die richtigen Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen zu haben. Die kapitalismuskritische Basis des antifaschistischen Konstrukts resultierte dabei aus der Auffassung, dass der Faschismus ein dem Kapitalismus immanentes Produkt sei. Zudem habe sich die Bundesrepublik zum Vasallen der imperialistischen Supermacht USA gemacht.³³

Höhepunkte dieser politischen Kampagne waren die Angriffe auf Führungspersönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft im Westen, die trotz ihrer braunen Vergangenheit auch in den 1950ern und 1960ern weiterarbeiteten. Selbst Bundespräsident Heinrich Lübke wurde verdächtigt, an Kriegsverbrechen teilgenommen zu haben. Das Augenmerk richtete sich aber meist auf Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker, auf hohe Verwaltungs- und Justizbeamte, die während der Kanzlerschaft Konrad Adenauers in den Ministerien und Institutionen arbeiteten. Dazu zählten etwa Bundesvertriebenenminister Dr. Theodor Oberländer oder der Chef des Bundeskanzleramts, Dr. Hans Globke. Mehr oder minder geschickt verschränkte man erfundene mit begangenen Taten. Sowohl Oberländer als auch Globke wurden in Schauprozessen (1960/1963) vor dem Obersten Gericht der DDR in Abwesenheit verurteilt. Selbstredend wurde auch die Karriere von Konrad Meyer vor und nach 1945 nicht vergessen. Auf ZK-Beschluss wurden die NS-Dokumente in der DDR systematisch erfasst, schließlich

33 Remy, Dietmar, Salheiser, Axel, *Integration or Exclusion: Former National Socialists in the GDR*, in: *Historical Social Research* 35 (2010), 9–21; Wentker, Ahndung, 70–78; Clasen, Christoph, *Faschismus und Antifaschismus. Die nationalsozialistische Vergangenheit im ostdeutschen Rundfunk (1945–1953)*, Köln 2004, 180–187; Raim, Ahndung, 30–32; zur Bundesrepublik Frei, *Vergangenheitspolitik*; sowie die Beiträge in ders. (Hg.), *Hitlers Eliten nach 1945*, München 2020°.



Am 16. November 1958, Deine Stimme

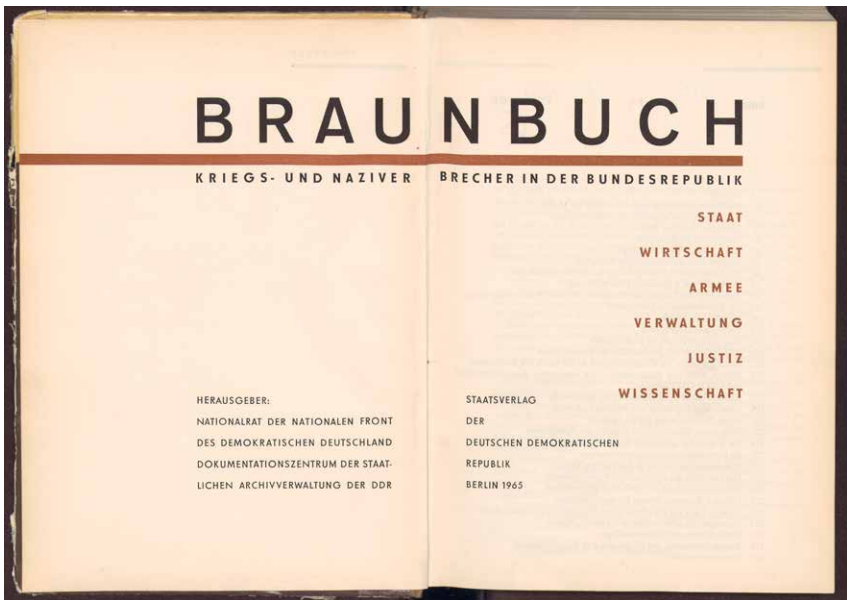
gegen die schwarz-braune Reaktion

in Westdeutschland

Dieses Plakat verzichtet auf eine Unterscheidung zwischen der Adenauer-Regierung und nationalsozialistischen Verbrechen. „Am 16. November 1958. Deine Stimme gegen die schwarz-braune Reaktion in Westdeutschland“ (Q41)

etwa zwei Millionen Karteikarten inklusive Personal- und Arbeitsplänen geordnet. Viele Ergebnisse erschienen ab 1964 im „Braunbuch“, das in großer Auflage auch in den folgenden Jahren die „Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin“ auflistete und einen weiten Bogen vom Staat über Wirtschaft, Justiz und Verwaltung bis hin zu Armee und Wissenschaft spannte. Auch hier mischten sich groteske politische Denunziationen mit begründeten Anklagen.

„Die innere Kontinuität der Innen- und Außenpolitik des heute in West-Deutschland herrschenden Regimes mit der Politik des Nazi-Staates hatte die Verwendung des gleichen Personals zur Folge. Deshalb auch wurden die Hauptverantwortlichen der Kriegs- und Naziverbrechen in der Bundesrepublik zu keiner Zeit ernsthaft verfolgt. [...] Inzwischen mussten auf Grund der Enthüllung des Braunbuches auch unter dem Druck der weltweiten Proteste gegen die Renazifizierung im westdeutschen Staat in den letzten 3 Jahren mehr als 300 Nazi- und Kriegsverbrecher aus ihren Ämtern entfernt werden. [...] Die DDR erfüllte den Auftrag des deutschen Volkes und der Völker der Welt, alle Kriegs- und Naziverbrechen zu ahnden und gerecht zu sühnen [...] Dieses Braunbuch enthält – als unvollständige Zusammenfassung – die Namen von 2300 führenden Nazi-Funktionären und Kriegsverbrechern, die sich heute ungehindert in ent-



Hier das doppelseitige Titelblatt des sogenannten „Braunbuchs“, das detailliert tatsächliche und erfundene Verstrickungen der westdeutschen Eliten mit dem Nationalsozialismus auflistete (Q42)

scheidenden Stellungen des westdeutschen Staats- und Wirtschaftsapparates betätigen oder aber hohe Staatspensionen für ihre ‚verdienstvolle‘ Tätigkeit im ‚Dritten Reich‘ beziehen.“ Dazu zählten „der Bundespräsident, 20 Angehörige des Bundeskabinetts und Staatssekretäre, 189 Generale, Admirale und Offiziere in der Bundeswehr oder in den NATO-Führungstäben sowie Beamte im Kriegsministerium, 1118 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter, 244 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Bonner Botschaften und Konsulate, 300 Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes sowie andere Bundesministerien.“³⁴

Die Forderung nach strenger Aufklärung und einer juristischen Verfolgung potenzieller Täterinnen und Täter des Zweiten Weltkriegs in der Bundesrepublik verwundert auch deshalb, weil in der DDR vergleichbare Prozesse ausblieben. Der Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht und selbst die Massenmorde im Holocaust wurden über einen langen Zeitraum im gesellschaftlichen und geschichtswissenschaftlichen Diskurs der DDR marginalisiert. Die DDR-Forschung lag etwa beim Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem (1961) weit hinter den Studien in Polen zurück. Eine vergleichbare Distanzierung ist bei den fehlenden strafrechtlichen Verfahren gegen jene zu erkennen, die im Zuge der sogenannten Euthanasie Kranke und Behinderte ermordeten. Trotz mancher staatlichen Reformbestrebungen des akademischen Lebens seit den späten 1960er Jahren interessierten die Verbrechen von Wissenschaftlern im Nationalsozialismus bis in die 1980er hinein nur wenige. Das gilt für Ost- und Westdeutschland gleichermaßen.

Zu den Ausnahmen zählten ab 1956 etwa die Arbeiten des Historikers Prof. Dr. Heinz Kühnrich (Berliner Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED), der Aspekte der Vernichtungslager und der SS-Einsätze in der Sowjetunion untersuchte. Im Jahre 1973 ging Prof. Dr. Klaus Drobisch mit einigen Kolleginnen und Kollegen weiter und veröffentlichte eine Studie zur „Verfolgung und Ausrottung“ der Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus. Hier findet sich auch ein kurzer Verweis auf den Generalplan Ost: „Die

34 Vgl. Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland. Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR (Hg.), Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, Berlin (Ost) 1968, 1–12, Zit. 1 f., 7, 9. Zu Konrad Meyer: 354. Vgl. Grüttner, Michael, Universitäten in der nationalsozialistischen Diktatur – Stand der Forschung, in: Prüll, George, Hüther (Hg.), Universitätsgeschichte schreiben, 85–103; Hansen, Reimer, Zwischen Entnazifizierung und Sowjetisierung. Die Reorganisation der Berliner Universität nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu ihrer Wiedereröffnung, in: Breunig, Werner, Schaper, Uwe (Hg.), Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2017, 135–204.

weitestgehenden Mordziele bei der Neuordnung Europas waren im ‚Generalplan Ost‘ niedergelegt“, weshalb Drobisch diesen als einen wesentlichen Faktor des Krieges in Osteuropa bewertete. Ein Autorenkollektiv unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Schumann (Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin) legte 1975/1979 eine zweibändige Geschichte zum Zweiten Weltkrieg vor. Mehrfach verwies man auf die Entstehung und die Wirkung des Generalplans Ost.

14. Die Entstehung einer eigenen deutschen Geschichte

An der Humboldt-Universität zu Berlin war der Übergang von Wissenschaft und Anklage auf der einen hin zu Opportunismus und Propaganda auf der anderen Seite fließend. Deutlich sind Überschneidungen mit der politischen Zielsetzung der SED und mit der Praxis einer „sozialistischen Wissenschaft“ in der DDR. Erklärungsbedürftig ist es zumal, dass Wissenschaft und Politik nicht als Gegensätze, sondern als realitätsnahe, gesellschaftlich nützliche Allianzen galten. Namhafte Historikerinnen und Historiker in Berlin bildeten da keine Ausnahme. Sie lieferten dem neuen politischen System die gewünschten wissenschaftlichen Anknüpfungs- und Orientierungspunkte aus der Vergangenheit. Zugespielt formuliert, unternahm die Geschichtswissenschaft manches, um die DDR durch ihre Deutungen zu legitimieren. Auch das erklärt die Grenzen der Forschung und die opportunistische Lehre seit den 1950er Jahren. Die vermeintliche Normalität im akademischen Betrieb wurde zu einem wissenschaftlichen und einem ethischen Problem.

Martin Sabrow setzt diese Form der Geschichtswissenschaft in Beziehung zur Entwicklung der Geschichte in der DDR insgesamt: *„Aus kulturgeschichtlicher Perspektive lässt sich die DDR als eine ‚Konsens-Diktatur‘ beschreiben, als eine Form von Herrschaft, die die Einigkeit von Herrschenden und Beherrschten immerfort von oben proklamierte und von unten akklamieren ließ, die unaufhörlich die Massen mobilisierte, um sich wiederum aus der behaupteten Verschmelzung von Volk und Führung heraus zu legitimieren.“*³⁵

35 Sabrow, Martin, Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969, München 2001, Zit. 446; ders., Der nationalsozialistische Zivilisationsbruch in der geteilten deutschen Geschichtskultur, in: Museumsverband des Landes Brandenburg (Hg.), Entnazifizierte Zone? Zum Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus

Auf staatliche Initiative hin entstand an der Humboldt-Universität 1979 eine Ausstellung, welche die Geschichte des Hauses dem eigenen Personal, Studierenden und schließlich einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen sollte. Verantwortlich für das sogenannte „Traditionskabinett“ waren Ingrid Graubner (Öffentlichkeitsarbeit) und die Sektion Pädagogik. Der Ort, die ehemalige Garderobe des Kinosaals im Erdgeschoss des Auditorium Maximum, war nicht besonders einladend. In Form von Wandzeitungen präsentierte man Ehrenbanner, Orden und Urkunden, ließ aber auch die Belastungen durch den Nationalsozialismus nicht ganz aus. Nach heutigem Kenntnisstand wurde in der Ausstellung der Generalplan Ost, geschweige denn die Beteiligung der Humboldt-Universität daran, nicht erwähnt. Von 1980 bis 1990 besuchten etwa 26.000 Menschen das „Traditionskabinett“. Im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen bildete sich eine Arbeitsgruppe, die über die Wirkungen verschiedener „Traditionskabinette“ im Lande beriet.³⁶

Offen bleibt, auf welche Art und Weise die DDR sich als eine „Nation“ bewertete und welche Prinzipien übernommen oder erneuert werden sollten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Beauftragte des Staates unterstrichen regelmäßig, dass die eigene Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen, insbesondere die Bestrafung der Täterinnen und Täter, den Verfolgungen in der Bundesrepublik weit überlegen sei. Deshalb könne die DDR die deutsche Geschichte besser erklären als jeder andere Staat. Zwar orientierte man sich offiziell an der Sowjetunion, doch mit der Zeit wurde der eigene deutsche Staat

in ostdeutschen Stadt- und Regionalmuseen, Bielefeld 2015, 17–41; Iggers, Georg, u. a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, München 1998; Dudek, Peter, „Der Rückblick auf die Vergangenheit wird sich nicht vermeiden lassen“. Zur pädagogischen Verarbeitung des Nationalsozialismus in Deutschland (1945–1990), Opladen 1995, 302–318.

36 Drobisch, Klaus (gemeinsam mit Goguel, Rudi, und Müller, Werner), Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933–1945, Berlin (Ost) 1973, Zit. 275. Schumann, Wolfgang (gemeinsam mit Hass, Gerhart, und Drechsler, Karl), Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Berlin, Köln 1975–1985. Vgl. Graubner, Ingrid, Geschichte und Gedenkkultur, in: Jahr, Schaarschmidt (Hg.), Berliner Universität, Bd. 1, 235–247; vom Bruch, Rüdiger, Die Berliner Universität 1933–1945 in der Erinnerungskultur nach 1945, in: ebd., 227–234; Käppner, Joachim, Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspromaganda der DDR, Hamburg 1999, 153–158; Hoffmann, Ute, „Das ist wohl ein Stück verdrängt worden“. Zum Umgang mit den „Euthanasie“-Verbrechen in der DDR, in: Annette, Leo, Reif-Spirek, Peter (Hg.), Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001, 51–66.

aufgewertet. Sicher wäre es übertrieben, von einem spezifischen „kommunistischen Nationalismus“ in der ganzen Gesellschaft zu reden, denn große patriotische Feiern in der Humboldt-Universität oder pädagogische Richtlinien in der Schule akzeptierte die Bevölkerung der DDR kaum. Außerdem strich die DDR 1974 die Bezeichnung „sozialistischer Staat deutscher Nation“ aus ihrer Verfassung. Doch allerorten verwies man auf die zahlreichen Errungenschaften der deutschen Geschichte, wertschätzte König Friedrich II. oder die Schönheiten von Schloss Sanssouci. Jedermann hatte sich auch in regionalen Museen damit auseinanderzusetzen, dass es trotz aller Schrecken durch die Nazis auch eine attraktive Nation gebe und dass die Geschichte der DDR der Zielpunkt der ganzen deutschen Geschichte sei.³⁷

Eng damit verbunden ist die Bedeutung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten in der DDR. Der Bevölkerung präsentierte man Leid, Kampf und Rettung der Opfer des Nationalsozialismus anhand der immer gleichen Geschichten und Zeremonien. Die Gedenkstätte des KZ Buchenwald beispielsweise wurde im Eröffnungsjahr 1959 nach offiziellen Angaben von 502.000 Menschen besucht. Das Spektrum reichte von Privatpersonen über Parteiverbände bis hin zu Vereinsmitgliedern oder Schulkindern. Die Humboldt-Universität hatte einen zentralen Anteil an der Organisation wichtiger politischer Gedenkveranstaltungen. Anlässlich der Erinnerung an die Befreiung des KZ Sachsenhausen kamen im Marx-Engels-Auditorium 1975 Führungsfiguren aus Politik und Armee der DDR, der Sowjetunion und Polens sowie vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer zusammen. Deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fehlten natürlich nicht.

Diese gezeigte, geteilte, aber auch erzwungene Welt des Antifaschismus in der DDR wurde zunehmend durch neue Medien erweitert. Dokumentar- und Spielfilme vermittelten die Verbrechen einer breiten Bevölkerung, versuchten aber kaum, sie genau zu rekonstruieren. Dargestellt wurden Charakter, Leid und Kampf einzelner Menschen. So entstanden Erlösungsgeschichten, welche die Visionen und Emotionen der Menschen bedienten. Im Fernsehen, das ab den 1970er Jahren immer mehr Zuschauer erreichte, kamen der Nationalsozialismus und seine bössartigen Täter in Reportagen, Berichten und auch in Kriminalserien

37 Kowalczyk, *Legitimation*, 332–340; Ash, Mitchell G., *Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander*, in: vom Bruch, Rüdiger (Hg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bandaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002, 32–51; Wolle, Stefan, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Berlin 1998, bes. 63–86, 131–134.

vor. Das wirft die Frage auf, ob stets von einer staatlichen Lenkung oder doch eher von einer Wechselwirkung zwischen Publikum, Regisseuren, Schauspielern, Produzenten und Politikern ausgegangen werden sollte.³⁸



Einweihung des Mahnmals im ehemaligen KZ in Buchenwald am 14. September 1958 (Q43)

38 Heinemann, Thomas, *Bilder von Buchenwald. Die Visualisierung des Antifaschismus in der DDR (1945–1990)*, Köln u. a. 2005; Böttcher, Claudia, „Fortschrittlich“ versus „Reaktionär“. Deutungsmuster des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in historischen Dokumentationen des DDR-Fernsehens, Marburg 1999; Classen, *Faschismus und Antifaschismus*; Hagemann, Susanne, „Leere Gesten“? Darstellungsmuster in Ausstellungen zur NS-Zeit, in: Museumsverband Brandenburg (Hg.), *Entnazifizierte Zone*, 77–92; HU Archiv, 942, Büro des Rektors 1974–1975 (19. 4. 1975), es ist der Entwurf des Festprogramms.

15. Neue Maßstäbe an der Humboldt-Universität im Umgang mit dem Generalplan Ost

Die Humboldt-Universität zu Berlin war nicht die treibende Kraft, als 1989/90 die Mauer und die DDR zusammenbrachen, kein Ort der Opposition – im Unterschied etwa zu den Kirchen oder vielen Verbänden. An der Universität fehlten Konzepte, und es scheiterte der Versuch, sich noch im Winter 1989/90 aus eigener Kraft zu erneuern. In den frühen 1990er Jahren veränderten sich die Strukturen der Universität und das Personal nachhaltig. Viele mussten sich während der Eingliederung in den Wissenschaftsbetrieb der Bundesrepublik massiver Kritik stellen. Die Spannweite reichte von einer Historikerdebatte über die Geschichtsschreibung in der DDR bis hin zur Entlassung des Rektors Prof. Dr. Heinrich Fink wegen seiner Arbeit als inoffizieller Mitarbeiter des MfS. Die Humboldt-Universität wurde Teil einer akademischen Vergangheitspolitik.³⁹

Die Universität entschied sich allmählich dafür, sich nicht mehr durch ihr Schweigen zu schützen. Es verwundert kaum, dass es mehrere Jahre dauerte, bis das Rektorat, einige Fakultäten und Gremien Verantwortung für die Taten der Universität im NS-Regime übernahmen und sich schließlich mit dem Generalplan Ost auseinandersetzten. Prof. Dr. Steffen Rückl und Dr. Karl-Heinz Noack waren die Projektarbeiter zur NS-Zeit in der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät. Einige widmeten sich den durch Politik und Rassismus vertriebenen Kolleginnen, Kollegen und Studierenden und veröffentlichten die Ergebnisse ihrer Untersuchungen in der Schriftenreihe der Fakultät.⁴⁰

39 Vollrath, Sven, Zwischen Selbstbestimmung und Intervention. Der Umbau der Humboldt-Universität Berlin 1989–1996, Berlin 2008; Rainer, Thomas, Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989–1994, Berlin 1998; Hechler, Daniel, Pasternack, Peer, Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte, Leipzig 2013, bes. 27–35, 104–118, 201–213; Pasternack, Peer, „Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus, 1989–1995, Weinheim, Basel 1999.

40 Vgl. Working Paper des Departments für Agrarökonomie Nr. 59 (2001), Stoehr, Irene, Berliner Agrarökonomien im „Dritten Reich“. Von Max Sering zu Konrad Meyer – ein „machtergreifender“ Generationswechsel in der Agrar- und Siedlungswissenschaft; Nr. 60 (2001), Hopfer, Reinhard, Berliner Agrarökonomien im „Dritten Reich“. Karl Brandt und das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung; Nr. 74 (2005), Rückl, Steffen, Noack, Karl-Heinz, Die agrarökonomischen Institute der Landwirtschaftlichen Fakultät der Berli-

Allerdings hatten manche im Wissenschaftsbetrieb offenbar größere Schwierigkeiten damit, sich den neuen politischen und ethischen Ansprüchen zu stellen. Eine problematische Form der Erinnerung zeigte beispielsweise Prof. Dr. Ernst Lindemann in einem Aufsatz, in dem es um „Grundlagen, Entwicklung und Bedeutung“ der Agrarwissenschaften an der Universität zwischen 1945 und 1990 ging. Von der Nachwirkung des Nationalsozialismus, geschweige denn vom Umgang mit dem Generalplan Ost war praktisch keine Rede. Vielmehr ging es um die Geschichte einer bestehenden und sich verändernden Struktur der Agrarwissenschaften, zumal um die erfolgreiche Zusammenlegung der getrennten landwirtschaftlichen Stätten ab 1992. Eindringlich klagt der Autor über die drohende Schließung der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät und begrüßt die internationale Unterstützung. Allerdings beruft er sich dabei ausgerechnet auf eine Kollegin aus Polen, die vor einer deutschen „Kulturlosigkeit“ warnte. *„Die Schließung konnte durch nationale und internationale Proteste verhindert werden. Frau Prof. Ostrowska, Universität Warschau, schrieb beispielsweise an den Regierenden Bürgermeister: ‚Auch bei uns in Warschau gibt es Geldsorgen. Dennoch ist bei uns niemand auf die Idee gekommen, deswegen eine Kulturlosigkeit zu begehen.‘“*⁴¹

Im Jahre 2002 entschied die Humboldt-Universität zu Berlin, den Generalplan Ost nach neuen Maßstäben zu bewerten. Man bekannte sich in der Öffentlichkeit zur eigenen Verantwortung, rief zur Kooperation mit Opferverbänden auf und unterstützte erste Versuche, den Generalplan Ost im eigenen Haus zu präsentieren und zu erforschen. Es begann mit einer Initiative von Studierenden, die Ende 2001 eine kleine Ausstellung über die Situation der Studierenden 1933 gezeigt hatten. Der Senat der Humboldt-Universität stimmte daraufhin, am 29. Januar 2002, der Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu, die das Ziel hatte, die wissenschaftliche Planung und den Anteil am Vernichtungskrieg auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Wissenschaftshistoriker Rüdiger vom Bruch wurde zum Vorsitzenden der AG „Die Berliner Universität und die NS-

ner Universität von 1933 bis 1945. Ein dokumentarischer Bericht. Zudem dies., Agrarökonom, in: vom Bruch, Schaarschmidt (Hg.), Berliner Universität, Bd. 2, 173–191.

41 Lindemann, Ernst, Die Agrarwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin – Grundlagen, Entwicklung und Bedeutung, in: Girnus, Wolfgang, Meier, Klaus (Hg.), Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen – Einblicke – Analysen, Berlin 2010, 297–332, Zit. 316. Vgl. aber Kirschke, Dieter, Noack, Karl-Heinz, Häger, Astrid, Getrennte Wege und Wiedervereinigung: Die universitären Agrarwissenschaften in Berlin seit 1945, in: Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 6: Selbstbehauptung einer Vision, Berlin 2010, 641–660.

Zeit. Verantwortung, Erinnerung, Gedenken“. Erörtert wurde nicht nur die Beteiligung der Universität am Generalplan Ost, sondern auch, ob es Gedenkorte im Haus geben solle, etwa Erinnerungstafeln an den Innenhöfen oder Hörsäle mit den Namen von Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung.

Im Abschlussbericht an den Präsidenten vom 22. April 2005 betonte die Arbeitsgruppe einerseits die Schwierigkeiten der Humboldt-Universität, mit den Kriegsverbrechen umzugehen, unterstrich andererseits aber das Potenzial dieser Institution, denn diese könne viele Menschen gut informieren. *„Die Tatsache, dass das Gedenken vehement von außen eingefordert wurde, ehe der akademische Senat selbst offiziell reagierte, zeigt auch, dass es der Universität als Institution trotz der jahrzehntelangen und namentlich in der letzten Dekade enorm intensivierten Forschung über die Rolle der Wissenschaften und Universitäten im Nationalsozialismus noch immer an der notwendigen Sensibilität für den öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit zu mangeln scheint.“* Das sei ihre Verpflichtung auch gegenüber „zukünftigen Generationen“. ⁴²

Erforschung, Erinnerung und Gedenkkultur griffen zum Teil erfolgreich ineinander. Um die Öffentlichkeit, die Politik, Opferverbände, aber eben auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Studierenden im Haus zu erreichen und zu informieren, gab es ab April 2003 eine dreisemestrige Ringvorlesung. Führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beleuchteten Entwicklungen des Nationalsozialismus an der Universität, die Veränderungen in der Wissenschaft und wichtige Aspekte des geplanten Vernichtungskrieges. Viele besuchten die Podiumsdiskussionen zwischen ihnen. Zu den wichtigsten Ergebnissen zählten die Veröffentlichung der überarbeiteten Vorträge in einem zweibändigen Sammelband und ein Symposium am 28./29. Januar 2005 („Die Berliner Universität

42 Vgl. Anlage zum Schreiben an den Präsidenten der Humboldt-Universität vom 22. April 2005. Abschließender Ergebnisbericht der Arbeitsgruppe „Die Berliner Universität unter dem Hakenkreuz“. Teil 1: Aktivitäten der Arbeitsgruppe 2002–2005, Zit. 5, 8. Vgl. HU Archiv, 9878 (18. 6. 2004). Die Vizepräsidentin Prof. Dr. Anne-Barbara Ischinger beschrieb, auf welche Art und Weise die Universität in den vergangenen Jahren an den Generalplan Ost erinnert habe. Wichtig sei gerade die Arbeit der Studierenden. Auf deren Vorschlag hin gebe es im WS 2003/04 ein Stipendium für 30 Studierende und Doktoranden, die Nachkommen von NS-Opfern seien. Zudem wurde im Foyer der Humboldt-Universität zu Berlin am 6. April 2004 eine Ausstellung eröffnet, die einen längeren Zeitraum umfasste und auch einige Zwänge verdeutlichte, denen sich Schülerinnen und Schüler ausgesetzt sahen: „Vom Ausschluss zum Abschluss – Berliner Germanistinnen von 1900 bis 1945. Studienalltag und Lebenswege“. Vgl. Hechler, Pasternack, Traditionsbildung, 321–331.

und die NS-Zeit. Verantwortung, Erinnerung, Gedenken“).⁴³ **Z5**

Am 28. Mai 2002, dem 60. Jahrestag der Übergabe der wichtigsten Fassung des Generalplans Ost an den Reichsführer SS Heinrich Himmler, gab die Humboldt-Universität zwei öffentliche Stellungnahmen ab. Der Dekan der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, Prof. Dr. Uwe Jens Nagel, sowie der Präsident der Universität, Prof. Dr. Jürgen Mlynek, betonten die Mitschuld und die eigene Verantwortung für die Beteiligung am Vernichtungskrieg des Deutschen Reiches. Nagel griff auf die



Prof. Dr. Uwe Jens Nagel, Dekan der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät bis 2006, danach Vizepräsident für Studium und Internationales (Q44)

Erklärung des Fakultätsrats der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät zurück und machte unmissverständlich klar, dass die furchtbare Wirkung des Generalplans Ost erst durch die Arbeit der eigenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, deren Anbindung an den Nationalsozialismus und die Nähe von Konrad Meyer zum Reichsführer SS Heinrich Himmler verstanden werden könne.

*„Der Generalplan-Ost, an dessen Ausarbeitung Angehörige der damaligen Berliner landwirtschaftlichen Fakultät an herausragender Stelle beteiligt waren, zählt zu den schlimmsten Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Er wird vom Fakultätsrat der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät einhellig als schweres Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. [...] Ein solches Tun bildet die entscheidende und fruchtbare Voraussetzung für einen gewissenhaften und ehrlichen Erinnerungs- und Lernprozess. Anlässlich des heutigen Datums bitten wir öffentlich um Entschuldigung bei allen toten und noch lebenden Opfern, denen der verbrecherische Generalplan-Ost und seine Folgen unendliches Leid zugefügt haben und leisten dafür tief empfundene Abbitte. Den Hinterbliebenen versprechen wir, kompromisslos alle in unserem demokratischen Staatswesen gewährleisteten Möglichkeiten zu nutzen, damit sich ein solch menschenfeindlicher Missbrauch agrarwissenschaftlicher Erkenntnisse niemals wiederholen kann.“*⁴⁴

43 Vgl. https://www.geschichte.hu-berlin.de/en/forschung-und-projekte-en-old/foundmed/dokumente/forschung-und-projekte/ns-zeit/media/flyer_symposium.pdf.

44 **Z6** enthält die ungekürzte Stellungnahme. Diese Erklärung findet sich in deutscher, englischer, russischer und polnischer Sprache auf der Homepage der Fakultät.

Der Präsident Prof. Dr. Mlynek folgte in seiner Erklärung dieser Position. Letztlich sei die Entstehung des Konzepts des Generalplans Ost aber nur durch den Blick auf die Kooperation aller Fakultäten und die Zusammenarbeit vieler Menschen zu begreifen. Notwendig sei es, die Perspektive zu weiten, um zu erkennen, wie auch Opportunistinnen und Opportunisten im nationalsozialistischen Wissenschaftsbetrieb Verbrechen und Völkermord in Osteuropa begehen konnten: „Die

große Mehrheit [der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler] aber hatte sich mit dem Regime arrangiert und dadurch vielfach das Leid ihrer Kollegen mitverursacht. Manche aber setzten sich mit ihrer Arbeit auch an die Spitze der Bewegung und wurden zu aktiven Schmieden für die wahnwitzigen Weltherrschafts-Pläne der NS-Regierung. [...] Ich unterstütze sehr die Initiative der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, sich mit diesem Unrecht auseinander zu setzen und ich begrüße die Erklärung des Fakultätsrates, die Dekan Nagel vor wenigen Minuten verlesen hat. Gleichzeitig bekenne ich mich in meiner Funktion als Präsident der Humboldt-Universität zu der gesamtuniversitären Verantwortung, die wir beim Generalplan Ost zu tragen haben. Wir können sie heute nicht mehr sühnen, aber wir können uns ihrer bewusst werden und nicht aufhören, uns mit dem Thema zu beschäftigen und nach Wegen der Aufarbeitung zu suchen.“⁴⁵

Die Humboldt-Universität förderte in den folgenden Jahren mehrere Projekte, von denen die Arbeitsgruppe der Studierenden und die Ringvorlesung vielleicht die öffentlich bekanntesten sind. Wie eingangs erwähnt, zeigte die Universität vom 17. Januar bis 23. Februar 2008 auch die DFG-Ausstellung „Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten“. Sie entstand im Rahmen eines von Prof. Dr. Rüdiger vom Bruch (Berlin) und Prof. Dr. Ulrich Herbert (Freiburg) geleiteten Forschungsprojekts und zeichnete sich durch einen Katalog aus, der zentrale Entwicklungen mit Einzelbeispielen verknüpfte und so den Zugang erleichterte.

Daraufhin wurde diese Ausstellung mehrfach innerhalb Deutschlands gezeigt (etwa an den KZ-Standorten Bergen-Belsen und Mittelbau-Dora), und schließlich



Prof. Dr. Jürgen Mlynek, Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin von 2000 bis 2005 (Q45)

45 Ein längerer Auszug dieser Rede findet sich in 27.

auch im Ausland. Von besonderer Bedeutung war die Präsentation in Polen. Auf den Vorschlag des Präsidenten der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Michal Kleiber, hin kam die Ausstellung 2012 nach Warschau. Bald folgten die Städte Lublin, Breslau, Posen und Danzig. Die Schirmherrschaft für diese Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Völkermord übernahmen Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert und seine polnische Amtskollegin, die Parlamentspräsidentin Ewa Kopacz.

Zu den Rednern bei der Eröffnung in Warschau am 17. April 2012 zählten Prof. Dr. Ulrich Herbert und der polnische Historiker Dr. Łukasz Kamiński. Eine wichtige Besucherin war auch die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke). Vor ihrem Rundgang erklärte sie, dass die Ausstellung zunächst in Deutschland als „eine Erinnerung in eigener Sache“ begonnen habe und es nun eine Verpflichtung sei, diese Kriegsverbrechen und deren Voraussetzungen gerade in Polen zu zeigen. Diese Auffassung teilte auch ihr Kollege aus dem polnischen Parlament, Eugeniusz Grzeszczak. Denn die zukünftigen deutsch-polnischen Beziehungen müssten auf den „Grundpfeilern von Wahrheit und Offenheit stehen“. ⁴⁶

16. Bleibende Probleme und neue Perspektiven

Erklärungsbedürftig bleibt, warum die Humboldt-Universität nicht selbst eine Dokumentation vorlegte, vielleicht ebenfalls eine Wanderausstellung im In- und Ausland zeigte. Viele von denen, die für Menschenrechte, politische Kooperationen oder wissenschaftlichen Austausch eintraten, beklagten Grenzen und Blindstellen im Umgang mit dem Völkermord und dem Generalplan Ost. Bereits die

46 Vgl. Heinemann, Isabel, Wagner (Hg.), Wissenschaft, Planung, Vertreibung; und den Bericht aus dem Archiv des Deutschen Bundestages 2012: https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2012/38621988_kw16_pa_warschau-208312. Bereits am 13. März 2006 stellten die Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidrun Bluhm, Kersten Naumann und die Fraktion Die Linke im Bundestag eine „Kleine Anfrage“ zum Umgang mit dem Generalplan Ost durch die Bundesregierung (Deutscher Bundestag, Drucksache 16/973, 2). Drei zentrale Fragen lauteten: „Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung bisher die öffentliche Aufarbeitung des Generalplans Ost und welche weiteren Maßnahmen sind beabsichtigt, um diesen Plan und die damit verbundenen Verbrechen vor dem Vergessenwerden zu bewahren? Welche Forschungsvorhaben, Gedenkprojekte und weitere Initiativen werden dafür von der Bundesregierung in welchem Umfang gefördert? Sollten keine derartigen Maßnahmen geplant sein, warum nicht?“

erwähnte Arbeitsgruppe der Studierenden hatte sich in ihrem Abschlussbericht dafür ausgesprochen, ein Universitätsmuseum einzurichten. Hier sollten Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler und Studierende der breiten Öffentlichkeit Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus geben. Das genüge allerdings hinsichtlich des Generalplans Ost noch nicht, denn die Opfer hätten einen Anspruch auf symbolische Orte des Gedenkens oder auf bestimmte Denkmale.

Am 9. Mai 2008 wurde ein Denkmal zur Erinnerung an die Opfer des Generalplans Ost auf dem Gehweg des Berliner Kurfürstendamms 140–143 enthüllt, aber keines an der Humboldt-Universität. Die Stele markiert den Ort, an dem Verantwortliche im „Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums“ 1941–1942 weite Teile des Generalplans Ost entwickelten. Zu den Rednern gehörten der polnische Botschafter Dr. Marek Prawda und Prof. Dr. Andreas Nachama von der „Topographie des Terrors.“ Die Gedenkschrift auf Deutsch, Englisch, Polnisch und Russisch skizziert die Bedingungen dieses Völkermords.

Matthias Burchard vom „Verein zur Völkerverständigung mit Mittel-, Süd- und Osteuropa“ hielt diese Form des Gedenkens für unzureichend und sprach sich für eine Gedenktafel direkt am früheren Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik in Berlin-Dahlem aus. So lautete eine seiner vielen Erklärungen. Bereits bei der Eröffnung der genannten Ausstellung der DFG in Berlin am 17. Januar 2008 hatte Burchard eine Mahnwache vor dem Eingangsportal der Humboldt-Universität abgehalten. Neben öffentlichen Äußerungen gibt es eine ausführliche Korrespondenz mit Personen aus der Universität, in der Burchard deren Umgang mit dem Generalplan Ost als unzulänglich bewertete und ihnen wissenschaftliches Fehlverhalten vorwarf. Beispielsweise verfüge die Öffentlichkeit nicht mehr über eine vollständig erhaltene Fassung des Generalplans Ost, denn einige Seiten seien verschwunden, das Abgabedatum unrichtig. Unerklärlich sei es auch, dass der deutsche Originaltext nicht schon längst übersetzt und gemeinsam mit einer kritischen Analyse und einer öffentlichen Entschuldigung in zahlreichen Exemplaren nach Polen und Russland geschickt worden sei.⁴⁷

Ein wissenschaftliches Fehlverhalten im strengen Sinne seitens der Humboldt-Universität heute oder ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist in dieser Hinsicht nicht erkennbar, der Vorwurf einer Geschichtsfälschung unzutreffend. Dass der Forschung und der Öffentlichkeit nur eine unvollständige

47 Vgl. im HU Archiv die Akten 9878, 9880 (1998–2004), die Teile der Korrespondenz zwischen Herrn Burchard und der Humboldt-Universität enthalten; zudem Zeitungsartikel und Interviews in taz, 29. 5. 2008; taz, 18. 1. 2008; Junge Welt, 20./21. 4. 2002.



Zur Erinnerung an die Opfer des „Generalplan Ost“
 In memory of the victims of Generalplan Ost
 Pamięci ofiar Generalnego Planu „Wschód”
 В память о жертвах генерального плана «Ост»

Am Kurfürstendamm 140-143 befand sich ab 1939 das „Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums“, eines von zwölf SS-Hauptplätzen. Hier wurde 1941-1942 der „Generalplan Ost“ entwickelt. Der Plan sah vor, fünf Millionen Deutsche im annektierten Polen und im Westen der Sowjetunion anzusiedeln. Die slawische und jüdische Bevölkerung dieser Gebiete sollte unterworfen, vertrieben oder ermordet werden. Damit waren bis zu 50 Millionen Menschen durch Vernichtung durch unmenschlich harte Arbeitsbedingungen, durch Verhungern sowie durch Deportationen und Mord bedroht. Der „Generalplan Ost“ wurde im District Lublin in Polen am weitesten realisiert. Bei der angedachten „Eindeutschung“ der Kreise Zambrze und Lublin wurden ab November 1942 über 100.000 Menschen, darunter 10.000 Kinder, von SS-, Polizei- und Wehrmachtseinheiten aus 300 polnischen Dörfern vertrieben und viele von ihnen in Konzentrationslagern ermordet. Der „Generalplan Ost“ steht für den verbreiternden Charakter der nationalsozialistischen Politik und die Skrupellosigkeit der Täter. Allein der Vortrieb des Krieges hat dem Plan ein Ende gesetzt.

From 1939 onwards, Kurfürstendamm 140-143 was the headquarters of the Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums (Office of the Reich Germanization Commission) (Office of the Reich Germanization Commission), one of the twelve principal administrative offices of the SS. It was here that Generalplan Ost (General Plan East) was devised between 1941 and 1942. The plan involved resettling five million Germans in the annexed area of Poland and in the west of the Soviet Union. The Slavs and Jewish populations of these regions were to be subjugated, driven out or killed. Up to fifty million people were threatened by working conditions, starvation, deportation and non-



The map shows the planned Germanization zones under Generalplan Ost. The shaded areas represent the intended settlement zones for German colonists in Poland and the Soviet Union.

Im Jahre 2008 entstand eine Gedenkstele mit einer Inschrift auf Deutsch, Englisch, Polnisch und Russisch auf dem Gehweg des Berliner Kurfürstendamms 140-143 zur Erinnerung an die Opfer des Generalplans Ost (Q46)



Haus Kurfürstendamm Nr. 140 (Landesarchiv Berlin)
Kurfürstendamm no. 140 (photograph: District Archives of Berlin)
Dom przy Kurfürstendamm 140 (Archiwum Krajowe m. Berlina)
Курфюрстендамм 140 (фото: Земельный архив, Берлин)

Diese Detailaufnahme auf der Gedenkstele zeigt das Gebäude (Kurfürstendamm Nr. 140), in dem Verantwortliche weite Teile des Generalplans Ost entwickelten (Q47)

Fassung des Generalplans Ost bekannt sei, wird von allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich damit beschäftigen, bestritten. Ein wichtiger Aspekt ist aber, dass viele Opferorganisationen und deren Vertreterinnen und Vertreter etwa aus Polen einen Diskurs über den Generalplan Ost vertiefen und fortsetzen wollen. Auch heute noch mahnen einige deutsche Politikerinnen und Politiker die Humboldt-Universität, neue Übersetzungen des Generalplans Ost nach Osteuropa zu senden, Kontakte mit Hinterbliebenen zu knüpfen und sich ihrer Rolle bei der Entstehung des Generalplans Ost zu stellen. Gleiches gilt für Personen der Kirche oder Studierende, die es im Sinne der Menschenwürde und der Verantwortung als notwendig erachten, die Erklärungen beziehungsweise das Schuldeingeständnis der Universität auch im Ausland vielen Menschen zu vermitteln.

Untersucht man den Umgang mit dem Generalplan Ost an der Humboldt-Universität nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, ergibt sich ein Spannungsfeld. Auf der einen Seite weiß man manches über die Verantwortlichen, ist eine Reihe von Dokumenten erschlossen, sind Einzelheiten bekannt und auch größere Entwicklungen erforscht. Auf der anderen Seite aber sind die Wissenslücken gewaltig und die Kooperation und wechselseitige Radikalisierung der Akteurinnen und Akteure oft nur im Ansatz erkennbar. Die Interessen und Handlungen des Präsidiums oder der jeweiligen Fakultäten sollten viel genauer untersucht werden. Selbst der Austausch einzelner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit ihren Vorgesetzten, Kolleginnen und Kollegen bleibt oft im Dunkeln. Es fehlen Studien dazu, ob und inwieweit die Leitung der Universität oder einzelne Fakultäten sich mit Politikerinnen und Politikern oder mit Juristinnen und Juristen über ihre eigenen Ziele austauschten. Die Forschung sollte in dieser Gewaltgeschichte die Täterinnen und Täter, die Opfer und vor allem die Vernetzung zwischen Wissenschaft und Politik schärfer als bislang analysieren.⁴⁸

Die öffentliche Beurteilung des Generalplans Ost und der Handlungen der Humboldt-Universität zu Berlin im und nach dem Zweiten Weltkrieg ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Diese Geschichte ist einzubetten in Fragen der Wissenschaft, der Bildung und der ethischen Verantwortung in der Gegenwart. Es geht um den Austausch, genau genommen um die Abhängigkeit zwischen Wissenschaft und akademischem Betrieb einerseits und der politischen Führung und dem Staat andererseits. Die Aufgabe ist es, Aspekte davon zu erkennen, warum und auf welche Art und Weise herausragende Experten in Berlin ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und die Infrastruktur der Universität nutzten, um einen Völkermord in Osteuropa zu planen. Zudem muss der Umgang der Universität mit dieser Gewaltgeschichte langfristig aufgearbeitet werden.

Die Humboldt-Universität ist ihrem Anspruch nach ein Ort der Vermittlung. Das zielt nicht nur auf Studierende, sondern auch auf viele Bürgerinnen und Bürger, Vertreterinnen und Vertreter von Forschung, Wirtschaft, Kirche oder anderen Institutionen. Von besonderer Bedeutung ist auch der internationale Austausch von Wissen und Verantwortung. Es geht mithin nicht nur um Ge-

48 Vgl. zu den Potenzialen und Problemen moderner Wissenschaft Raphael, Lutz, Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft: Weltanschauungsselektion und Humanwissenschaftler im NS-Regime, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), 5–40; sowie Oehler-Klein, Sigrid, Roelcke, Volker (Hg.), *Vergangenheitspolitik in der universitären Medizin nach 1945. Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus*, Stuttgart 2007; Keil, Johannes, *Und der Zukunft zugewandt? Die Weiterbildung an der Humboldt-Universität zu Berlin 1945–1989*, Leipzig 2014.

denk- und Erinnerungsformen in der Beurteilung des Nationalsozialismus und des Generalplans Ost. Vielmehr sollten Universitäten Menschen helfen, den heutigen Zuwachs an radikalen politischen Bewegungen, den Rassismus und den Antisemitismus in Deutschland deutlicher zu erkennen. Das würde nicht automatisch zu gemeinsamen Handlungen und politischen Erfolgen führen. Doch selbst unterschiedliche Bewertungen dürften die Bedeutung der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wie mit dem Rechtsradikalismus stärken. Die bis in die Gegenwart hineinreichende Geschichte des Generalplans Ost ist erklärungsbedürftig und bleibt daher handlungsbedürftig.⁴⁹

49 Vgl. Jureit, Ulrike, Schneider, Christian, *Gefühlte Opfer: Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*, Stuttgart 2010; die Beiträge in Bauer, Joachim, u. a. (Hg.), *Ambivalente Orte der Erinnerung an deutschen Hochschulen*, Stuttgart 2016; Wirsching, Andreas, u. a. (Hg.), *Erinnerung an Diktatur und Krieg. Brennpunkte des kulturellen Gedächtnisses zwischen Russland und Deutschland seit 1945*, München 2015; Hechler, Pasternack, *Traditionsbildung*, 432–453; Jarausch, Konrad H., *Sparauflagen und Neuprofilierung – die Entwicklung seit 1994*, in: ders., Middell, Vogt (Hg.), *Geschichte der Universität*, Bd. 3, 657–690; Kocka, Jürgen, Mayntz, Renate (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung: Disziplinen im Umbruch*, Berlin 1998.

Zusätzliche Quellen

Dieser Abschnitt enthält sieben zusätzliche Quellen, von denen im Text oft mehrfach die Rede war und deren Bedeutung für die Geschichte des Generalplans Ost außer Frage steht. Diese konnten dort allerdings nicht eingehend zitiert werden, weil sie schlichtweg zu lang sind. Ausführliche Zitate hätten den Zugang an den jeweiligen Stellen wahrscheinlich erschwert. Doch diese Quellen lohnen sich, weil durch sie manche Argumente und Interessen der Akteure deutlicher werden. Zu den Dokumenten zählen etwa die Reden zweier Präsidenten der Humboldt-Universität zu Berlin, Briefe von Konrad Meyer und Auszüge aus dem Generalplan Ost selbst (Z 3).

Z1 Verweis von Seite 7

**Prof. Dr. Christoph Marksches,
Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin**

Vortrag zur Eröffnung der Ausstellung „Wissenschaft, Planung,
Vertreibung“ am 27. September 2006, gekürzt

Der vollständige Text der Rede findet sich unter:
https://www.hu-berlin.de/de/ueberblick/geschichte/rektoren/marksches/rede/rede_generalplan

Die genannte Ausstellung nahm die Rolle der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Kontext der deutschen Siedlungspolitik im Zweiten Weltkrieg in den Blick. Prof. Dr. Marksches verwies in seinem Vortrag auf die enge Zusammenarbeit zwischen der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. 1936/37 war Konrad Meyer auch deren Vizepräsident. Notwendig sei es, nicht nur die Entstehung eines Netzwerks zwischen zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen, sondern auch die Mitfinanzierung des Generalplans Ost zu untersuchen. Marksches räumte offen ein, dass die Humboldt-Universität zu Berlin sich berechtigten ethischen, politischen und wissenschaftlichen Vorwürfen stellen müsse. Die Verantwortung der Institution und die ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Generalplan Ost lasse sich heute nicht mehr ausblenden.

Die Universitäten und ihre nationalsozialistische Vergangenheit. Von den Chancen eines erneuerten Umgangs mit Geschichte

Wer, verehrter Herr Präsident Winnacker, sehr geehrter Herr Kollege Stern, meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Eröffnung einer Ausstellung unter dem Titel „Wissenschaft. Planung. Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten“ scheinbar ganz allgemein über die Universitäten und ihre nationalsozialistische Vergangenheit zu sprechen beabsichtigt, sollte eingangs wenigstens kurz begründen, warum er das tut. Nun werden Sie von einem Theologen und Kirchenhistoriker, der sich hauptsächlich mit der Antike beschäftigt, ohnehin keine Fachbeiträge zum sogenannten „Generalplan Ost“ erwartet haben, dürfen aber mindestens voraussetzen, daß sich der Redner über den Forschungsstand zu diesem bedrückenden Thema einigermaßen kundig gemacht hat – allzumal deswegen, da er seit neun Monaten der Präsident einer Einrichtung ist, an der seinerzeit mit hohem finanziellen und personellen Aufwand mit solchen Planungen die Germanisierung Osteuropas vorbereitet wurde. Während sich der Altkirchenhistoriker zur Vorbereitung dieses Vortrags in die Literatur zum sogenannten „Generalplan Ost“ eingesehen hat, wurde ihm immer deutlicher, daß die mindestens ihn brennend interessierende Frage, warum eigentlich Wissenschaftler der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität an solchen Planungen mitwirkten, in der Literatur kaum gestellt und, falls sie doch implizit auftaucht, eher nachlässig beantwortet wird. Wer die auf den ersten Blick so naive Überlegung, was sich aus den Katastrophen der deutschen Wissenschaft für die Gegenwart lernen läßt, noch nicht völlig sistiert hat und versucht, sich mit dieser Überlegung seiner geschichtlichen Verantwortung zu stellen, muß doch nach dem Besuch einer solchen Ausstellung eben dies für die Leitfrage seiner eigenen Beschäftigung mit diesem düsteren Kapitel der Geschichte deutscher Agrarwissenschaft und Osteuropaforschung halten: Wieso beteiligten sich Wissenschaftler an derartig verbrecherischen Planungen wie Planungen und warum glitten diese Forscher mit ihren Forschungen in die eindeutige Amoralität ab?

Einer Antwort auf diese schwierige Frage nähern wir uns in drei Schritten: Zunächst einmal werfen wir nochmals einen Blick auf die Texte, die gewöhnlich unter der Überschrift „Generalplan Ost“ rubriziert werden, um so die reichlich allgemeine Formulierung „Ableiten in die Amoralität“ zu präzisieren. Sodann wenden wir uns Wissenschaftlern der Berliner Universität zu, vor allem dem bereits von Frau Heinemann erwähnten Konrad Meyer, um erste Bausteine eines Inventars der Motive für das Ableiten in die Amoralität zusammenzustellen, mithin unsere Frage nach dem ‚Warum‘ zu beantworten. In einem dritten und

letzten Abschnitt werde ich dann fragen, ob diese Erkundungsgänge irgendwelche Konsequenzen für gegenwärtige Probleme einer Ethik in den Wissenschaften haben – denn ich möchte ja weniger einen fachwissenschaftlichen Beitrag zu einer Physiognomie des deutschen Professors im zwanzigsten Jahrhundert liefern, für den ein Altkirchenhistoriker auch kaum berufen ist, sondern einen Beitrag zu einem erneuerten Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der deutschen Universität. [...]

1. Nun aber zunächst noch einmal zu den verschiedenen Texten, die unter dem Stichwort „Generalplan Ost“ zusammengefaßt werden. Diese Entwürfe einer radikalen „Germanisierung“ der eroberten Ostgebiete durch Vertreibung oder Versklavung der Bevölkerung Osteuropas und durch eine massive neue deutsche Ostkolonisation stammen in ihren verschiedenen Fassungen aus der Hand unterschiedlicher Personen wie Behörden, wie zuletzt Isabel Heinemann dargestellt hat. [...] Alle diese Texte sind durch Statistiken und Zahlen geprägt, durch statistische Angaben über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, ihre Sozialstrukturen, über Größe und Ausstattung der geplanten landwirtschaftlichen Betriebe und die vorgesehenen gigantische Umsiedlungsbewegungen sowie Zielvorgaben für die (wie es verharmlosend heißt) „Evakuierung“ von Juden und Slawen, die im Detail allerdings stark differieren – ein polnischer Historiker hat die verschiedenen Planungsstufen und Entwürfe als „eine riesige Kostenkalkulation“ charakterisiert. Die verschiedenen, voneinander differierenden Aufstellungen wirken allerdings nur auf den ersten Blick unscheinbar, in Wahrheit geht es in diesen Texten um die Deportation und mutmaßlich damit auch um die Vernichtung von dreißig bis vierzig Millionen sogenannter „rassisch unerwünschter“ Menschen, um die dadurch ermöglichte Ansiedlung von einigen Millionen Deutscher, Holländer und Norweger, die als Bauern tätig sein sollten, und die lebenslange Erniedrigung von vierzehn Millionen Slawen, die als moderne Sklaven der neuen „germanischen“ Bevölkerung zu Diensten stehen sollten – ein Vergleich mit dem großen Völkermord an den Juden scheint auf den ersten Blick nahe zu liegen, verbietet sich aber angesichts der großen Unterschiede. Um nur einen wichtigen zu nennen: Die „Beseitigung“ der Juden wurde sofort in Angriff genommen, während die Aussiedlung der nichtjüdischen, slawischen Bevölkerung Osteuropas nur stellenweise begann, für einen Zeitraum von zwanzig bis dreißig Jahren nach dem siegreichen Ende des Krieges vorgesehen war und wegen der militärischen Lage nur in Ansätzen realisiert werden konnte; Bruno Wasser hat die seit 1942 in Warschau und im südöstlichen Teil des Generalgouvernements modellhaft vorgenommenen Aus-

siedlungen der polnischen Bevölkerung in Sammellager und die sogenannte „Umvolkung“ von Neusiedlern beispielsweise aus dem Baltikum von vor einigen Jahren untersucht. [...]

2. Von einem „Abgleiten in die Amoralität“ bei Meyer spreche ich, weil schon die Radikalität, mit der hier die Vertreibung angestammter Bevölkerung, die Eindeutschung verbliebener Reste und die Versklavung eines weiteren übriggelassenen Restes zur schlichten Voraussetzung aller Planung gemacht wurde, nur als amoralisch bezeichnet werden kann, erst recht die vorgeschlagenen Maßnahmen selbst – mir scheint eine solche Charakterisierung übrigens auch keine „platte Moralisierung“, vor der man sich selbstverständlich als Historiker hüten sollte. Der von Meyer und den anderen Wissenschaftlern vorgeschlagene Umgang mit den besiegten Nachbarvölkern erschüttert und erinnert vor allem durch die völlig nüchterne, technische sprachliche Form, die in den Texten für Himmler verwendet werden, wieder an die Texte zur sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ – genauer: an die entsprechenden bürokratischen Formulierungen des Protokolls der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942; rücksichtslose Vernichtung von Menschen im Gewand von Bürokratendeutsch. [...]

Zunächst und zum ersten war ein zentrales Charaktermerkmal der Arbeit Meyers, daß ihm seit 1933 zunehmend außerordentlich umfangreiche menschliche und finanzielle Ressourcen zur Verfügung standen, die es ihm erlaubten, ohne Rücksicht auf die gewöhnlichen Mühen und Hindernisse Forschung wie Forschungspolitik in großem Maßstab zu betreiben und die Ergebnisse seiner Forschung in konkrete Politik umzusetzen. Die Verführung, ohne große Mühe und ohne nachhaltige Kontrolle alles erforschen zu können, was man schon immer erforschen wollte, besteht vermutlich für Forscher aller Zeiten und Systeme. Bedenkt man zudem, daß Hitler, wenn er auf den deutschen Professor blickte, auf das „durchschnittliche Spatzengehirn einer deutschen, wissenschaftlich ... höchst gebildeten Schreiberseele“ herabblickte und ihm darin viele Parteigänger folgten, dann bedeutete der Zuwachs an Geld, Kapazität und wissenschaftspolitischer Verantwortung für Meyer zugleich eine nicht unerhebliche Stabilisierung seiner Position im nicht sonderlich angesehenen Amt eines Hochschullehrers im neuen Staat. Meyer verstand sich ganz im Sinne des Ideals eines nationalsozialistischen Hochschullehrers nicht als reiner Schreibtischgelehrter, sondern war dem Ideal einer „tätigen, politisch relevanten Wissenschaft“ verpflichtet. [...]

Zum zweiten muß sich klarmachen, daß die Mentalität Konrad Meyers stark von einem vormodernen Konzept eines „gesunden Bauernstandes“ geprägt war, das er angesichts der schweren ökonomischen Krise der Landwirtschaft in den

zwanziger Jahren als Gegenmodell für den Agrarsektor ausbildete und zunehmend verfestigte. Der Berliner Ordinarius legte immer großen Wert darauf, „aus bäuerlicher Landwirtschaft“ Niedersachsens zu stammen und sein Vater einen kleinen Bauernhof bewirtschaftete. Er selbst hatte vor dem Studium in Göttingen anderthalb Jahre auf einem Bauernhof gearbeitet und war auch noch nach seinem Examen in der Landwirtschaft praktisch tätig. Meyer sah offenbar im Nationalsozialismus einen Bündnispartner zur Wiederherstellung dessen, was er „gesundes Bauerntum“ nannte, einen Weg, den Niedergang der Landwirtschaft in der modernen Industriegesellschaft zu stoppen – jedenfalls äußert er sich in seiner erwähnten Antrittsrede vor der Preußischen Akademie der Wissenschaften entsprechend und führt hierauf auch die Verlagerung seines Forschungsschwerpunktes von Problemen der Pflanzenzüchtung auf agrarwissenschaftliche Studien und Grundsatzfragen zurück. [...]

Schließlich wird zum dritten auch nicht wegdiskutieren können, wie stark Meyer sich über den berufsspezifischen Bereich der Landwirtschaft hinaus auf die nationalsozialistische Ideologie eingelassen und sie zur Grundlage seiner Forschung wie Planung gemacht hat. [...] Man kann also zusammenfassend sagen, daß [...] die Tradition der Politikabstinenz deutscher Professoren, eine fatale Nebenwirkung des Postulates der Wertfreiheit von Wissenschaft, nicht einschlägig ist – „unpolitisch“ kann man Konrad Meyer oder Erich Seeberg sicher nicht nennen und in seiner dezidiert politischen Haltung lagen sicher auch zentrale Gründe für die Amoralität seiner Forschungen wie Planungen. [...]

3. Die Überlegung, was sich aus Katastrophen der deutschen Wissenschaft wie beispielsweise der Arbeit am sogenannten „Generalplan Ost“, oder etwas genereller gesagt: was sich aus dem Abgleiten der deutschen Universität in die Amoralität für die Gegenwart lernen läßt, kann schnell auf naive Vergleiche oder platte Moralisationen führen. [...] Mir scheint, daß die sorgfältige Analyse der Motive von Wissenschaftlern deutscher Universitäten, die durch ihre Forschungen wie Planungen in die Amoralität abglitten, auf mindestens drei konkrete Zusammenhänge führt, die für die Gegenwart Bedeutung haben.

Erstens zeigt eine Analyse der Person Konrad Meyers oder auch Erich Seebergs, daß insbesondere die begabten Wissenschaftler in einem Wissenschaftssystem leicht verführt werden können. Wer plötzlich über eine Fülle von Macht oder von Geld verfügt und plötzlich alles tun kann, was er immer schon tun wollte, wirft unter Umständen alle Bedenken über Bord, die ihn vor schlechter Wissenschaft und vor dem Abgleiten in amoralische Forschungen und Planungen bewahren könnten. [...] Mir scheint daher eine wichtige erste Konsequenz

aus der historischen Analyse der deutschen Universität im Nationalsozialismus, daß wir diese lebensweltliche ethische Intuition pflegen und so wenigstens verführungsresistenter machen, wenn es schon keinen endgültigen Schutz vor Verführung gibt. [...]

Zweitens scheint es angesichts der spezifischen Bedeutung, die für Konrad Meyers Abgleiten in amoralische Forschung wie Planung dessen sehr konservative Form einer Theorie des Bauernstandes hat, sinnvoll, die spezifische Anfälligkeit einzelner Disziplinen – meinetwegen auch: Verführbarkeit von Wissenschaftlern bestimmter Disziplinen – zu diskutieren. [...] Wollte man allgemeinere Konsequenzen aus der Flucht des Agrarwissenschaftlers Meyer vor den Konsequenzen der modernen Industriegesellschaft für die Landwirtschaft ziehen, dann müßte man vermutlich nach dem spezifischen Verhältnis bestimmter Disziplinen zur Neuzeit, ihren Kosten und Leistungen, fragen. [...]

Der dritte und mir wichtigste Zusammenhang ist die mangelnde Ideologieresistenz der deutschen Universitätswissenschaften im zwanzigsten Jahrhundert. Meyer oder Seeberg sind nur Beispiele dafür, wie bestimmte anfängliche wissenschaftliche Affinitäten zu einzelnen Elementen der nationalsozialistischen Ideologie dazu führten, daß das gesamte ideologische System übernommen wurde. Wachsam gegenüber solchen Ideologisierungen zu sein, scheint mir – da die meisten Menschen, die amoralische Forschung wie Planung nationalsozialistischer oder nationalsozialistisch kontaminierter Wissenschaft geschädigt oder beschädigt überlebt haben, längst gestorben sind, auch die eigentliche Verpflichtung der deutschen Universität, die eigentliche Lehre aus dieser bitteren Vergangenheit zu sein. [...]

Mir scheint, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die beste Art, heute gegenüber der Ideologisierung von Wissenschaft wachsam zu sein, die möglichst präzise Analyse historischer Vorgänge und das ehrliche Bekenntnis eigener Schuld ist. Insbesondere die Humboldt-Universität zu Berlin hat beides, Analyse und Schuldbekenntnis, längst noch nicht im nötigen Umfang unternommen, wie Rüdiger vom Bruch in seinem Beitrag zu einem einschlägigen Sammelwerk zeigt. Vor 1989 glaubte meine Universität, durch eine „antifaschistisch-demokratische Erneuerung“ der Universität einen Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen zu haben. Mir scheint aber geradezu im Gegenteil, daß wir durch eine präzise Analyse dieser bitteren Vergangenheit unserer Alma Mater Berolinensis immer deutlicher erkennen, daß es einen solchen Schlußstrich nicht geben kann und auch gar nicht geben darf: Denn durch solche Analyse erkennen wir, daß die Gefahr, daß ein Wissenschaftler, eine Wissenschaftlerin in amoralische Forschung abgleitet, ja nicht nur in einem totalitären System

besteht. Von der Macht und vom Geld können wir alle verführt werden, einzelne Disziplinen sind bis auf den heutigen Tag besonders anfällig und mit der Ideologieresistenz der deutschen Universitätswissenschaft war es auch nach 1945 nicht immer zum Besten bestellt.

Z 2 Verweis von Seite 30

Auszüge aus Konrad Meyers autobiographischen Aufzeichnungen

Zitiert nach: Meyer, Bettina, SS-Nr. 74695. Eine biographische Annäherung an meinen Großvater Prof. Konrad Meyer, der 1947 im 8. Nürnberger Nachfolgeprozess als Hauptverantwortlicher des sogenannten „Generalplans Ost“ angeklagt wurde, Starnberg 2014

Bevor Konrad Meyer 1973 starb, konnte er seine Autobiographie, die den Zeitraum von 1901 bis 1948 abdeckt, fast abschließen. Sie wurde nicht veröffentlicht und blieb nur in seiner Familie bekannt. In der Familie achtete man ohnehin darauf, keine Einzelheiten seines Lebens zu nennen und die Öffentlichkeit zu meiden. Erst Konrad Meyers Enkelin Bettina Meyer entschied sich dafür, ein Buch über ihren Großvater und seine Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus zu schreiben. Sie nutzte seine Aufzeichnungen und zitierte aus ihnen. Es ist kaum überraschend, dass Konrad Meyer in seiner autobiographischen Skizze seine Handlungen und die seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter niemals in Frage stellt. Er beschreibt den Generalplan Ost auch lange nach dem Zweiten Weltkrieg als brillante Leistung von „meinem Universitätsinstitut“. Die landwirtschaftliche Forschung habe versucht, ihre wissenschaftlichen Konzepte als Mittel zur Verteidigung Europas gegen den Ansturm der sowjetischen Armee einzusetzen. Zudem geht er auf die persönliche Nähe zu seinem SS-Kameraden Heinrich Himmler ein.

Meyer, S. 95 f.: „Es scheint mir daher um der historischen Wahrheit willen notwendig zu sein auf das von mir namentlich gezeichnete Schriftstück aus dem Sommer 1942 näher einzugehen. Welche Konzeption lag also meiner Ausarbeitung zugrunde? War sie aus damaliger Sicht auch utopisch? Ich betone ausdrücklich: Aus der Sicht der damaligen Zeit, als das Großdeutsche Reich gesichert schien, die ehemals deutschen Ostprovinzen dem Reich zurückgewonnen waren und unser Kampf dem vereinigten Europa als Abwehr gegen den vom Osten anbrandenden Bolschewismus galt. Der Sieg der deutschen Waffen bot die geschichtlich einmalige Chance, die volkliche Gemengelage zwischen Deutschen und Polen durch planmäßige Umsiedlungen zu bereinigen und durch ein langfristiges Landentwicklungsprogramm die ‚Teufelsgrenze‘ im Osten, die immer wieder in der Geschichte Konfliktstoff geboten hatte, endgültig abzubauen. Der heutigen Generation unseres engen Bundesdeutschland mögen solche Überlegungen als unrealistisch und großsprecherisch erscheinen. Sie entbehrten bei einem Sieg Deutschlands oder bei einem militärischen Remis keineswegs realer Grundlagen. Wir Älteren, die wir noch an jener Zeit mitbauen durften, haben daher die Pflicht, den Kindern und Enkeln zu hinterlassen, was uns damals an Hoffnungen und Erwartungen bewegte und was durch die militärische Niederlage, aber auch zum Teil durch eigenes politisches Verschulden, an Zukunftsmöglichkeiten verloren ging.“

Meyer, S. 100: „Dieser Arbeitsauftrag enthielt so viel Hypothesen, dass ich ihn nicht von meinem Planungsamt, sondern meinem Universitätsinstitut als wissenschaftliche Untersuchung in Angriff nahm. So setzen zum Beispiel eine Erschließung und Nutzbarmachung der Krim die Lösung des Bewässerungsproblems, die des Ingermanenlandes Bodenverbesserungen, insbesondere durch Entwässerung und Änderungen in der Flächennutzung voraus. Hinzu kam der militärische Sicherheitsgedanke, für den sich, soweit es das für Versorgungszwecke notwendige landwirtschaftliche Hinterland betraf, eine Art Wehrsiedlung mit Siedlergemeinschaften, ähnlich den heutigen Kibbuzim [sic] in Israel anbot.“

Meyer, S. 102 f.: „Soviel also zum wichtigsten Sinn und Inhalt meiner Untersuchungen. Da im Leben der Völker der Sieger immer Kläger, der Besiegte der Angeklagte zu sein scheint, sind auch dieses Schriftstück und sein Verfasser von Schmähungen nicht verschont geblieben ...

Gewiss, die vorgelegte Plankonzeption setzte größere Umsiedlungen voraus. Es mögen in den ersten Kriegsmonaten, als mitten im kalten Winter für die mehr als 200 000, aufgrund der Moskauer Verträge ins Reich heimkehrenden vorwiegend bäuerlichen Volksdeutschen aus Wolhynien, Galizien, dem Narew- und Lublingegebiet schnell Unterkünfte geschafft werden mussten, bei den Evakuierungen wohl auch mal Eigenmächtig-

keiten einiger provisorisch eingerichteter unterer Dienststellen und gelegentlich Miss-handlungen vorgekommen sein. Damals herrschten harte Kriegsbedingungen. Spätere Absiedlungen, wie sie nach Errichtung einer deutschen Zivilverwaltung erfolgten, voll-zogen sich aber in einem human geregelten Verfahren. Auch spätere Entschädigungen waren vorgesehen.“

Meyer, S. 116: „Hier gebietet es die Wahrheit, dass Himmler nicht einfach die ihm vorgelegten Entwürfe unterschrieb, sondern jedes Mal mich ins Hauptquartier befahl und mit mir Satz für Satz den Text durchging. Wir haben dann oft um die richtige Formulierung gemeinsam gerungen. Diese Besuche dauerten oft mehrere Tage, an denen ich meistens erst spät abends zum Vortrag kam und tagsüber das Kommen und Gehen in seinem Sonderzug ‚Heinrich‘ beobachten konnte. Die Ostkolonisation war ein besonderes Anliegen Himmlers. Wenn ich dann in später Nacht bei ihm vorge-lassen wurde, war ihm die Aussprache über die zukünftige Gestaltung der Ostgebiete eine Art Erholung von den drängenden Tagesaufgaben und -entscheidungen. Ich habe an solchen Abenden, in denen ich mit ihm allein war und er auch gelegentlich eine Flasche Rotwein auftragen ließ, manche sympathischen menschlichen Züge an diesem grundsatzstrengen Mann, über dessen Charakterbild heute die düstersten Schatten lagern, festgestellt. Das ‚Dämonische‘ in ihm ist mir bei allen meinen persönlichen Begegnungen verborgen geblieben.“

Z 3 Verweis von Seite 34

Auszüge aus: Generalplan Ost

Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues, Juni 1942, maschinenschriftliches Dokument, Original, BA Berlin, R 49/157a

Das ganze Dokument ist im Faksimile verfügbar. Hier finden sich folgende Auszüge: Titelblatt, S. 2–8 und S. 84, 86–96.

Quelle:
<https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/4922bf06-9b50-4ef7-ac9b-bcb4bo2dc2c8/>

Diese maschinenschriftliche Fassung des Generalplans Ost entstand im Juni 1942. Unmittelbar nach dem Angriff des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion beauftragte Reichsführer SS Heinrich Himmler am 24. Juni die Planungsabteilung des RKF, ein präzises Konzept zur Besiedlung Osteuropas zu erarbeiten. Die Experten vermengten wissenschaftliche Präzision mit Siedlungspolitik und Größenwahn. In den Vorlagen grassierte der Begriff „Generalplan Ost“, bevor es einen genauen Inhalt gab. Die erhaltenen Materialien ermöglichen es nicht immer, deren Autoren oder deren Herkunft festzustellen. Kein Zweifel besteht aber an der Maßgabe für das Gesamtkonzept, wonach Osteuropa unter deutscher Herrschaft ohne Rücksicht auf die Bevölkerung umstrukturiert werden müsse. Ziel war eine unabhängige Versorgung mit Lebensmitteln. Etwa 14 Millionen Zwangsarbeiter sollten den deutschen Siedlern helfen, ihre neue Welt aufzubauen. Obwohl man die Planungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 offiziell einstellte, wurden Teile der Konzepte vor allem im besetzten Polen grausame Realität.

R 49/157A
D01

Generalplan Ost

Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen
des Ostaufbaues.

EHP VII-66-C-N-2/20

vorgelegt von
H-Oberführer
Professor Dr. Konrad Meyer
Berlin-Dahlem, Juni 1942

Inhaltsverzeichnis

2
R-49/157A
002

Teil A

Forderungen an eine künftige Siedlungsordnung

I. Ländliche Siedlung	Seite	1
II. Städtische Siedlung	"	13
III. Schaffung von Siedlungsmarken	"	17

Teil B

<u>Überblick über die Kosten des Aufbaues der eingegliederten Ostgebiete und ihre Aufbringung.</u>	Seite	25
--	-------	----

I. Aufbaukosten.

1) Tabelle: Gliederung der Aufbaukosten		
2) Erläuterungen zur Tabelle	"	29

II. Finanzierung.

1) Darlegung der Finanzierungsmöglichkeiten	"	42
2) Tabelle: Verteilung der Aufbaukosten auf einzelne Träger.		
3) Erläuterungen zur Tabelle.	"	52

III. Aufbauprogramm.

1) Tabelle: Der Arbeitseinsatz auf den Baustellen in seinem Zeitablauf.		
2) Tabelle: Zeitplan für die Aufbringung der erforderlichen Geldmittel.		
3) Erläuterungen zu den Tabellen III.1,2.	"	61

Anhang: Menschenbesatz für die Eindeutschung in den eingegliederten Ostgebieten.	"	69
--	---	----

Teil C

Abgrenzung der Siedlungsräume in den besetzten Ostgebieten und Grundzüge des Aufbaues.

I. Karte: Siedlungsgebiete und Stützpunkte im Ostraum.

II. Tabelle: Siedlerbedarf und Aufbaukosten in den Siedlungsgebieten und Stützpunkten im Ostraum (ohne Polizei und Wehrmacht)

III: Erläuterungen zu I. und II.

Seite 73

3
R 49/157A
003

Teil A

Forderungen an eine künftige Siedlungsordnung.

I. Ländliche Siedlung.

Allg. Leitgedanken.

Die deutschen Waffen haben die in Jahrhunderten immer wieder umstrittenen Ostgebiete endgültig dem Reiche gewonnen.

Das Reich erblickt nunmehr seine vornehmste Aufgabe darin, diese Gebiete innerhalb kürzester Frist zu vollwertigen Reichsgauen auszubauen. Die erste Voraussetzung hierfür bildet die ländliche Siedlung und die Schaffung eines gesunden Bauerntums.

Für eine deutsche Siedlungsordnung haben folgende allgemeine Gesichtspunkte zu gelten:

- a) Zur Durchführung dieser größten Siedlungsaufgabe ist eine von der Volkskraft bestimmte Abgrenzung der Siedlungsgebiete notwendig. Vorschlag hierzu enthält Teil C., S. 71.
- b) Das Gelingen des Siedlungswerkes wird auf Grund der bisherigen Erfahrungen entscheidend davon abhängen, daß in allen Siedlungsgebieten eine einheitliche Befehlsgewalt geschaffen wird.

In den bereits eingegliederten Ostgebieten ist die Lenkung und die Aufsicht über die Durchführung des Siedlungsaufbaus dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums zu übertragen.

Die weiteren Siedlungsgebiete sind als Marken des Reiches aus ihrem bisherigen staatsrechtlichen Territorialverband auszugliedern und für die Dauer des Aufbaus der Hoheitsgewalt des Reichsführers^{4/4} zu unterstellen. Vorschlag hierzu enthält A. III. In den die Marken verbindenden Siedlungsstützpunkten (vergl. Teil C) gilt das oben für die eingegliederten Ostgebiete Gesagte.

- c) Die vorliegenden Grundsätze für die Durchführung des Siedlungswerkes gehen davon aus, daß dem Reich, vertreten durch den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, die ausschließliche Verfügungsgewalt über den gesamten zu Siedlungszwecken anfallenden Grund und Boden in den Ostgebieten zusteht.
- d) Für die Siedler gelten die Grundsätze der Neubauernauslese unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die von der^{4/4} bei der rassischen und erbbiologischen Auslese gemacht sind.

- e) Grund und Boden wird als Eigentum besonderen Rechts verliehen. Die Ansetzung der Siedler erfolgt durch Belehnung in der Form des Zeitlehens, das in ein Erblehen und schließlich in Eigentum besonderen Rechts übergeht.
- f) Das Siedlungseigentum unterliegt den allgemeinen, im deutschen Bodenrecht begründeten Beschränkungen. Hierdurch werden Bodenspekulation, Überschuldung und unerwünschte Zersplitterung bäuerlichen Besitzes unterbunden.

Es kommt in den neu aufzubauenden Gebieten in erster Linie darauf an, das Recht des Siedlungseigentums hinsichtlich Vererbung, Belastungsfähigkeit und Veräußerbarkeit auf eine rasche Entwicklung der bäuerlichen Agrarverfassung zum Zwecke der Festigung deutschen Volkstums auszurichten. Die Schaffung eines Eigentums besonderen Rechts im Siedlungsgebiet erscheint daher im Interesse des Siedlungsforgangs dringend geboten und entspricht geschichtlicher deutscher Siedlungsgepflogenheit.

Das im Altreich geltende Reichserbhofgesetz dient vornehmlich der Erhaltung bereits vorhandenen bäuerlichen Eigentums und scheidet daher als Rechtsordnung einer Landnahmeverfassung aus.

In einzelnen muß die künftige Siedlungsordnung folgenden Forderungen gerecht werden:

1. Verfügungsgewalt über Grund und Boden.

Die Verfügungsgewalt über Grund und Boden liegt beim Reich, vertreten durch den Reichsführer-~~er~~, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums:

- a) Das Reich kann seine Verfügungsgewalt über Grund und Boden vorbehalten, es kann Land bedingt oder bedingungslos weiter begeben.

Die Verfügungsgewalt bleibt vorbehalten bei allen Staatsdomänen und -forsten sowie allen für öffentliche Zwecke benötigten Ländereien.

- b) Grund und Boden kann weiter begeben werden durch Eigentumsbestätigung an bisherige Eigentümer, sowie im Falle der Umsiedlung oder im Vollzuge der Neuansiedlung durch Belehnung.

- c) Das Ziel der Belehnung durch das Reich ist

die/

die Schaffung von Neusigentum besonderen Rechts. Es wird durch den Einsatz der ganzen Arbeitskraft und durch die persönliche Leistung des Lehnehmers und seiner Familie unter Mithilfe des Reiches erworben.

2. Die Belehnung mit Grund und Boden.

- a) Das Reich, vertreten durch den Reichsführer-~~44~~, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, errichtet in eigener Durchführung oder durch Beauftragte Lehenshöfe und -stellen, die es mit dem notwendig erachteten Anfangsbesatz an Gebäuden, Geräten, Vieh und Vorräten ausstattet.
- b) Die hierfür erforderlichen Mittel werden möglichst aus der dem Reich in den neuen Ostgebieten angefallenen Wertmasse bestritten. Die Möglichkeiten der Mittelaufbringung sind im Teil B niedergelegt.
- c) Der Lehensnehmer (Bauern, Handwerker, Inhaber von Landarbeitereigenheimen) erwirbt sein Lehen mit Unterstützung des Reichs. Er hat dafür als Gegenleistung eine Siedlungsschuld abzutragen, deren

Gesamthöhe/

R 49/157A

084

84

Teil C

Abgrenzung der Siedlungsräume in den besetzten
Ostgebieten und Grundzüge des Aufbaues.

Die Durchdringung der grossen Räume des Ostens mit deutschem Leben stellt das Reich vor die zwingende Notwendigkeit, neue Besiedlungsformen zu finden, die die Raumgrösse und die jeweilig verfügbaren deutschen Menschen miteinander in Einklang bringen.

Im Generalplan Ost vom 15. Juli 1941 war die Abgrenzung neuer Siedlungsgebiete unter Zugrundelegung einer Entwicklung von 30 Jahren vorgesehen worden. Auf Grund von Weisungen des Reichsführers-~~SS~~ ist zunächst von einer Besiedlung folgender Gebiete auszugehen:

- 1.) Ingermanland (Petersburger Gebiet)
- 2.) Gotengau (Krim und Chersongebiet, früher Taurien) ;

es wird ferner vorgeschlagen:

- 3.) Memel-Narewgebiet (Bezirk Bialystok und Westlitauen).

Dieses Gebiet gehört mit den eingegliederten Ostgebieten zum Vorfeld und ist ein geopolitischer Schnittpunkt der beiden grossen

Siedlungsrichtungen. Die Eindeutigung Westlitauens ist durch die Rückführung der Volksdeutschen bereits im Gange

Es erscheint notwendig, diese drei Gebiete als Siedlungsmarken unter besonderes Recht zu stellen (A III), da sie an der vordersten Front des deutschen Volkstums eine besondere Reichsaufgabe haben.

Um diese Marken mit dem Reich in enger Verbindung zu halten und die Verkehrsverbindung zu sichern, werden längs der Haupt Eisenbahn- und Autobahnlinien 36

Siedlungsstützpunkte (davon 14 im Generalgouvernement) in Vorschlag gebracht. Diese Siedlungsstützpunkte knüpfen an heute vorhandene günstige Zentralpunkte an und decken sich mit $\frac{1}{4}$ - und Polizeistützpunkten höherer Ordnung. Der Abstand der Stützpunkte von einander beträgt rund 100 km. Die Gesamtfläche jedes Stützpunktes ist mit rund 2 000 qkm bemessen und entspricht also der Grösse von 1 bis 2 Landkreisen des Altreichs. Die Führung der Stützpunkte nach Ingermanland ist im Hinblick auf die besondere Bedeutung des baltischen Raumes für die germanischen Menschen in zwei Linien vorgesehen.

/.

1. Die Eindeutschung.

Die Marken und Stützpunkte sollen in einem Zeitraum von 25 bis 30 Jahren einedeutscht werden. Im einzelnen sind dabei folgende Sätze zu Grunde gelegt, die in den ersten grossen Siedlungsabschnitten für die Eindeutschung als erforderlich gehalten werden:

Hundertsätze der Eindeutschung in den:

Marken

	<u>Jahrfünft:</u>				
	1.	2.	3.	4.	5.
Land	50	-	-	-	-
Kleinstädte	20	20	10	-	-
Gross-u.Mittelstädte	20	20	10	-	-

Stützpunkten

	<u>Jahrfünft:</u>				
	1.	2.	3.	4.	5.
Land	-	10	5	5	5
Kleinstädte	-	10	10	10	-
Gross-u.Mittelstädte	10	5	5	5	-

In Ingermanland wurde die künftige Stadtbevölkerung mit 200 000 (1939: 3 200 000) angenommen, im Gotengau die Stadtbevölkerung auf 650 000 verringert (1939: 790 000).

a) auf dem Lande:

Als Berechnungsgrundlage wurden für den Gotengau (Krim und Chersongebiet) und für die 8 Ukrainestützpunkte gute Böden angenommen. Dagegen ist bei den 14 Ostlandstützpunkten, dem Ingermanland, dem Memel-Narew-Gebiet (Westlitauen und Bialystok) und dem Generalgouvernement von mittleren Böden ausgegangen.

Der Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Gesamtfläche ist in den 8 Ukrainestützpunkten und im Gotengau mit 75 % anzusetzen, mit 60 % in den 14 Stützpunkten des Generalgouvernements und im Memel-Narew-Gebiet, mit 50 % in den 14 Ostlandstützpunkten und mit 30 % im Ingermanland.

Der Waldanteil an der Gesamtfläche beträgt rund 50 % im Ingermanland, 30 % in den Stützpunkten des Ostlandes, des Generalgouvernements und im Bialystoker Gebiet, rund 20 % in Westlitauen, 15 % in den Ukrainestützpunkten und rund 10 % im Gotengau.

Zur Errechnung der landwirtschaftlichen Bevölkerung wurde die Nutzfläche in

bäuerliche und in Grossbetriebsfläche aufgeteilt. Um eine gesunde bäuerliche Lebenshaltung zu gewährleisten, ist je nach der Bodengüte und Wirtschaftslage die H u f e mit 40 bis 100 ha, der G r o ß b e t r i e b mit 250 ha und mehr zu Grunde gelegt. Für die Großbetriebe wurden auf gutem Boden 15 bis 20 %, auf mittlerem Boden 20 bis 25 % der Nutzfläche ausgewiesen.

Die forstwirtschaftliche Bevölkerung wurde mit 6 Menschen je 100 ha Wald errechnet, die nicht land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung im Dorf mit drei je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche und im Hauptdorf mit 10 % der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung angenommen. Die Berufslosen sind mit 8 bis 10 % der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung angesetzt.

b) In den Städten:

Die Prozentsätze der Eindeutschung in den Städten beziehen sich auf die führende Schicht im städtischen Leben, die Verwaltung und die wichtigen Stellen der Wirtschaft werden von deutschen

- 76 -

R 49/197A
091

Menschen besetzt. Die verbleibende fremd-
völkische Bevölkerung verteilt sich auf
die tieferen sozialen Schichten.

2. Siedlerbilanz.

a) Siedlerbedarf:

Bei der Annahme eines Siedlungszeit-
raumes von 25 bis 30 Jahren werden in den
Marken und Stützpunkten an deutschen
Menschen benötigt:

Stadt	Land	zusammen
1 666 225	1 679 578	3 345 805

Siehe anliegende Karte C I und Tabelle
C II.

b) Bedarfsdeckung:

Die Deckung des Bedarfs an deutschen
Menschen für die Siedlung in den Marken
und Stützpunkten ist sichergestellt,
wie sich unter Zugrundelegung der aus
dem Generalplan Ost entnommenen Angaben
bezw. germanischen ergibt. Es stehen an deutschen Menschen
im Zeitraum von 25 Jahren für die Ost-
siedlung zur Verfügung:

1) Siedler aus dem Altreich ^{+) 3 990 000}	3 990 000
2) Lagerumsiedler: 20 000 x 5 Köpfe	100 000
3) Streudeutschtum aus Trans- nistrien und Südosten so- wie Bevölkerungsüberschuf aus Banat, Batschka und Siebenbürgen	500 000
4) Volksdeutschtum aus Übersee	160 000
5) Germanische Siedler aus Nord- und Westeuropa	150 000
	<hr/>
	4 900 000

+) Die Zahl der Altreichsiedler setzt
sich zusammen aus:

Landbevölkerung:

- a) 110 000 heiratsfähige und
siedlungswillige Paare nach
Kriegsende 220 000
- b) 220 000 bäuerliche Familien,
die bei Bereinigung der über-
völkerten Agrargebiete im
Altreich in Frage kommen:
220 000 x 3,5 Köpfe 770 000
- c) 20 000 alljährl. Siedlernach-
wuchs: 20 000 x 2 Köpfe
x 25 Jahre 1 000 000

Stadtbevölkerung:

vorläufig mit 20 ‰ jährl.
Abgabe geschätzt

	<hr/>
	2 000 000
	<hr/>
	3 990 000

Hierzu käme noch eine derzeit nicht zu überblickende Anzahl von Russlanddeutschen. Ferner ist zu berücksichtigen, dass von dem nichtgermanischen Volkstum durch systematische Auslese und Leistungszucht gewonnen werden können von den:

Baltenvölkern

(Esten: über 50 %
 Letten: bis zu 50 %
 Litauer: bis zu 15 %) 650 - 750 000

Goralen 80 000

zusammen etwa 750 000

Die Gesamtzahl der verfügbaren Siedler beträgt damit 5,65 Millionen.

In der vorstehenden Siedlerbilanz sind folgende Reserven nicht enthalten:

- 1) Menschenverschiebungen von Stadt zu Stadt im Zuge von industriellen und verwaltungsmässigen Standortverlegungen,
- 2) Freimachung von Kräften im öffentlichen und wirtschaftlichen Bereich durch Vereinfachung der Verwaltung und Rationalisierung des Apparates,
- 3) Verstärkung des ländlichen Siedlerwachstums in Auswirkung des Landdienstes.

Die oben stehende Gesamtzahl der verfügbaren Siedlerkräfte deckt den Bedarf der Marken und Stützpunkte sowie auch der eingegliederten Ostgebiete.

Bedarf der Marken und Stützpunkte	3,345 Mill.
Bedarf der eingegliederten Ostgebiete	1,5 "
	<hr/>
	4,845 Mill.

3. Verhältnis zu den Umvölkern.

Da auf die Mitarbeit der in den Gebieten jetzt bodenständigen Bevölkerung nicht verzichtet werden kann, muss die zu schaffende Völkerordnung im Ostraum auf eine Befriedung der dortigen Einwohner abzielen. Diese Befriedung wird dadurch erreicht, dass die nötige Bereitstellung von Siedlungsland für die Ansetzung deutscher Menschen nicht wie bisher durch Evakuierungen, sondern durch Umsetzung der bisherigen Bewohner auf anderes Kolchosa- und Sowchoseland mit gleichzeitiger Verleihung von Bodenbesitzrechten erfolgt. Diese Umsetzung muss gebunden sein an eine sinnvolle Auslese nach dem Leistungsprinzip und mit einem sozialen Aufstieg der positiven Kräfte des fremden Volkstums Hand in Hand gehen.

4. Aufbaukosten.

Die Aufbaukosten in den eingegliederten Ostgebieten sind auf 500 000 RM je qkm bei einer Bevölkerungsdichte von 80 Menschen errechnet worden (vgl. Teil B I 1). Das bedeutet einen Gesamtaufbauaufwand von 6 250 RM je angesetzten deutschen Siedler.

Daraus ergibt sich für die Marken und Stützpunkte ein Gesamtkostenbetrag bis zur Erreichung des beabsichtigten Eindeutschungsgrades in einer Zeitspanne von 25 Jahren von 20.909,6 Mill. RM. (Die zeitliche Kostengliederung und die Aufgliederung nach Marken und Stützpunkten sind aus der Tabelle C 2 ersichtlich.)

Ausblick.

Das vorgelegte Siedlungsprogramm, das die Eindichtung und den Siedlungsaufbau der eingegliederten Ostgebiete, der Marken und Stützpunkte vorsieht, ist die Aufgabe der Nachkriegsgeneration. Von der Beständigkeit des Siedlungswillens und der Nachhaltigkeit der Siedlungskraft des Germanentums hängt die endgültige Ausfüllung

der

der hier vorläufig begrenzten Siedlungs-
räume ab. Vor allem wird die Dauer unse-
rer kolonisatorischen Kraft darüber ent-
scheiden, ob es der nächsten Generation
gelingt, erstmalig die nördliche und
südliche Richtung der historischen Ger-
manenzüge zu einem in der Mitte geschlos-
senen Raum zu verbinden und damit endgül-
tig der europäischen Kultur zu sichern.

Z 4 Verweis von Seite 34

Die Schreiben vom 28. Mai 1942 (Konrad Meyer) und vom 2. Juni 1942 (Ulrich Greifelt) geben nicht nur Zusammenfassungen wieder, sondern zeigen auch die direkte Anbindung an Heinrich Himmlers Interessen

Die Dokumente finden sich in der Quellenedition von Madajczyk, Czesław (Hg.), Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan. Dokumente, München 1994, Dokumente Nr. 20–22 (28. 05.–02. 06. 1942) auf den Seiten 85–90

Die Initiative zum Generalplan Ost und die wesentlichen Entscheidungen bei seiner Entstehung gingen auf Reichsführer SS Heinrich Himmler zurück. Dessen zentrale Position machen auch die folgenden Ausführungen von Konrad Meyer und SS-Gruppenführer Ulrich Greifelt an ihn deutlich. Verschiedene Institutionen und zumal die SS versuchten immer wieder, Himmlers Wünschen unterwürfig zu folgen oder aber seine Kontrolle über die Siedlungspolitik zu begrenzen. In den Dokumenten 20 und 21 skizziert Meyer einige Schwerpunkte des Generalplans Ost und benennt auch Kosten und Finanzierung. Himmler war mit den verschiedenen Entwürfen von Anfang an nicht ganz zufrieden. Manche Aspekte fand er zu kleinteilig, bei anderen Punkten fehlte ihm die Innovation der Wissenschaftler oder sogar deren Mut, die Welt zu verändern. Vielleicht schwebte ihm ein „Generalplan Ost und West“ vor.

Ich muß mich außerdem gegen den Satz wenden, daß der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete die Entscheidung habe, welche Gebiete besiedelt werden. Diese Entscheidung ist in erster Linie meine Angelegenheit und ich stelle das Einvernehmen mit dem Ostminister her.

(. . .)

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener
gez. H. Himmler

2. SS-Gruppenführer

Berger

3. SS-Obergruppenführer Wolff

durchschriftlich mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

I. A.
Brandt^b
SS-Obersturmbannführer

Nr. 20

1942, 28. Mai, Berlin. Begleitbrief von Prof. Dr. Konrad Meyer an den Reichsführer SS zur Übersendung einer kurzen Zusammenfassung der Denkschrift „Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues“.*

Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik
der Universität Berlin

Persönlicher Stab Reichsführer SS^a
Schriftgutverwaltung
Akt. Nr. Geh/90

An den Reichsführer-SS
Berlin SW 11
Prinz Albrecht Straße 8
durch d. Hand von SS-Gruppenf. Greifelt

Berlin-Dahlem, den 28. Mai 1942

Vorgang: Generalplan Ost – Rechtliche, wirtschaftliche u. räumliche Grundlagen des Ostaufbaus

^b Unterschrift.

* NA, T-84 (Part II), R. 73, auch BA, NS 19/1739, S. 4.

Veröffentlicht bei Czesław Madajczyk, *Generalplan Ost*, in: *Polish Western Affairs*, Bd. 3, H. 2 (1962), S. 391–442, D. Eichholtz, *Der Generalplan Ost . . .*, S. 295.

^a Stempel.

Bezug: Vorlage vom 15. 7. 1941 u. Vortrag des Unterzeichneten am 27. 1. 1942¹

Anlage: 2.

Reichsführer!

Der von mir vorgelegte Generalplan Ost und die von Reichsführer hierzu gegebenen Richtlinien und Arbeitsaufträge haben zu einer weiteren Untersuchung der Grundfragen des Ostaufbaus geführt. Vor allem war die Aufgabe gestellt, einen Überblick über den *Arbeits- und Geldaufwand* des Aufbaus neuer Siedlungsgebiete zu ermitteln. Bei dieser Arbeit ergab sich, daß es unerlässlich ist, Klarheit über die Grundzüge eines neuen *Siedlungsrechts* zu gewinnen.

Die Arbeitsergebnisse erlaube ich mir, hiermit gehorsamst vorzulegen. Der beiliegende Band enthält drei Teile:

- A. Forderungen an eine künftige Siedlungsordnung, verbunden mit einem Vorschlag über die Organisation von Siedlungsmarken.
- B. Überblick über die Kosten des Aufbaus der eingegliederten Ostgebiete und ihre Aufbringung.
- C. Abgrenzung der Siedlungsräume in den besetzten Ostgebieten und Grundzüge des Aufbaus als Fortentwicklung und Ergänzung des Generalplans Ost.

In Anlage 2 sind die wichtigsten Ergebnisse der Denkschrift kurz zusammengefaßt.

Die Grundlagen dieser Vorlage sind in meinem Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik erarbeitet worden unter Mitwirkung einiger engster Mitarbeiter in der Planung und im Zentralbodenamt und unter Hinzuziehung von Professor Dr. Boesler – Jena (Finanzwissenschaft).

Heil Hitler!
Meyer^b
SS-Oberführer

Nr. 21

*1942, 28. Mai, Berlin. Kurze Zusammenfassung der Denkschrift „Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus“.**

Kurze Zusammenfassung der Denkschrift
Generalplan Ost

Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues.¹

¹ Text des Vortrages nicht auffindbar.

^b Unterschrift.

* IGM, NO-2055; Teil A auch BA, R. 49/985.

Veröffentlicht bei D. Eichholtz, *Der „Generalplan Ost“* . . . , S. 260 ff.

¹ Diese Variante des GPO hat die Anklage in der Hauptverhandlung vor dem Amerikanischen Militärgerichtshof I, Fall VIII, vorgelegt.

Teil A. Forderungen an eine künftige Siedlungsordnung

I. Ländliche Siedlung

In den eingegliederten Ostgebieten lenkt und beaufsichtigt der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Durchführung des Siedlungsaufbaues.

Die weiteren Siedlungsgebiete werden als Siedlungsmarken für die Aufbaudauer der alleinigen Hoheitsgewalt des Reichsführers-SS als RKF unterstellt.

Verfügungsgewalt über Grund und Boden liegt beim Reich, vertreten durch Reichsführer-SS. Unter seiner Leitung werden Lehenshöfe errichtet.

Die für den Siedlungsaufbau erforderlichen Mittel sollen weitgehend aus der Wertmasse der Siedlungsgebiete selbst aufgebracht werden.

Als Formen der Belehnung sind 3 Stufen vorgesehen: 1. Zeitlehen, 2. Erblehen, 3. Eigentum besonderen Rechts.

Zur Beurteilung der Lehensfähigkeit, Belastungsfähigkeit, Veräußerbarkeit, Vererbbarkeit werden Lehensgerichte geschaffen.

II. Städtische Siedlung

In den Städten gilt wie auf dem Lande das Bodenmonopol des Reiches. Bei angestrebter Verbindung mit dem Boden (Eigenheimbau) hat in der Stadt eine größere Bewegungsfreiheit zu gelten. Das Programm des sozialen Wohnungsbaues muß den Erfordernissen des Ostens im hohen Maße Rechnung tragen.

III. Schaffung von Siedlungsmarken

In den eingegliederten Ostgebieten ist Siedlung durch Übernahme der Altreichsorganisation nur ein Teilgebiet der allgemeinen Verwaltung geworden.

In den weiteren Siedlungsgebieten muß die allgemeine Verwaltung den Notwendigkeiten der Siedlung und Festigung deutschen Volkstums untergeordnet werden. Diese Gebiete sollen deshalb Siedlungsmarken werden.

Die Siedlungsmarken werden für die Dauer des Aufbaues aus ihrem bisherigen staatsrechtlichen Territorialverband ausgegliedert und der Hoheitsgewalt des Reichsführers-SS als RKF unterstellt. Diese Hoheitsgewalt umfaßt Rechtssetzung, Rechtsprechung und Vollzug.

An der Spitze der Siedlungsmark steht der Markhauptmann. Ihm unterstehen im Kreis der Kreishauptmann, im Amt der Amtmann.

Die Arbeitsbereiche der Markenverwaltung sind 1. Siedlungspolitik und Planung, 2. Siedlerauslese und Einsatz, 3. Siedlungsdurchführung, 4. Verwaltung und Finanzierung.

Unter Einsatz von Siedlungsführern erfolgt die Siedlung nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten.

*Teil B. Überblick über die Kosten des Aufbaues der eingegliederten Ostgebiete
und ihre Aufbringung*

Angestrebt wird weitgehende Finanzierung aus dem Siedlungsgebiet heraus. Trotzdem Mithilfe des Gesamtreiches unerlässlich. Es wird eine Auflockerung der Gesamtfinanzierung auf leistungsfähige Träger des Reichsgebietes hierbei angestrebt.

Vorgesehener Zeitraum für den Aufbau 5 Fünfjahresabschnitte = 25 Jahre.

I. Aufbaukosten

Kostenaufwand für:

1. Landschaftsaufbau	3,3	Milld. RM
2. Verkehr und Versorgung	7,8	Milld. RM
3. Ländlicher Aufbau	13,5	Milld. RM
4. Industriaufbau	5,2	Milld. RM
5. Städtischer Aufbau	15,4	Milld. RM
6. Vorrichtungen für den Aufbau insgesamt	<u>0,5</u>	<u>Milld. RM</u>
	Insgesamt	45,7 Milld. RM

II. Finanzierung

Finanzierungsmöglichkeiten: ordentliche Reichshaushaltsmittel, außerordentliche Reichshaushaltsmittel, Tributeleistung der besiegten Gegner, Sondervermögen des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, Privatkapitalmarkt, Mittel von Körperschaften und Einrichtungen des Altreiches, Kreditschöpfung, Oststeuer.

Verteilung der Aufbaukosten auf einzelne Träger:

Reichshaushalt 34%, Reichsbahn 3%, Gemeindevermögen 7%, Vermögen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft 5%, Sondervermögen RKF 9%, Privatkapitalmarkt 42%.

III. Aufbauprogramm

Der Arbeitseinsatz in seinem zeitlichen Ablauf:	Zeitplan für den Einsatz der Geldmittel:	
1.–2. Jahrfünft je 450.000 Arbeitskräfte	In den Vorbereitungs-	
3. Jahrfünft je 300.000 Arbeitskräfte	jahren	2,28 Mill. RM
4. Jahrfünft je 150.000 Arbeitskräfte	im 1. Jahrfünft	14,26 Mill. RM
5. Jahrfünft je 90.000 Arbeitskräfte	im 2. Jahrfünft	13,67 Mill. RM
	im 3. Jahrfünft	8,81 Mill. RM
	im 4. Jahrfünft	4,52 Mill. RM
	im 5. Jahrfünft	<u>2,17 Mill. RM</u>
		<u>45,71 Mill. RM</u>

Teil C. Abgrenzung der Siedlungsräume in den besetzten Ostgebieten

Vorgesehene Siedlungsmarken

1. Ingermanland (Petersburger Gebiet)
2. Gotengau (Krim und Chersongebiet)
3. Memel- und Narewgebiet (Bezirk Bialystok und Westlitauen)

Außerdem 36 Siedlungsstützpunkte.

Die Eindeutschung ist für einen Zeitraum von 25 Jahren vorgesehen. Hundertsatz der Eindeutschung in den Marken 50%, in den Stützpunkten 25–30% der Bevölkerung. Es ergibt sich ein Bedarf an deutschen Menschen

in der Stadt	1,67 Mill.
auf dem Land	<u>1,68 Mill.</u>
zusammen:	3,35 Mill.

Es wird mit einer Siedlungsreserve von insgesamt 5,65 Mill. gerechnet.

Aufbaukosten

Siedlungsmarken	12,4 Milld. RM
Stützpunkte zusammen	<u>8,5 Milld. RM</u>
zusammen:	20,9 Milld. RM

Gesamte Siedler- und Kostenbilanz

I. Siedlerbilanz

a. eingegliederte Ostgebiete:	erforderlich 4 Mill. Menschen; hiervon gehen durch vorhandene Umsiedler und Eindeutschung ab 2,5 Mill. verbleibender Bedarf 1,5 Mill. Menschen	vorhanden aus dem Altreich, Umsiedler aus Übersee, germanische Siedler aus Europa, weitere Eindeutschungsfähige aus den besetzten Ostgebieten.
b. Marken und Stützpunkte (besetzte Ostgebiete)	3,35 Mill. Menschen	
Gesamtbedarf	4,85 Mill. Menschen	insg. 5,65 Mill. Menschen
	Gesamtbedarf	4,85 Mill. Menschen
	Überschuß	0,80 Mill. Menschen

II. Kostenbilanz

Bedarf:

a. eingegliederte Ostgebiete	45,7 Milld. RM
------------------------------	----------------

b. Marken und Stützpunkte (besetzte Ostgebiete) 20,9 Milld. RM
 insgesamt: 66,6 Milld. RM

Nr. 22

1942, 2. Juni, Berlin. Begleitbrief von Ulrich Greifelt an den Reichsführer SS zur Denkschrift „Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus“.*

Der Reichskommissar für die Festigung
 deutschen Volkstums
 Stabshauptamt
 Sekretariat I – Kr.

Berlin-Halensee, den 2. Juni 1942
 Kurfürstendamm 140

Persönlicher Stab Reichsführer-SS
 Akt. Nr. Geh./90^a

W 1. 11.^b

Vorg.: Denkschrift von SS-Oberführer Prof. Dr. Meyer.

Bez.: Ohne.

Anl.: – 3 –

An den
 Reichsführer-SS
 Berlin SW 11
 Prinz Albrechtstr. 8

Reichsführer!

Der Unterzeichnete erlaubt sich, die anliegende von SS-Oberführer Prof. Dr. Meyer in seinem Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik verfaßte Denkschrift „Generalplan Ost – Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus“ nebst Begleitschreiben vom 28. Mai 1942 gehorsamst weiter zu reichen.

Persönlicher Stab RFSS^d
 Eingang am 3. Juni 1942
 Tgb. Nr. AR 33/11/42
 an RF

Der Chef des Stabshauptamtes:
 Greifelt^c
 SS-Gruppenführer

* BA, NS 19/1739, S. 3.

^a Stempel.

^b Handschriftliche Notiz zur Wiedervorlage am 1. 11.

^c Unterschrift.

^d Eingangsstempel.

Z 5 Verweis von Seite 74

**Flyer zum Symposium „Die Berliner Universität
und die NS-Zeit. Verantwortung, Erinnerung,
Gedenken“ vom 28./29. Januar 2005**

Quelle:

https://www.geschichte.hu-berlin.de/en/forschung-und-projekte-en-old/foundmed/dokumente/forschung-und-projekte/ns-zeit/media/flyer_symposium.pdf

Das Symposium am 28./29. Januar 2005 wurde organisiert von einer gleichnamigen Arbeitsgruppe an der Universität, die das Ziel hatte, die wissenschaftliche Planung und den Anteil am Vernichtungskrieg deutlicher zu erfassen. Das Symposium sollte ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit, der Politik und Opferverbänden vorlegen. Eine Ringvorlesung beleuchtete zuvor Veränderungen in Politik und Wissenschaft im nationalsozialistischen Deutschland. Das Symposium zeigte Resultate zu einzelnen Themen. Ziel war es, Erinnerung und Gedenkkultur miteinander zu verbinden. So wurde überlegt, ob eher an die jeweiligen Opfer oder an die betroffenen Institutionen und Verbände erinnert werden sollte. Man diskutierte über Gedenkkarte, Erinnerungstafeln und Fotos der Verfolgten im Haus und über die Vergabe von Preisen und Stipendien für diejenigen, die Einblicke in die Gewalt der Täter und das Leid der Opfer geben würden.

Veranstalter:
Humboldt-Universität zu Berlin
Arbeitsgruppe

Die Berliner Universität und die NS-Zeit. Verantwortung,
Erinnerung, Gedenken

Vorsitz:

Prof. Dr. Rüdiger vom Bruch

Kontakt:
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6

D-10099 Berlin
Rebecca Schaarschmidt
Telefon 030 2093-2791



Arbeitsgruppe

Die Berliner Universität und die NS-Zeit.
Verantwortung, Erinnerung, Gedenken

SYMPOSIUM

»DIE BERLINER UNIVERSITÄT UND
DIE NS-ZEIT. VERANTWORTUNG,
ERINNERUNG, GEDENKEN«

28.–29. Januar 2005



Foto: Bucheinband des Personal- und Vorlesungsverzeichnis
3. Trimester 1940, Universität Berlin/Zeichnung von Adolf Menzel, 1842

Symposium

»Die Berliner Universität und die NS-Zeit. Verantwortung, Erinnerung, Gedenken«
28.–29. Januar 2005

Freitag, 28. Januar 2005

— 16.30 Uhr
Empfang der Gäste

— 17.00 Uhr
Arbeitsbericht der AG »Die Berliner Universität und die NS-Zeit. Verantwortung, Erinnerung, Gedenken«
Dr. Christoph Jahr

— 18.00 Uhr

Festvortrag Prof. Dr. Reinhard Rürup
Erfahrungen als Direktor der Stiftung Topographie des Terrors
Ort: Senatssaal, Hauptgebäude Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10117 Berlin

— anschließend

Empfang mit kaltem Buffet

In den letzten Semestern hat sich die Humboldt-Universität verstärkt mit ihrer Vergangenheit in den Jahren 1933–1945 beschäftigt, und vor allem durch die Arbeit des studentischen Projektseminars »Kommilitonen von 1933« sowie der vom Akademischen Senat eingesetzten Arbeitsgruppe »Die Berliner Universität und die NS-Zeit. Verantwortung, Erinnerung, Gedenken«, die eine drei Semester umfassende Ringvorlesung über die Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin 1933–1945 organisierte. Die Ergebnisse dieser Ringvorlesung erscheinen im Stuttgarter Steiner-Verlag.

Samstag, 29. Januar 2005

— 9.30–12.00 Uhr

Arbeit in den Gruppen

Räume:

Arbeitsgruppe »Täter« – Raum 3054

Arbeitsgruppe »Gegner« – Raum 2061

Arbeitsgruppe »Opfer« – Raum 3119

Arbeitsgruppe »Indifferente« – Senatssaal

Hauptgebäude Humboldt-Universität zu Berlin

Nach diesen Vorarbeiten geht es nun darum, ein Gesamtkonzept zur Erinnerungspolitik und -praxis der Universität zu entwickeln. Ausgehend von der Hypothese, dass sich die Universitätspopulation zu dieser Zeit in vier – bisweilen überschneidende – Kategorien gliedern lässt (Täter, Gegner, Opfer, Indifferente), sollen dementsprechend in vier Arbeitsgruppen konkrete Vorschläge zur Erinnerung zwischen 1933 und 1945 entwickelt werden. Dabei soll zunächst die Frage diskutiert werden, ob personenbezogen, oder institutionen- oder gebäudebezogen erinnert werden soll. Gedacht ist an Erinnerungsplaketten, öffentlich sichtbare Photos mit Kurzbiographien, Namensgebung von Hörsälen oder Zweigbibliotheken, Preise, Stipendien, Gastprofessuren etc., sowie Denkmäler im öffentlichen Raum.

Die abschließende öffentliche Podiumsdiskussion soll die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen zusammentragen und konkrete Vorschläge für das öffentliche Gedenken der Humboldt-Universität an die NS-Zeit formulieren.

— 14.00 Uhr

Öffentliche Podiumsdiskussion mit den Gruppenleitern unter Moderation von Ralf Bollmann (taz), Präsentation eines gemeinsamen Vorschlags für das öffentliche Gedenken der Humboldt-Universität an die NS-Zeit
Ort: Senatssaal, Hauptgebäude Humboldt-Universität zu Berlin

Nähere Informationen zu den bisherigen Initiativen finden Sie unter: www.geschichte.hu-berlin.de/ns-zeit

Gefördert durch die Humboldt-Universitäts-Gesellschaft

Z 6 Verweis von Seite 74

Erklärung des Fakultätsrats der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin

**am 28. Mai 2002 zur Übergabe einer Fassung des Generalplans Ost
an den Reichsführer SS Himmler vor 60 Jahren**

Quelle:

<https://www.geschichte.hu-berlin.de/en/forschung-und-projekte-en-old/foundmed/dokumente/forschung-und-projekte/ns-zeit/dokumente/landw>

Erst spät entschieden sich die Führungsspitzen der Humboldt-Universität zu Berlin dafür, ihre Institution nicht mehr durch Schweigen zu schützen. Doch dauerte es geraume Zeit, bis das Rektorat, einige Fakultäten und Gremien Verantwortung für die Kriegsverbrechen der Universität übernahmen und sich gezielt mit dem Generalplan Ost auseinandersetzten. Das Jahr 2002 stellt einen wichtigen Wendepunkt dar. Am 28. Mai 2002, dem 60. Jahrestag der Übergabe der wichtigsten Fassung des Generalplans Ost an den Reichsführer SS Heinrich Himmler, gab es zwei öffentliche Stellungnahmen. Der Dekan der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, Prof. Dr. Uwe Jens Nagel, sowie der Präsident der Universität, Prof. Dr. Jürgen Mlynek, betonten die Mitschuld an der Beteiligung am Vernichtungskrieg des Deutschen Reiches. Nagel griff auf die Erklärung des Fakultätsrats der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät zurück und unterstrich, dass die Folgen des Generalplans Ost gerade anhand der Arbeit der eigenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu erkennen seien. Es sei in Zukunft notwendig, neben der Aufklärungsarbeit auch internationale Netzwerke in Lehre und Forschung zu verbessern.

Im Herbst 1939 ernannte Reichsführer SS Heinrich Himmler seinen Gefolgsmann Professor Konrad Meyer, Mitglied der SS und Direktor des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik an der Berliner Universität zum Leiter der Planungshauptabteilung des der Reichsführung SS unterstehenden Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums. Unter maßgeblicher Regie Konrad Meyers und aktiver Mitarbeit weiterer Wissenschaftler der landwirtschaftlichen Fakultät entstand in den folgenden Jahren der sogenannte Generalplan-Ost. Mit Datum vom 28. Mai 1942 übersandte das Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik eine 64-seitige Fassung zum Generalplan-Ost an den Reichsführer SS. Dieses Schriftstück, das den zynisch-verharmlosenden Untertitel „Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus“ trug, stimmte im Wesentlichen mit weiteren Entwürfen des Generalplan-Ost überein. Ziel aller dieser Versionen war die Neuordnung und Germanisierung der eroberten europäischen Gebiete durch Zwangsvertreibung und Umsiedlung von vielen Millionen Menschen.

Fast die Gesamtheit der polnischen Bevölkerung galten nach dem Generalplan-Ost gemäß der nationalsozialistischen Rassentheorie als minderwertig und nicht eindeutschungsfähig. Für Tschechen, Slowenen und Franzosen belief sich der entsprechende Anteil auf 50 Prozent. Es sollten zwischen 25 und 50 Millionen Personen zur Zwangsarbeit eingesetzt bzw. in unfruchtbare Landschaften deportiert werden, was de facto den Hungertod für diese Betroffenen bedeutete hätte. Für Leningrad wurde vorgeschlagen, innerhalb von 25 Jahren 3,2 Millionen Einwohner zu vertreiben und 200 000 Deutsche dort anzusiedeln.

Nachdem schon vor 1942 vor allem in den annektierten polnischen Gebieten Hunderttausende jüdische und polnische Einwohner von ihren Wohnplätzen gewaltsam vertrieben, in Arbeitslager verschleppt oder ermordet worden waren, nahmen ab 1942/43 die Empfehlungen des Generalplan-Ost konkretere Gestalt an. Ein besonders brutales Beispiel dafür stellte der zum Distrikt Lublin gehörende Kreis Zamosc dar. Hier wurden 110 000 polnische Zivilisten aus ihren Häusern und Wohnungen gejagt und eine Reihe von Dörfern völlig zerstört, um Platz für deutschstämmige Neusiedler zu schaffen.

Nur der weitere Verlauf des Krieges verhinderte, dass die Mordpläne der deutschen Raumforscher im vollen Umfang realisiert werden konnten. Der Generalplan-Ost, an dessen Ausarbeitung Angehörige der damaligen Berliner landwirtschaftlichen Fakultät an herausragender Stelle beteiligt waren, zählt zu den schlimmsten Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Er wird vom Fakultätsrat der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät einhellig als schweres Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Ein wissenschaftliches Erbe gebührend zu pflegen, verlangt auch von unserer Fakultät, sich der Gesamtheit ihrer Geschichte zu stellen, das heißt nicht nur deren positive Seiten, z. B. die bedeutenden wissenschaftliche Leistungen eines Albrecht Daniel Thaer, eines Friedrich Aereboe, eines Ernst Wundsch oder eines Gustav Fischer zu würdigen, sondern sich auch mit den negativen Kapiteln der Fakultätsgeschichte während der nationalsozialistischen Diktatur kritisch auseinander zu setzen.

Wenn auch den Nachgeborenen der Generation der Täter und Beteiligten keine unmittelbare persönliche Schuld beizumessen ist, sind wir doch alle – und ganz speziell die Angehörigen der Berliner Fakultät – verpflichtet, uns für das Auffinden und Verarbeiten der historischen Wahrheit zu engagieren. Ein solches Tun bildet die entscheidende und fruchtbare Voraussetzung für einen gewissenhaften und ehrlichen Erinnerungs- und Lernprozess.

Anlässlich des heutigen Datums bitten wir öffentlich um Entschuldigung bei allen toten und noch lebenden Opfern, denen der verbrecherische Generalplan-Ost und seine Folgen unendliches Leid zugefügt haben und leisten dafür tief empfundene Abbitte. Den Hinterbliebenen versprechen wir, kompromisslos alle in unserem demokratischen Staatswesen gewährleisteten Möglichkeiten zu nutzen, damit sich ein solch menschenfeindlicher Missbrauch agrarwissenschaftlicher Erkenntnisse niemals wiederholen kann.

Wissenschaftler in und außerhalb der Fakultät haben während der letzten anderthalb Jahrzehnte ausführlich über die genannten menschenfeindlichen Aktionen geforscht. Leider haben die hierbei gewonnenen Forschungsergebnisse im öffentlichen Leben und im Bewusstsein der Fakultät und der Universität bisher nur eine relativ bescheidene Resonanz gefunden. Die Fakultät bekennt sich erneut und ausdrücklich zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in Lehre und Forschung, die sich in Leitbild und Praxis widerspiegeln muss:

- Die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät sieht die Schaffung eines gesellschaftlichen Problem- und Verantwortungsbewusstseins als integralen Bestandteil ihrer Ausbildung.
- Lehre und Forschung konzentrieren sich auf die Lösung internationaler Probleme der Ernährung und des Ressourcenschutzes.
- Kooperative und vertrauensvolle Beziehungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen in vielen Regionen der Welt sollen gepflegt und neu aufgebaut werden, insbesondere auch in solchen Ländern, die unter der nationalsozialistischen Politik besonders gelitten haben.



Die Bildhauerin Johanna Jura schuf 1976 diese Gedenkwall im Innenhof der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie unterscheidet sich von den anderen Denkmälern auf dem Gelände der Universität, die berühmte Forscher und Forscherinnen zeigen. Stattdessen erinnert sie an zwölf Menschen, die an der Universität gearbeitet haben sollen und wegen ihres Widerstands im Nationalsozialismus ermordet wurden. Das Mahnmal ist Teil der Erinnerungskultur der DDR. Hinzu kommt, dass bei einigen der genannten Opfer die Zugehörigkeit zur Universität unklar ist (etwa bei Dietrich Bonhoeffer). Geehrt werden hier aber nicht nur kommunistische Oppositionelle. Vielmehr wird betont, dass politisch und gesellschaftlich ganz unterschiedliche Menschen den Mut hatten, vor den Verbrechen des Nationalsozialismus zu warnen, und damit ihr Leben riskierten (Q48)

- Die Fakultät fördert den aktiven internationalen Austausch von Studenten und Studentinnen. Sie erhofft sich davon einen Beitrag zu Toleranz und gegenseitigem Respekt.

Die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät wird sich auch weiterhin der Aufarbeitung der Vergangenheit stellen – Lehre und Forschung müssen sich jedoch insbesondere an ihrem Beitrag zur Verhinderung erneuter wissenschaftlicher Barbarei messen lassen.

27 Verweis von Seite 75

Erklärung des Präsidenten der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Jürgen Mlynek

am 28. Mai 2002 zur Übergabe einer Fassung des Generalplans Ost an den Reichsführer SS Himmler vor 60 Jahren

Quelle:

<https://www.geschichte.hu-berlin.de/en/forschung-und-projekte-en-old/foundmed/dokumente/forschung-und-projekte/ns-zeit/dokumente/mlynek>

Der Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Mlynek, ergänzte die Erklärung des Fakultätsrats der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät um einen wichtigen Aspekt. Zunächst sei die Entstehung des Generalplans Ost nicht durch den Blick auf die Handlungen eines einzelnen wissenschaftlichen Zweiges zu begreifen. Ausschlaggebend seien die Vernetzung der Fakultäten untereinander, die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern anderer Institutionen und der politische Austausch mit den Führungsspitzen des NS-Staates im Zweiten Weltkrieg. Der Übergang zwischen Kooperation und eigener Karriere, zwischen Opportunismus und Opposition sei im nationalsozialistischen Wissenschaftsbetrieb schwer zu bestimmen. Die Bilanz falle dennoch furchtbar aus. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten der Universität unterstützte mit ihrer Arbeit den deutschen Angriffskrieg auf Osteuropa, gefährdete die berufliche Stellung der wenigen kritischen Kolleginnen und Kollegen und stellte vor allem das Leben von Millionen Menschen in Frage.

Die Humboldt-Universität ist eine Universität mit Geschichte. Dieser Geschichte verdankt die Universität einen großen Teil ihres guten Namens, den sie heute überall in der Welt trägt. Die Geschichte der Universität führt jedoch auch durch dunkle Kapitel, und die Beschäftigung mit diesen ist nicht selten schmerzhaft. Die Auseinandersetzung mit der Rolle der Berliner Universität in der Zeit des Nationalsozialismus gehört zu den schwierigsten Aufgaben. Dennoch ist es unverzichtbar, dass wir uns dieser Auseinandersetzung stellen und den Geschehnissen dieser Zeit ins Auge sehen.

Zahlreiche Lehrende, Studierende und andere Mitarbeiter der Universität haben in den Jahren von 1933 bis 45 unter dem Regime zu leiden gehabt: sie waren Repressalien ausgesetzt, wurden ihrer akademischen Grade und Verdienste beraubt, mussten die Universität, häufig auch das Land verlassen oder verloren ihre Existenzgrundlage. Die große Mehrheit aber hatte sich mit dem Regime arrangiert und dadurch vielfach das Leid ihrer Kollegen mitverursacht. Manche aber setzten sich mit ihrer Arbeit auch an die Spitze der Bewegung und wurden zu aktiven Schmieden für die wahnwitzigen Weltherrschafts-Pläne der NS-Regierung. Prof. Dr. Konrad Meyer war nur einer von diesen. Als er vor 60 Jahren das unter seiner Ägide entstandene Planwerk an den Reichsführer SS Heinrich Himmler überreichte, das wir heute den „Generalplan Ost“ nennen, tat er das in seiner Funktion als Direktor des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik an der Berliner Universität.

Der Verlauf des Krieges und letztlich der Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus verhinderten, dass die menschenverachtenden Pläne, die in diesem Werk formuliert sind, in die Tat umgesetzt werden konnten. Über den Holocaust hinaus zielten sie auf einen weiteren millionenfachen Völkermord in den besetzten Ostgebieten ab. Die ersten Umsetzungen in Polen nahmen mit Vertreibung und Mord unzähliger Menschen bereits katastrophale Formen an. Aus der Geschichte wissen wir, dass die NS-Regierung auch zur vollen Umsetzung auch dieser Pläne imstande gewesen wäre.

Die Verantwortung dafür ist uns ohne unser Zutun erspart geblieben. Wenn ich an dieser Stelle „uns“ sage, dann meine ich damit die ganze Humboldt-Universität als Nachfolgerin der Friedrich-Wilhelms-Universität. Ein Verbrechen wie dieses ist aber keinesfalls nur einer einzelnen Person anzulasten. Auch nicht einer einzelnen Fakultät. Konrad Meyer benötigte den Rückhalt der ganzen Universität, um seine Aufgabe zu erfüllen.

Ich unterstütze sehr die Initiative der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, sich mit diesem Unrecht auseinander zu setzen und ich begrüße die Erklärung des Fakultätsrates, die Dekan Nagel vor wenigen Minuten verlesen

hat. Gleichzeitig bekenne ich mich in meiner Funktion als Präsident der Humboldt-Universität zu der gesamtuniversitären Verantwortung, die wir beim Generalplan Ost zu tragen haben.

Wir können sie heute nicht mehr sühnen, aber wir können uns ihrer bewusst werden und nicht aufhören, uns mit dem Thema zu beschäftigen und nach Wegen der Aufarbeitung zu suchen. Ein erster Schritt auf diesem Weg ist eine Arbeitsgruppe, die sich auf Initiative der Studierenden und auf Beschluss des Akademischen Senates mit den Verstrickungen der Berliner Universität in die NS-Vernichtungspolitik beschäftigt. Sie bettet sich ein in andere Forschungs- und Ausstellungsprojekte.

Vor allem aber müssen wir uns unserer heutigen Verpflichtung bewusst sein: Das kürzlich verabschiedete Leitbild der Humboldt-Universität bringt dies zum Ausdruck, wenn es daran erinnert, dass „Der Bezug der Humboldt-Universität auf ihre Tradition [...] auch im Bewusstsein ihrer schuldhaften Verstrickungen in die Politik (erfolgt). [...] Vor diesem Hintergrund versteht sich die Humboldt-Universität seit Beginn ihrer Selbsterneuerung im Jahre 1989 als eine Institution, die sich für kritische Distanz gegenüber politischer und gesellschaftlicher Macht entschieden hat. Sie wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung, Intoleranz und kultureller Selbstüberhöhung.“

QUELLENANGABEN

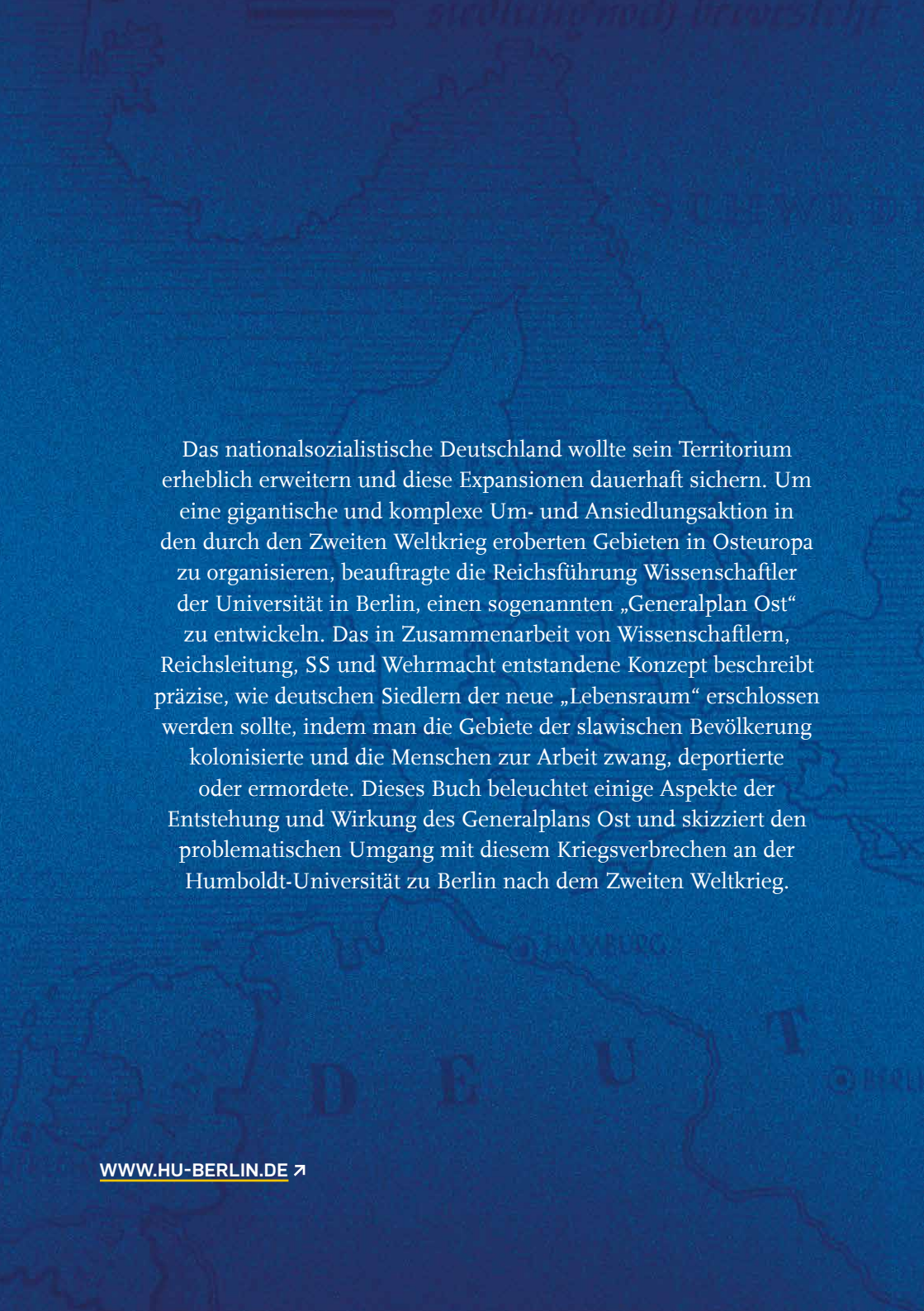
Stand der Quellen:

Alle URLs wurden am 23. März 2022 geprüft (aufgerufen 23.3.2022).

- (Q1) https://www.hu-berlin.de/de/pr/medien/multimedia/bilderservice/gebaeude/campusmitte/hauptgebaeude/hauptgebaeude_0010_zappe.jpg/image_view_fullscreen
- (Q2) https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Christoph_Markschies_auf_der_Frankfurter_Buchmesse_2017.jpg
- (Q3) Attribution: bpk / Deutsches Historisches Museum
<https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/plio2859>
- (Q4) Attribution: Bundesarchiv, R 49 Bild-0705 / Unknown author
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Die_%27gro%C3%9Fz%C3%BCgigste_Umsiedlungsaktion%27_with_Poland_superimposed,_1939.jpg
- (Q5) Attribution: Berlin-Karlshorst (28. 12. 2021), Hetzschrift „Der Untermensch“, Berlin 1942
<https://berlin.museum-digital.de/index.php?t=objekt&oges=73155>
- (Q6) Attribution: Bundesarchiv, Bild 102-16748 / Georg Pahl / CC-BY-SA 3.0
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_Bild_102-16748,_Ausstellung_%22Wunder_des_Lebens%22.jpg
- (Q7) Attribution: Bundesarchiv, Bild 1011-265-0003-13A / Moosdorf [Mossdorf]
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_1011-265-0003-13A,_Russland,_Mottor%C3%A4der_mit_Beiwagen.jpg
- (Q8) Attribution: bpk / Deutsches Historisches Museum / Sebastian Ahlers
<https://www.dhm.de/fileadmin/medien/lemo/images/d2a24325.jpg>
- (Q9) Attribution: Bundesarchiv, Bild 183-J00682, Berlin, Heldengedenktag, Ehrenmal
https://de.wikipedia.org/wiki/Universit%C3%A4t_im_Nationalsozialismus#/media/Datei:Bundesarchiv_Bild_183-J00682,_Berlin,_Heldengedenktag,_Ehrenmal.jpg
- (Q10) Aus: Heinemann, Isabel, u. a. (Hg.), Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten. Katalog zur Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn, Berlin 2006, 15
- (Q11) https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Berlin,_Mitte,_Invalidenstrasse_42,_Landwirtschaftliche_Hochschule.jpg
- (Q12) https://www.hu-berlin.de/de/foerdern/bilder/thaer_saal/view

- (Q13) Stellt die DFG gern zur Verfügung
- (Q14) Attribution: Bundesarchiv, Bild 183-S72707 / CC-BY-SA 3.0
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_Bild_183-S72707,_Heinrich_Himmler.jpg
- (Q15, Q16, Q17, Q18) Gescannt aus eigenem Exemplar
- (Q19) https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Podbielskiallee_25-27_Berlin-Dahlem.jpg
- (Q22) Attribution: Bundesarchiv, R 49 Bild-0024, Fotograf: Krajewsky
- (Q21) Attribution: Bundesarchiv, Bild 183-Bo1718 / CC-BY-SA 3.0
https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_Bild_183-Bo1718,_Ausstellung_%22Planung_und_Aufbau_im_Osten%22.jpg
- (Q22) Attribution: Bundesarchiv, Bild 146-1974-079-57 / CC-BY-SA 3.0
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_146-1974-079-57,_Berlin,_Ausstellung_%22Planung_und_Aufbau_im_Osten%22.jpg
- (Q23) Attribution: Bundesarchiv, R 49 Bild-0023 / CC-BY-SA 3.0
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_R_49_Bild-0023,_Berlin,_Ausstellung_%22Planung_und_Aufbau_im_Osten%22.jpg
- (Q24) Attribution: Bundesarchiv, R 49 Bild-1731 / Gerlach, Fritz / CC-BY-SA 3.0
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_R_49_Bild-1731,_Kattowitz,_Fritz_Bracht_vor_Dorfmodell.jpg
- (Q25) <https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:PlanGPnn.jpg>
 Urheber: John Nennbach
- (Q26) Attribution: Bundesarchiv, Bild 137-068859 / CC-BY-SA 3.0
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_Bild_137-068859,_Sonderzug_der_Einwandererzentralstelle.jpg
- (Q27) Attribution: Copyright: bpk / Deutsches Historisches Museum / Sebastian Ahlers
<https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/kennkarte-fuer-den-deutschen-umsiedler-johann-ettenhofer-1941.html>
- (Q28) <https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Wysiedlanie-Zamojszczyzna.jpg>
- (Q29) Attribution: Bundesarchiv, R 49 Bild-0025
- (Q30) Aus: Bonhage, Barbara, Gnadenlos geirrt. Die Geschichte meiner Großmutter 1907–1945, Hamburg 2021, Titelbild
- (Q31) <https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/frauenwarte1941/0377>
- (Q32) Briefausschnitte von Hilde Bonhage. Beide Originale im Besitz von Barbara Bonhage

- (Q33) Attribution: Bundesarchiv, Bild 183-S92636 / CC-BY-SA 3.0
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_Bild_183-S92636,_Berlin,_Humboldt-Universit%C3%A4t,_Hauptgeb%C3%A4ude,_Ruine.jpg
- (Q34) Attribution: Bundesarchiv, Bild 183-08833-0003 / CC-BY-SA 3.0
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-08833-0003,_Berlin,_Humboldt-Universit%C3%A4t,_Chemie-Institut,_Ruine.jpg
- (Q35) Attribution: Bundesarchiv, Bild 183-R99113 / CC-BY-SA 3.0
https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_Bild_183-R99113,_Berlin,_Er%C3%B6ffnung_der_Humboldt-Universit%C3%A4t.jpg
- (Q36) Attribution: Deutsche Fotothek
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fotothek_df_pk_0000220_011_Portr%C3%A4ts,_Prof._\(Max_%5E\)_Pechstein,__\(Johannes%5E\)_Stroux,_Kraus,_Benedik,_Lederer.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fotothek_df_pk_0000220_011_Portr%C3%A4ts,_Prof._(Max_%5E)_Pechstein,__(Johannes%5E)_Stroux,_Kraus,_Benedik,_Lederer.jpg)
- (Q37) Aus: Raim, Edith, Die justizielle Ahndung von NS-Verbrechen im anderen Deutschland. SBZ und DDR und das verbrecherische Erbe des NS-Regimes, in: S:I.M.O.N. – Shoah: Intervention. Methods. Documentation 5 (2018) 1, 21–35, 25
- (Q38) Attribution: Bundesarchiv, Bild 183-26867-0001 / Quaschinsky, Hans-Günter / CC-BY-SA 3.0
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-26867-0001,_Berlin,_Konstantin_Fedin,_Gustav_Just,_Franz_Carl_Weiskopf.jpg
- (Q39) Attribution: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Konrad_Meyer-Hetling.jpg
- (Q40) Aus: Heinemann, Isabel, u. a. (Hg.), Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten. Katalog zur Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn, Berlin 2006, 35
- (Q41) Aus: Heather, David, DDR Poster. Ostdeutsche Propagandakunst, München 2019, 92
- (Q42) Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland. Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR (Hg.), Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, Berlin (Ost) 1965
- (Q43) Attribution: Sammlung Gedenkstätte Buchenwald
- (Q44) https://www.hu-berlin.de/de/pr/30-jahre-deutsche-einheit/zeitzeugen/uwe-jens-nagel-0044-foto-bernd-prusowski.jpg/image_view_fullscreen
- (Q45) https://www.hu-berlin.de/de/pr/nachrichten/archiv/nr1611/nr_161108_03
- (Q46, Q47) Sven Oliver Müller, CC-BY 4.0
- (Q48) Matthias Heyde, HU



Das nationalsozialistische Deutschland wollte sein Territorium erheblich erweitern und diese Expansionen dauerhaft sichern. Um eine gigantische und komplexe Um- und Ansiedlungsaktion in den durch den Zweiten Weltkrieg eroberten Gebieten in Osteuropa zu organisieren, beauftragte die Reichsführung Wissenschaftler der Universität in Berlin, einen sogenannten „Generalplan Ost“ zu entwickeln. Das in Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Reichsleitung, SS und Wehrmacht entstandene Konzept beschreibt präzise, wie deutschen Siedlern der neue „Lebensraum“ erschlossen werden sollte, indem man die Gebiete der slawischen Bevölkerung kolonisierte und die Menschen zur Arbeit zwang, deportierte oder ermordete. Dieses Buch beleuchtet einige Aspekte der Entstehung und Wirkung des Generalplans Ost und skizziert den problematischen Umgang mit diesem Kriegsverbrechen an der Humboldt-Universität zu Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg.